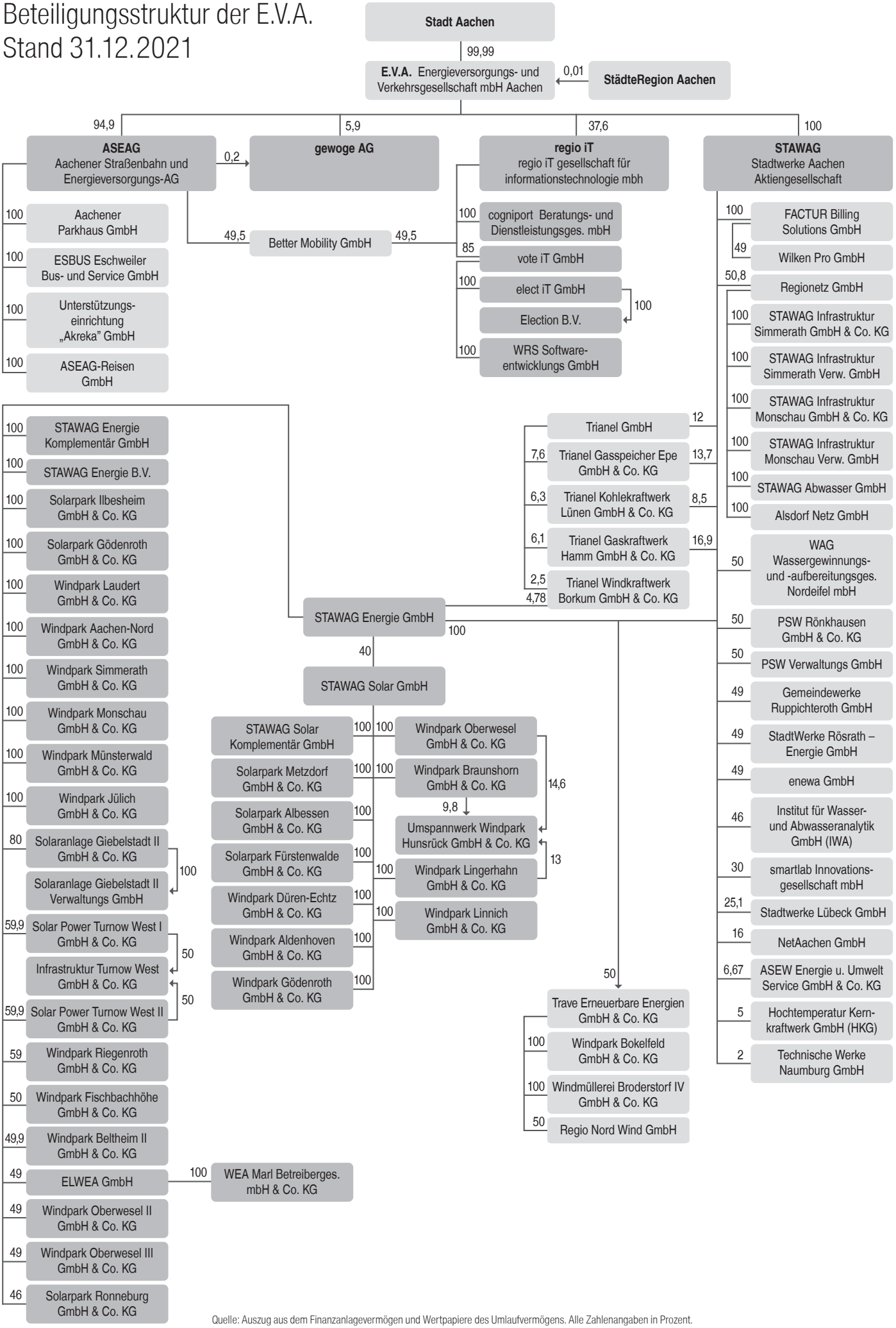
# Geschäftsbericht 2021

eva

# Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2021




Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2021

# Geschäftsbericht >>

49. Geschäftsjahr

eva

# Inhalt

Inhalt >>

## Berichterstattung über die E.V.A.


6 Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8 Lagebericht
45 Jahresabschluss
46 Bilanz
48 Gewinn- und Verlustrechnung
49 Anhang
64 Bestätigungsvermerk
68 Bericht des Aufsichtsrats


## Berichterstattung über den Konzern


70 Konzernlagebericht
115 Konzernabschluss
116 Konzernbilanz
118 Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
119 Konzernanhang
144 Bestätigungsvermerk
147 Bericht des Aufsichtsrats

# Aufsichtsrat

| | | |
|---|---|---|
| Sibylle Keupen<br>Vorsitzende | | Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen |
| Dr. Tim Grüttemeier<br>1. stellv. Vorsitzender | | StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen |
| Manfred Wiemers<br>2. stellv. Vorsitzender | | kfm. Angestellter, E.V.A. |
| Jörg Bogoczek | | Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities |
| Julia Brinner | | Studentin |
| Leo Buse | | kfm. Angestellter, E.V.A. |
| Guido Finke | | freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz |
| Wilfried Fischer | bis 29.4.2021 | IT-Berater, selbständig |
| Boris Linden | | Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH |
| Kaj Neumann | | Student |
| Daniela Parting | | Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen |
| Frank Reichmann | | kfm. Angestellter, FACTUR |
| Dr. Michael Ritzau | ab 30.4.2021 | Generalbevollmächtigter, BET GmbH |
| Peter Tillmanns | | Rechtsanwalt, selbständig |
| Jakob von Thenen | | Pensionär |
| Wilfried Warmbrunn | | Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG |

# Geschäftsführung

| | |
|---|---|
| Dr. Christian Becker | STAWAG-Vorstand<br>Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur |
| Michael Carmincke | ASEAG-Vorstand<br>Aachen, Diplom-Kaufmann |

Bericht

# Berichterstattung über die E.V.A. >>

# Lagebericht

## I. Grundlagen des Unternehmens

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, mit Gas, mit Wasser und mit Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit einem Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec.

Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. weitere ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT, der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e. G., mit Vertrag vom 9. September 2021 verkauft. Somit hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Die E.V.A. hält weiterhin 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2021 3,9 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

## II. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2021 vom Corona-bedingten Einbruch des Vorjahres erholt, wenngleich die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundeamtes (Destatis) ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gewachsen, nachdem es im Jahr 2020 um rund 4,6 Prozent eingebrochen war (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 14. Januar 2022). Die Industrie stand dabei unter dem Einfluss gravierender Lieferengpässe bei zentralen Vorprodukten und konnte ihre Produktion, trotz voller Auftragslage, nicht wieder richtig in Gang setzen. Einige Bereiche der Dienstleistungen waren pandemiebedingt zu Beginn als auch wieder Ende des Jahres 2021 von schmerzhaften Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivität betroffen.

Die EU-Kommission erwartet für die Europäische Union ein Wachstum von 5 Prozent für das Jahr 2021, das damit deutlich über den Erwartungen für die deutsche Wirtschaft liegt. Das schwächere Wachstum Deutschlands ist einerseits damit zu begründen, dass der Konjunktureinbruch im vergangenen Jahr mit −5 Prozent nicht so hoch ausgefallen ist, wie in anderen wichtigen EU-Volkswirtschaften. Zudem spielt in Deutschland der Industriesektor eine bedeutende Rolle, so dass sich Lieferkettenprobleme entsprechend stärker und wachstumshemmender auswirken als in anderen Ländern (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11. November 2021: Herbstprognose 2021: Von der Erholung zur Expansion – trotz Gegenwinds).

Im Jahr 2021 hat sich die Erholung am Arbeitsmarkt weiter fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2021 von 6,3 Prozent auf 5,1 Prozent verringert. Gegenüber dem Vorjahr lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2021 damit rund 0,8 Prozent niedriger als noch im Dezember 2020 (5,9 Prozent) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 1 vom 4. Januar 2022). Die Anzahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland belief sich auf rund 45,3 Millionen Menschen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 044 vom 1. Februar 2022).

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2021 um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und liegt mit 416,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) noch spürbar unter dem Niveau der Zeit vor Corona. Verbrauchserhöhend wirkten sich im Jahr 2021 die wirtschaftliche Erholung sowie die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung aus. Nach Ermittlung der Arbeitsgemeinschaft (AG) Energiebilanzen sorgte die Preisentwicklung auf den Energiemärkten im auslaufenden Jahr 2021 für eine spürbare Verbrauchsminderung, insbesondere die Preise für Rohöl und Erdgas stiegen im Vorjahresvergleich deutlich an. Die Preise für $CO_2$-Emissionszertifikate haben sich gegenüber dem Vorjahr sogar mehr als verdoppelt und erreichten zum Jahresende historische Höchststände. Die höheren Energie- und $CO_2$-Preise haben den wachstumsbedingten Anstieg des Primärenergieverbrauchs erkennbar gebremst (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 21. Dezember 2021).

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Jahr 2021 um 3,9 Prozent bzw. 111,2 Mio. t SKE. Hauptursache für die Verbrauchszunahme war die in den ersten fünf Monaten deutlich kühlere und größtenteils eher windarme Witterung, die zum Mehreinsatz von Erdgas sowohl in der Wärme als auch in der Stromerzeugung führte. Ab der Jahresmitte sorgte der Preisanstieg für einen Mehrabsatz anderer Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung. Der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch stieg leicht von 26,4 Prozent auf 26,7 Prozent.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch 2021 hat sich leicht um 0,2 Prozent auf 66,9 Mio. t SKE vermindert und erreichte einen Anteil von 16,1 Prozent (Vorjahr: 16,5 Prozent). Bei der Onshore-Windenergie kam es zu einem Rückgang der Stromerzeugung um 11 Prozent, bei den Offshore-Windanlagen um 9 Prozent. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) stieg dagegen um beinahe fünf Prozent.

**Geschäftsverlauf**

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem geplanten ausgeglichenen Betriebsergebnis in Höhe von 4 TEuro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 17,9 Mio. Euro den Planansatz von 16,5 Mio. Euro um 1,4 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 0,7 Mio. Euro resultiert. Der Gesamtaufwand fällt mit −17,1 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro höher aus als geplant. Die Planabweichungen begründen sich aufgrund von höheren EDV-Kosten, von höheren Beratungsaufwendungen, von ungeplanten Spenden für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 und von höheren Bankkosten.

Das Betriebsergebnis unterschreitet das Vorjahresergebnis um 0,8 Mio. Euro.

**Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

| **E.V.A. Leistungsindikatoren** | | Wirtschaftsplan | Jahresabschluss |
|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | TEuro | 16.513 | 17.204 |
| EBIT | TEuro | 4 | 767 |
| Beteiligungsergebnis | TEuro | −14.508 | 1.539 |
| davon ASEAG | TEuro | −40.466 | −39.210 |
| davon STAWAG | TEuro | 24.686 | 39.810 |
| davon regio iT | TEuro | 1.041 | 773 |
| davon gewoge | TEuro | 166 | 166 |
| Anzahl Mitarbeiter | MAÄ [1)] | 118,8 | 116,4 |

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 17,2 Mio. Euro liegen um 0,7 Mio. Euro über dem Planwert von 16,5 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13 Mio. Euro (Plan: 13 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Plan: 3,5 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 0,7 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus einer nicht geplanten Weiterberechnung von SAP S4/HANA-Projektkosten an die regio iT in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro, der Weiterberechnung aus nicht geplanten NERA-Projektkosten von 0,1 Mio. Euro und aus einer nicht geplanten Weiterberechnung von Beratungsaufwendungen in Zusammenhang mit dem Finanzierungskonzept. Weitere kleinere Planabweichungen in den Weiterberechnungen, wie höhere Kosten für MS-Office und ungeplante Aufbewahrungsentgelte bei Kreditinstituten werden durch einen geringeren weiterberechneten Personalaufwand kompensiert, da von fünf geplanten Trainees nur zwei eingestellt wurden.

Bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro handelt es sich vor allem um einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro, der sich aus dem Verkauf von 1 Prozent der regio iT-Gesellschaftsanteile an die regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG ergibt. Zudem sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aktivierte Eigenleistungen im Zuge des laufenden SAP S4/HANA-Projekts und außerplanmäßige Sachverhalte, wie etwa Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkasse, abgebildet.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit −17,1 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Aufgrund höherer Fremdleistungen der regio iT und anderer Dritter, insbesondere für das SAP S4/HANA-Projekt, erhöht sich der **Materialaufwand** gegenüber dem Plan um 0,3 Mio. Euro auf −4,1 Mio. Euro.

Gegenläufig wirkt sich der **Personalaufwand** aus, der mit −9,9 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringer ausfällt als geplant. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Personalbestand zum Ende des Jahres mit 116,4 MAÄ den Planwert

von 118,8 MAÄ um 2,4 MAÄ unterschreitet. Begründet wird dies dadurch, dass in den Centern „Informationstechnologie“ und „Revision“ bestehende Planstellen bisher nicht besetzt werden konnten und weniger Trainees eingestellt wurden als geplant. Darüber hinaus verzeichnen die Center „Kommunikation und Marke“ sowie „Verkehrsmittelwerbung“ ungeplante Austritte, bzw. Stellenwechsel in andere Konzerngesellschaften. Gegenläufig wirken sich neue, nun besetzte Planstellen der Center „Personal und Arbeitsrecht“ und „Finanz- und Rechnungswesen“ aus, die nur teilweise in der Wirtschaftsplanung enthalten sind.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** überschreiten mit −2,9 Mio. Euro den Plan um 0,6 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind Beratungsaufwendungen, insbesondere im Zuge des SAP S4/HANA-Projekts und des Finanzierungskonzepts, die mit 0,9 Mio. Euro um rund 0,4 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Des Weiteren sind ungeplante Spenden im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe in Höhe von 0,2 Mio. Euro sowie um 0,1 Mio. Euro höhere Bankkosten angefallen. Gegenläufig wirken sich hier um 0,1 Mio. Euro geringere Fortbildungs- und Reisekosten aus.

Die **Abschreibungen** liegen mit 0,1 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Plan, da verschiedene geplante IT-Neuinvestitionen, wie z. B. die Ablösung Input-Management (TIS), der digitale Rechnungsausgang sowie die TK-Anlage, im Jahr 2021 nicht finalisiert wurden. Diese Projekte werden voraussichtlich im Jahr 2022 fertiggestellt.

Das **Gesamtergebnis** der E.V.A. in Höhe von −4 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2021 ein **Beteiligungsergebnis** von 1,5 Mio. Euro (Plan: −14,5 Mio. Euro) aus. Die Ursachen für die positive Planabweichung werden im Folgenden dargelegt:

Das Ergebnis der **ASEAG** in Höhe von −39,2 Mio. Euro ist um rund 1,3 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. In der Planung war bereits ein Corona-bedingter Schaden in Höhe von rund 3,1 Mio. Euro enthalten, der ebenfalls durch den ÖPNV-Rettungsschirm kompensiert wurde. Dennoch gibt es innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung abweichende Positionen gegenüber der Wirtschaftsplanung.

Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 4,4 Mio. Euro geringer aus. Neben einer deutlichen, in erster Linie Corona-bedingten Reduktion der Verkehrserlöse um 5,4 Mio. Euro lagen die Nebenerlöse um rund 1 Mio. Euro über den Erwartungen. Dies lag im Wesentlichen an der vorzeitigen Vorauszahlung von Zuschüssen für Schülerbeförderungen (rund 0,8 Mio. Euro).

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 8,1 Mio. Euro. Hierin enthalten sind im Wesentlichen diverse Effekte aus dem ÖPNV-Rettungsschirm für die Jahre 2020 und 2021. Einen gegenläufigen Effekt in Höhe von rund 1 Mio. Euro hat es durch leichte Verzögerungen im Verkauf von Immobilien gegeben.

Die Materialaufwendungen stiegen um 0,4 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Hier wurden rund 0,6 Mio. Euro bei dem Bezug von Treibstoffen und durch geringere Reparaturen gegenüber der Planung eingespart. Bei den sonstigen externen Fremdleistungen konnten ebenfalls 1,4 Mio. Euro eingespart werden. Gegenläufig sind die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen. Diese sind insgesamt um rund 2,4 Mio. Euro gegenüber dem Wirtschaftsplan angestiegen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 31,1 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro unter Plan. Die Kosten aus der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Service-Gesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen mit rund 6,4 Mio. Euro um rund 0,2 Mio. Euro über dem Plan.

Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 1,2 Mio. Euro geringer aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Plan um rund 1,5 Mio. Euro. die durch höhere Reinigungskosten, durch Corona-bedingte Mehraufwendungen (Mitarbeiter-Tests, Mundschutz, Desinfektionsmittel usw.), durch höhere EDV-Kosten sowie durch Wertberichtigungen von Forderungen entstanden sind.

Die Erträge/Verluste aus Gewinnabführungsverträgen/Verlustübernahmen fielen mit –1,8 Mio. Euro um 3,1 Mio. Euro geringer aus. Dies resultiert aus einer Corona-bedingten Verlustübernahme, wodurch das Ergebnis bei der APAG um 3,1 Mio. Euro sowie um 0,1 Mio. Euro bei der ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ASEAG-Reisen) schlechter gegenüber dem Planansatz ausfiel. Das Ergebnis der ESBUS lag leicht über Planniveau.

Die **STAWAG** schließt das Geschäftsjahr 2021 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und positiven außerordentlichen Ergebniseffekten mit rund 54,8 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen ab. Durch die im Zuge des im August 2020 verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetzes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2020 für die Trianel Kohlekraftwerk Lünen, Lünen, (TKL) konnten die im Geschäftsjahr 2021 entstandenen Verluste aus der Beteiligung der STAWAG an TKL (Beteiligung: 8,45 Prozent) durch eine entsprechende Inanspruchnahme gebildeter Drohverlustrückstellungen vollständig kompensiert werden. Vor dem Hintergrund der noch bis Mitte des Jahres 2033 laufenden Finanzierungskosten für das Steinkohlekraftwerk und einem im Zuge des KVBG angenommenen Stilllegungszeitpunkts im Jahr 2032, war zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 zu erwarten, dass mit dem Kraftwerksbetrieb TKL keine Gewinne mehr erwirtschaftet werden. Die STAWAG hatte ihre zu dem Zeitpunkt bereits bestehende Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2020 insofern auf 87,5 Mio. Euro erhöht. Die operativen Verluste aus dem Kraftwerksbetrieb werden nunmehr durch eine sukzessive Inanspruchnahme der über die erwartete Gesamt-Restlaufzeit gebildete Drohverlustrückstellung erfolgswirksam kompensiert. Für das Jahr 2021 wurde die gebildete Rückstellung von rund 12 Mio. Euro nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies am Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zum TKL besteht zwischen dem TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag. Das Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung. Die STAWAG hatte in der Vergangenheit eine (Teil-)Wertabschreibung in Höhe von 6,2 Mio. Euro auf ihren Beteiligungsbuchwert an der TGH zum 31. Dezember 2015 vorgenommen. Aufgrund der zuletzt und nachhaltig positiven Entwicklung der Gesellschaft ist die (Wieder-) Zuschreibung des Beteiligungsbuchwerts geboten und entsprechend vorgenommen worden. Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt.

Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Aufgrund der Entwicklung der Gaspreise in den Monaten November bis Dezember 2021 und hierdurch getätigter zusätzlicher Day-ahead-Geschäfte sowie einer Neubewertung der gebildeten Drohverlustrückstellung, beläuft sich der Verlust für das Speichergeschäft im Jahr 2021 auf rund 0,4 Mio. Euro und liegt damit deutlich oberhalb der Erwartungen. Die für die mittelfristig erwarteten Verluste aus dem Speicherbetrieb bilanzierten Drohverlustrückstellungen belaufen sich zum 31. Dezember 2021 auf rund 6 Mio. Euro.

Der Wärmebereich der STAWAG hat im Geschäftsjahr 2021 von der im Vergleich zum Vorjahr kälteren Witterung profitiert, die sich entsprechend positiv auf den Wärmeerlös ausgewirkt hat. Damit verbunden waren auch höhere Laufzeiten der Blockheizkraftwerke (BKHW) und damit verbundene Mehrerlöse bei der Stromeinspeisung. Im Geschäftsjahr 2020 ist mit dem Bau eines weiteren BHKW mit jeweils 22 Megawatt (MW) thermischer und elektrischer Leistung und einem Wirkungsgrad von über 90 Prozent begonnen worden. Mit dem neuen BHKW reduziert sich der Primärenergiefaktor der von der STAWAG erzeugten Fernwärme von aktuell 0,7 auf 0,492. Die Inbetriebnahme des BHKW ist im September 2022 vorgesehen, womit ein weiterer Schritt der Strategie, die Stadt Aachen bis 2030 vollständig kohlefrei mit Wärme zu versorgen, vollzogen ist.

Im vertrieblichen Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise im Tarifkundensegment zum 1. Januar 2021 um die gesunkene EEG-Umlage angepasst. Aufgrund der erfolgreichen Kundenbindung und der Kundenrückgewinnung sind die Absatzmengen im Jahr 2021 im Tarifkundensegment mit 273,3 Gigawattstunden (GWh) leicht angestiegen, daher liegen die erzielten Umsatzerlöse hier oberhalb des Vorjahresniveaus. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen mit 154,1 GWh und damit die Umsatzerlöse aufgrund rückläufiger Fahrplanlieferungen unterhalb des Vorjahresniveaus. Im Tarifkundensegment Gas blieben die Verkaufspreise unverändert auf dem Niveau vom 1. Oktober 2019. Die Absatzmengen lagen mit 716,7 GWh deutlich oberhalb der Werte des warmen Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 503,9 GWh über dem Vorjahresniveau.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 sind diese unverändert geblieben. Aufgrund witterungsbedingt gesunkener Abnahmemengen auf 15,4 Kubikmeter ($m^3$) liegen die Umsatzerlöse unterhalb des Vorjahreswertes.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2021 das dritte Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Das Verfahren für die ehemalige regionetz wurde im Jahr 2021 durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Gunsten der Bundesnetzagentur (BNetzA) beendet. Das Verfahren der ehemaligen INFRAWEST ist aktuell noch beim BGH anhängig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte

Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent.

Insbesondere der Effizienzwert der ehemaligen INFRAWEST ist im Zusammenhang mit der Abbildung des Übergangs von einer sogenannten kleinen Netzgesellschaft zu einer großen Netzgesellschaft Gegenstand des eingereichten Beschwerdeverfahrens, das mittlerweile beim BGH geführt wird.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlössenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2021 mit 129,6 Mio. Euro etwa 0,1 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die BNetzA schließlich auch den allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktor für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,9 Prozent bzw. im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent festgelegt. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Nach einem langen gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des BGH (Urteil aus Juli 2019) zu den Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der BNetzA bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorfs aus März 2018 zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Die Regionetz hat gegen dieses Urteil des BGH als einer der Beschwerdeführer der Branche zunächst Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die aber zwischenzeitlich nicht zur Entscheidung angenommen wurde. Damit ist das Gerichtsverfahren endgültig zugunsten der BNetzA entschieden worden.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2021 bildet im Gasbereich das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt.

Die im ergangenen Bescheid an die INFRAWEST bzw. die in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Während der sukzessive Anstieg des Effizienzwertes der ehemaligen INFRAWEST über die letzten beiden Regulierungsperioden noch nachvollziehbar erscheint, ist der gegenüber dem Effizienzwert der zweiten Regulierungsperiode um annähernd 15 Prozentpunkte zurückgegangene Effizienzwert für die ehemalige regionetz aktuell nicht nachvollziehbar, sodass auch hier eine gerichtliche Überprüfung des noch ausstehenden Genehmigungsbescheids nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht und in der Folge auch für die Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2021 mit rund 72,5 Mio. Euro etwa 1,5 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2020 genehmigten Erlösobergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und höhere Personalzusatzkosten zurückführen, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Im Rahmen der Festlegung des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode hat die BNetzA den EK für Neuanlagen (ab 2006 aktivierte Anlagegüter) mittlerweile auf 5,07 Prozent und für Altanlagen (vor 2006 aktivierte Anlagegüter) auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der aktuellen Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent (für Neuanlagen) bzw. 5,12 Prozent (für Altanlagen). Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist.

Positiv zu beurteilen ist dagegen eine im Sommer des Jahres 2021 erfolgte Änderung der Strom- und Gasnetzentgeltverordnungen hinsichtlich des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes II (EK II), der auf das betriebsnotwendige Eigenkapital oberhalb einer kalkulatorischen Eigenkapitalquote von 40 Prozent – ebenfalls mit Wirkung ab der 4. Regulierungsperiode – angewendet wird. Die nach der Verordnungsnovelle resultierenden Zinssätze für das überschießende Eigenkapital liegen erheblich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten. Hierdurch wird zumindest eine teilweise Kompensation der deutlich gesunkenen EK I erfolgen. Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2021 ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 66,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,2 Mio. Euro und auf das Gasnetz 27,2 Mio. Euro entfallen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 8,7 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,9 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2,4 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 3 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 5 Mio. Euro.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2021 im Stromnetz bildeten die Reparaturen und nötigen Erneuerungen auf Grund der durch das Hochwasser im Juli 2021 entstandenen Schäden. Hierdurch mussten einige – insbesondere auch größere – Maßnahmen verschoben werden und konnten 2021 nicht fertiggestellt werden.

Im Gasnetz lagen die Schwerpunkte insbesondere in der altersbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen sowie der Erschließung neuer Netzgebiete und der hochwasserbedingten Herstellung von zahlreichen neuen Hausanschlüssen.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 etwa 48,8 Mio. Euro und liegt damit etwa 0,4 Mio. Euro oberhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWV) in Höhe von 13,7 Mio. Euro und den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,6 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 32,3 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden im Windbereich weitere Weichen gestellt, um das unmittelbare und mittelbare Anlagenportfolio der STAWAG Energie weiter auszubauen. So entstehen vier neue Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 18,3 MW als Projekt der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE) am Standort Bokel im Schleswig-Holsteiner Landkreis Rendsburg-Eckernförde, an der die STAWAG Energie zu 50 Prozent beteiligt ist und die entsprechende Projektentwicklung vornimmt. Nachdem im Geschäftsjahr 2021 die Fundamente, die Infrastruktur und die Verkabelung erstellt wurden, erfolgt im 1. Halbjahr 2022 die Errichtung der Anlagen und die Inbetriebnahme.

Weiterhin hat die STAWAG Energie im Geschäftsjahr 2021 ein Konzept für die gesetzlich geforderte, bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung (BNK) erarbeitet. Die entsprechende Umrüstung von insgesamt 80 Windkraftanlagen hat bereits im Jahr 2021 begonnen und soll bis zum 31. Dezember fristgerecht fertiggestellt sein. Neben der Übernahme der kaufmännischen Betriebsführung von sechs Gesellschaften hat die STAWAG Energie mit der Gründung einer niederländischen Gesellschaft mit Sitz in Eindhoven einen strategisch wichtigen Meilenstein gesetzt, um die Projektentwicklung von Erneuerbaren Energien auch in Marktgebieten außerhalb Deutschlands voranzubringen.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10 Mio. Euro erzielt und damit den Planwert um rund 1,6 Mio. Euro übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Neben der Prozessumsetzung des sogenannten Redispatch 2.0, wonach die steuernde Einwirkung auf Erzeugungsanlagen auch im Verteilnetz zu etablieren ist, sowie der Herausforderung durch die Verschmelzung von bislang zwei großen auf eine Regelzone, haben die in der 2. Jahreshälfte signifikant gestiegenen Großhandelspreise die Energieversorger und damit auch das Geschäft der FACTUR maßgeblich beeinflusst. So wurde die FACTUR von ihren Kunden beauftragt, teilweise mehrfach große Preisanpassungskampagnen vorzunehmen, die mit der Bedienung von Folgekontakten und mit der Bearbeitung einer damit einhergehenden

Vertragsänderung oder -kündigung verbunden ist. Für die FACTUR bleiben die Veränderungen in der energiewirtschaftlichen Infrastruktur, welche in Zukunft mit einem Hebel auf die zugehörigen Billing- und Service-Prozesse wirken, die maßgeblichen Trends. Die Abwicklung der durch die FACTUR betreuten Kernprozesse erfordert daher große Anstrengungen, um die Veränderungen kosteneffizient umzusetzen. Als Lösung werden in hohem Maße standardisierte IT-Plattformlösungen entstehen. Zum 31. Dezember 2021 liegt der Gesamtumsatz der FACTUR bei insgesamt rund 29,2 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 3,4 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das mit 0,1 Mio. Euro leicht unterhalb des geplanten Niveaus liegt. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2021 Umsatzerlöse von 28,8 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,5 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 1.916 TEuro erzielt. Davon wurden jeweils rund 950 TEuro an die beiden Gesellschafter STAWAG und enwor ausgeschüttet und ein Betrag von rund 16 TEuro auf neue Rechnung vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Die SW Lübeck hatte zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG) betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz, erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 23,94 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2020 in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 30 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SW Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SW Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Ergebnis von rund 0,74 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SW Rösrath voraussichtlich rund 0,13 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis

in Höhe von 0,45 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2020 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,26 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,61 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,32 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2020 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,17 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG kein Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 vereinnahmt, da das erzielte Jahresergebnis 2020 von rund 0,22 Mio. Euro zur Stärkung der Kapitalstruktur vollständig in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde. Vielmehr hat die STAWAG gemäß den konsortialvertraglichen Regelungen eine Garantiedividende in Höhe von 19 TEuro in die Kapitalrücklage der GWR eingezahlt.

Zum 1. Januar 2021 wurde die Beteiligung der STAWAG an der Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, (Eww, bisherige Anteilsquote: 51 Prozent) an die AggerEnergie GmbH, Gummersbach, (AggerEnergie) veräußert. Im Veräußerungsprozess wurde ein Kaufpreis für die Eww in Höhe von 3 Mio. Euro vereinbart, dem ein Beteiligungsbuchwert zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 1,2 Mio. Euro bei der STAWAG gegenübersteht. Die STAWAG hat im Geschäftsjahr 2021 insofern einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von 1,8 Mio. Euro realisiert, der in der Planung nicht berücksichtigt war.

Aus dem im Geschäftsjahr 2020 erzielten Jahresüberschuss der Trianel GmbH, Aachen, (Trianel) in Höhe von rund 4,7 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 0,57 Mio. Euro im Jahr 2021 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die Trianel ein EBT von 15,3 Mio. Euro, wobei die Trianel eine hierbei noch zu berücksichtigende Risikovorsorge plant, die sich unter anderem aus dem Kraftwerksbetrieb TKL im Zuge des Kohleausstiegsgesetzes ergibt.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2021 wird die NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) nach vorläufigen Angaben ein EAT von 3,72 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2021 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 in Höhe von rund 0,48 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2021 einen voraussichtlichen Verlust von rund 4,2 Mio. Euro erzielen. Der Verlust resultiert aus einer im Zusammenhang mit den seit Herbst 2021 dramatisch angestiegenen Beschaffungspreisen auf den Energiemärkten und der sich daraus ergebenden notwendigen Bildung von Drohverlustrückstellungen für nicht beschaffte Strom- und Gasmengen für die Jahre 2022 – 2026. Der handelsrechtliche Verlust wird über den bestehenden EAV zwischen der TWN und der

Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH ausgeglichen. Im Geschäftsjahr 2021 vereinnahmt die STAWAG ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 in Höhe von rund 30,6 TEuro.

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga) verkauft und hält damit einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Um die weitere Wachstumsstrategie und die hierfür notwendigen Investitionen sicherzustellen sind im Konsortialvertrag unter anderem auch Regelungen zu entsprechenden Kapitalmaßnahmen verankert. Danach werden die Gesellschafter verpflichtet gemäß ihrer Anteilsquote einen Betrag von insgesamt 7 Mio. Euro in die Kapitalrücklage der smartlab einzuzahlen. Auf die STAWAG entfällt dabei ein Betrag von 2,1 Mio. Euro, der Ende des Jahres 2021 entsprechend eingezahlt wurde. Der im Jahr 2020 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 851,2 TEuro wurde überdies durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 800 TEuro, wovon rund 280 TEuro auf die STAWAG entfallen sind, ausgeglichen. Für das Geschäftsjahr 2021 rechnet die smartlab mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 700 TEuro.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG 2021 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2021 einen Gewinn (EBT) vor Gewinnabführung von insgesamt rund 54,8 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen damit deutlich. Die STAWAG plant einen Betrag in Höhe von 15 Mio. Euro für zukünftige Investitionen und zur Stärkung ihrer Bilanz- und Finanzstruktur in die Gewinnrücklagen einzustellen und 39,8 Mio. Euro an die E.V.A. auszuschütten.

Die **regio iT** hat aus ihrem Jahresüberschuss 2020 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Plan 1,1 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2021 ausgeschüttet, welches aufgrund einer Gewinnthesaurierung um 0,3 Mio. Euro unter Planniveau liegt.

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2021 bzgl. des Umsatzes und bzgl. des Jahresergebnisses wieder stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Die Corona-Pandemie hat insbesondere im kommunalen Bereich Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend sowohl im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb, als auch im Handels-/Leasinggeschäft realisiert werden. Der Umsatz aus Produkt-/Applikationsbetrieb konnte von 84,1 Mio. Euro auf 93,4 Mio. Euro gesteigert werden. Die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft stiegen von 18,6 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro an.

Erneut und ebenfalls deutlich konnte sich das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen verbessern. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 12,1 Mio. Euro bereits ein hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem Beratungsumsatz von 15,3 Mio. Euro wurde im Jahr 2021 ein neuer Bestwert erwirtschaftet.

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Weiterhin beherrschendes Thema des Berichtsjahres war die Digitalisierung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen (z. B. Hardware/Arbeitsplatzausstattung, VDI/VPN Infrastruktur, mobiles Arbeiten, Videokonferenzsysteme, Portalangebote). Ebenso spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle. Zusammenfassend sind es die vielfältigen Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung geführt haben.

Die Gesamtleistung eines (IT-)Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 46,6 Mio. Euro steht ein Wert im Berichtsjahr von 49,5 Mio. Euro entgegen.

Mit 12,3 Mio. Euro liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem Vorjahreswert (10,7 Mio. Euro).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (5,6 Mio. Euro) mit 11,3 Mio. Euro im Berichtsjahr verdoppelt. Der Jahresüberschuss beträgt 7,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro).

Die im September ausgeschüttete Dividende 2021 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2021 128 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 95 Vollzeit- und 33 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt die Personalstärke 116,4 MAÄ gegenüber einem Planwert von 118,8 MAÄ.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2021 144, davon 109 Vollzeit- und 35 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einer Personalstärke von 130,7 MAÄ gegenüber einem Planwert von 133 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

**Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst**

**Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 gilt:**

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten.

Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

**Anmerkung:**

Bei der E.V.A. hat es auf der 1. Führungsebene keine Veränderungen zum Vorjahr gegeben. Die Frauenquote beträgt unverändert 37,5 Prozent (Vorjahr: 37,5 Prozent) und liegt damit weiterhin um 12,5 Prozent (Vorjahr: 12,5 Prozent) unter der vom Vorstand angestrebten Zielgröße der Frauenquote von 50 Prozent für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022.

Bei der E.V.A. haben auf der 2. Führungsebene drei Männer und eine Frau neue Führungsaufgaben übernommen. Die Frauenquote blieb jedoch stabil bei 25 Prozent (Vorjahr: 25 Prozent). Die vom Vorstand beschlossene und anzustrebende Frauenquote von 30 Prozent konnte für den Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 wiederum nicht erreicht werden.

Für den Zeitraum 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 hat sich im Aufsichtsrat die Frauenquote von 20 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent) gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße wurde für den Zeitraum 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2021 um 6,67 Prozent überschritten.

**Ertragslage**

Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis von 0 Mio. Euro ab und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 13,6 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 33,1 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 0,1 Mio. Euro und liegt damit um 43,4 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 39,8 Mio. Euro um 50 Mio. Euro über der Verlustübernahme von -10,2 Mio. Euro des Vorjahres. Wesentliche Ursache hierfür war eine Abnahme bei den drohenden Verlusten sowie eine Zuschreibung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich.

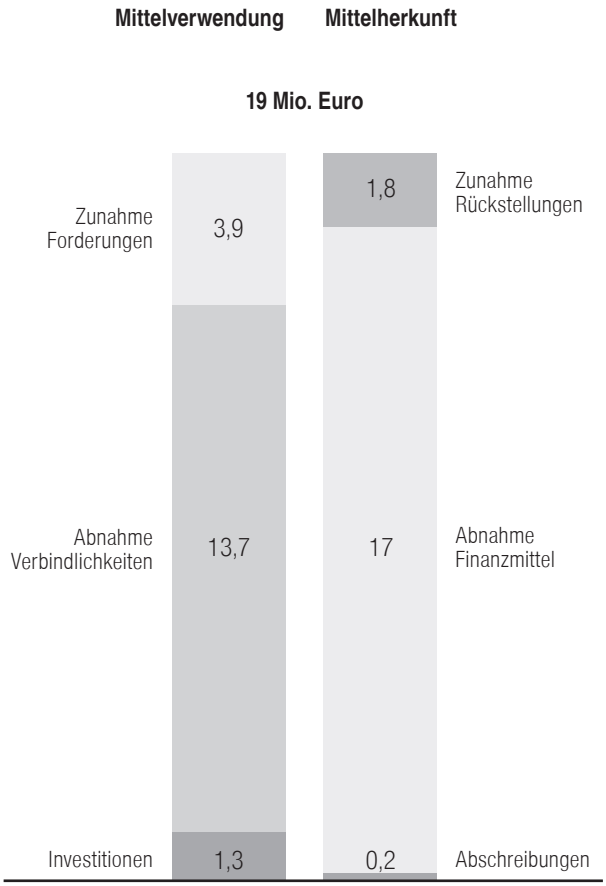
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2021 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 39,2 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 6,2 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt -5,7 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und -0,5 Mio. Euro aus einem ebenfalls rückläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis. Im Zinsergebnis nahm der Zinsaufwand zu den Pensionsrückstellungen um rund 0,6 Mio. Euro zu.

Die Beteiligungserträge lagen mit 0,8 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge etwas unter dem Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich insgesamt um 0,8 Mio. Euro auf 0,8 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 2,7 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 2 Mio. Euro) und auf 3,4 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Der Zugang ist im Wesentlichen aufgrund der besseren Beteiligungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -1,5 Mio. Euro (Vorjahr: Saldo Aufwand 0,1 Mio. Euro) resultieren aus Veranlagungen und Anpassungen für die Jahre 2018 - 2019 sowie um Auflösungen von Rückstellungen zur steuerlichen Betriebsprüfung.

## Finanzlage

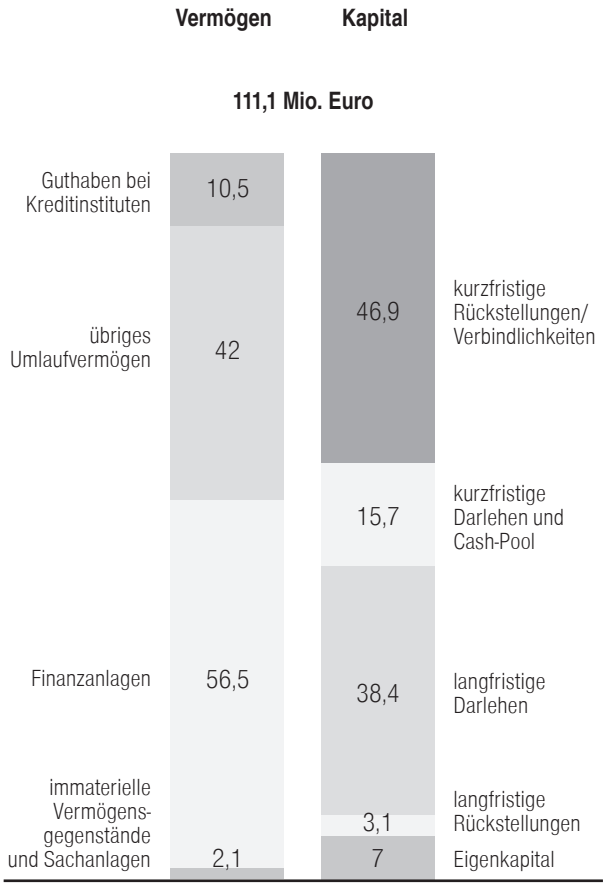



Im Jahr 2021 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 19 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 13,7 Mio. Euro aus der Abnahme der Verbindlichkeiten, vornehmlich gegenüber STAWAG als verbundenes Unternehmen, sowie aus der Zunahme von Forderungen mit 3,9 Mio. Euro.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus der Abnahme der Finanzmittel mit 17 Mio. Euro und aus der Zunahme der Rückstellungen, hierbei vor allem bei den Pensionsrückstellungen mit 0,7 Mio. Euro sowie bei den Steuerrückstellungen mit 1,1 Mio. Euro.

## Vermögenslage




Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 111,1 Mio. Euro und liegt damit um 11,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 52,8 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 9,4 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 37,8 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 41,5 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 37,4 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 23,5 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 12,4 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und aus dem Cash-Pool liegen bei 14,1 Prozent.

Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 42,2 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 39,2 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 6,3 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der STAWAG Energie B.V., der FACTUR, der Regionetz, der Alsdorf Netz GmbH (Alsdorf Netz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), der Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), der Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath) ,der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth), sowie der Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich) einbezogen.

## III. Prognosebericht

In ihrem Frühjahrsgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,7 Prozent im laufenden Jahr und um 3,1 Prozent im Jahr 2023. Der Russland-Ukraine-Krieg und die dadurch massiv angestiegenen Energiepreise führen zusätzlich zur Corona-Pandemie und unterbrochenen Lieferketten zu Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und zu einem Stopp des konjunkturellen Erholungsprozesses.

Aufgrund der hohen Unsicherheit über die für die deutsche Wirtschaft wichtigen Gaslieferungen aus Russland haben die Institute in ihrem Frühjahrsgutachten zwei Szenarien für die konjunkturelle Entwicklung berechnet. Das eine Szenario geht von fortgesetzten Gaslieferungen und keine weiteren ökonomischen Eskalationen aus (Basisszenario), das andere Szenario geht von einem sofortigen Stopp russischer Gaslieferungen (Alternativszenario) aus.

Im Basisszenario legt das deutsche BIP im Jahr 2022 um 2,7 Prozent zu, im Falle eines Lieferstopps nur um 1,9 Prozent. In ihrem Herbstgutachten waren die Institute noch von einem Zuwachs um bis zu 4,8 Prozent ausgegangen. Maßgeblich für die Revision sind neben dem Ukrainekrieg der ungünstige Pandemieverlauf im zurückliegenden Winterhalbjahr. Im Jahr 2023 dürfte das BIP um 3,1 Prozent steigen, im Falle eines Lieferstopps um 2,2 Prozent sinken (Herbstgutachten: plus 1,9 Prozent). Der kumulierte BIP-Verlust beläuft sich im Falle eines Lieferstopps allein in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro, was mehr als 6,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Für das laufende Jahr rechnen die Institute mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent, dem höchsten Wert seit 40 Jahren. Im Falle eines Lieferstopps für russische Energie würden sogar

7,3 Prozent erreicht, der höchste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch im kommenden Jahr dürfte die Rate mit 2,8 Prozent (Lieferstopp: 5 Prozent) deutlich über dem Durchschnitt seit der Wiedervereinigung liegen.

Die Arbeitslosenquote liegt im Basisszenario in beiden Prognosejahren bei 5 Prozent (nach 5,7 Prozent im Vorjahr). Im Fall eines Lieferstopps dürften die Raten 5,2 Prozent (2022) und 6 Prozent (2023) betragen. Belastungen für die Konjunktur würden in diesem Fall im Wesentlichen über eine reduzierte Arbeitszeit aufgefangen werden.

In ihrer Konjunkturumfrage zum Frühjahr 2022 kommt die Industrie- und Handelskammer Aachen, Aachen, (IHK) zum Ergebnis, dass die Erwartungen der Unternehmen nach einem zuversichtlichen Start in das Jahr 2022, bedingt durch den Krieg Russlands in der Ukraine, einen herben Dämpfer erlitten. Zwar bewertet die Mehrzahl der Befragten ihre Lage positiv, allerdings haben sich die Aussichten für die kommenden Monate deutlich eingetrübt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges trüben die Geschäftserwartungen der regionalen Unternehmen ein. Es zeichnen sich düstere Wolken am Horizont ab. Vier von 10 Unternehmern sind mit ihrer gegenwärtigen Situation noch zufrieden, jeder neunte Betrieb ist nicht zufrieden. Die Ertragslage blieb in den zurückliegenden Monaten stabil. Die Unternehmen rechnen damit, dass sich ihre Situation deutlich verschlechtern wird. Am besten sind die Aussichten noch bei den Dienstleistern und in der Industrie.

Dementsprechend sind die Betriebe auch bei ihren Investitionsplänen zurückhaltender als noch zum Jahresbeginn. In Summe rechnet die Mehrzahl der Befragten trotz des schwierigen Umfelds allerdings noch mit einem Anstieg ihrer Investitionen.

Die trüben Aussichten für die weitere Entwicklung beeinflussen noch nicht die Personalplanungen der Unternehmerinnen und Unternehmer. Gesucht werden weiterhin vor allem Mitarbeitende mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung sowie mit akademischen Abschlüssen. Rund ein Drittel der Befragten möchte Stellen auch mit Menschen ohne Berufsausbildung besetzen. Die Arbeitslosenquote in der Region Aachen ist seit Jahresbeginn um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent gestiegen. Sie liegt somit weiter unter der Quote des Landes NRW (6,6 Prozent), aber über der Quote des Bundes (5 Prozent).

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2022 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus, das gegenüber dem Betriebsergebnis 2021 um rund 0,7 Mio. Euro niedriger ausfallen wird. Die Abweichung ist im Wesentlichen durch einen im Jahr 2021 erzielten betrieblichen Ertrag in Höhe von 0,7 Mio. Euro begründet, der im Wesentlichen aus dem Verkauf von 1 Prozent der regio iT-Gesellschaftsanteile an die regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG zurückzuführen ist. Für das Geschäftsjahr 2022 plant die E.V.A. Umsatzerlöse in Höhe von rund 17,7 Mio. Euro, die voraussichtlich rund 0,5 Mio. Euro oberhalb der im Geschäftsjahr 2021 erzielten Umsatzerlöse liegen werden. Da für das Jahr 2022 keine sonstigen betrieblichen Erträge vorgesehen sind, entsprechen die geplanten Umsatzerlöse der Gesamtleistung. Gleichzeitig geht die E.V.A. gegenüber dem Geschäftsjahr 2021 mit 17,7 Mio. Euro auch von rund 0,6 Mio. Euro höheren Gesamtaufwendungen aus, die insbesondere durch rund 1,2 Mio. Euro höhere Personalaufwendungen zu begründen sind. Gegenläufig wirken sich im Wirtschaftsplan 2022 mit −3,7 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro niedrigere Materialaufwendungen sowie mit −2,6 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringere sonstige betriebliche Aufwendungen aus.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,9 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von –1,3 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2022 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 4,6 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von –3,4 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 1,2 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2022 118,8 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig auch im Geschäftsjahr 2021 eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes und wirkt nachhaltiger als zu Beginn der Pandemie erwartet. Dennoch wird die Rolle des ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende weiterhin intensiv diskutiert und mündet zunehmend in konkreten politischen Beschlüssen. Basis für diese Diskussion ist die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebracht „Vision 2027“, die neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots beinhaltet. Zwischenzeitlich wurden seitens der ASEAG in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einige der in der Vision 2027 beschriebenen Ansätze weiter konkretisiert, so dass es zum Jahresende 2021 zu einem Grundsatzbeschluss über diese Maßnahmen im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen gekommen ist, die nun in den fortzuschreibenden Nahverkehrsplan einfließen sollen. Der diesbezügliche Beschluss hierfür ist im Januar 2022 vom Mobilitätsausschuss gefasst worden. Die ASEAG sieht hierin einen ihrer Anteile zur Konkretisierung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ der Stadt Aachen. Da die Finanzierung dieser umfangreichen Maßnahmen eine der wesentlichsten Herausforderungen darstellt, bewirbt sich die ASEAG weiterhin in Abstimmung mit den Aufgabenträgern um Fördermittel des Bundes und des Landes. Mit den Förderungen für die On-Demand-Verkehre in Roetgen und Laurensberg, so wie der Förderung der Schnellbuslinie SB 66 (Monschau-Aachen) konnten bereits signifikante Förderbeträge eingeworben werden, so dass zumindest ein großer Beitrag der Anschubfinanzierung für eine Leistungsausweitung gewonnen werden konnte. Im Förderprojekt „Haaren clever mobil“ bestehen auch sehr gute Chancen zum Einwerben von Drittmitteln in Millionenhöhe (Entscheidung 1. Halbjahr 2022 erwartet), während sich die Hoffnung für das Projekt MIDIVO (weiterer Leistungsausbau im Süden der StädteRegion Aachen) leider zerschlagen hat. Der Antrag war zwar in der engeren Auswahl, ist aber letztendlich unter den ca. 160 Anträgen nicht zum Zuge gekommen. Dies ist besonders bedauerlich, da auch in der StädteRegion Aachen das Thema Verkehrswende eine besondere Bedeutung beigemessen wird und das in der Regel ohne den Druck, wie er sich beispielsweise in Aachen durch das Nichteinhalten der Luftreinhaltungsziele ergeben hat. Hier hätte die Realisierung des Projektes einen großen weiteren Schritt bedeutet.

Bei all diesen umweltpolitischen Überlegungen spielt die derzeitig Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung zurzeit keine direkte Rolle, so dass mit einem Leistungsvolumen von etwa 19,3 Mio. Nutz-km pro Jahr die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) bleibt. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und der nun beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus.

Dabei ist parallel insbesondere die Finanzierung der Zusatzverkehre immer zu berücksichtigen.

Für die Erreichung des Ziels der ASEAG, die Vermarktung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben, konnten weitere wichtige Schritte gegangen werden. Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden sind im Geschäftsjahr 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 bereits Projekte in die Umsetzungsphase eingetreten. So hat der On-Demand-Verkehr „NetLiner" im teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen und in den Gemeinde Roetgen und Simmerath den Betrieb aufgenommen. Gleiches gilt für die deutliche Ausweitung des Schnellbusangebots zwischen Aachen und Monschau (SB 66). Da die hier eingesetzten Busse über besondere Qualitätsmerkmale verfügen und einen ersten Aufschlag im Konzept der „Starken Achsen" aus der Vision 2027 darstellen, hat sich die ASEAG dazu entschieden, diese Art des Angebots unter dem Begriff „RegioLiner" zu vermarkten. Weitere Express- oder Schnellbuslinien sollen mittelfristig unter dem Produktnamen folgen. Selbstverständlich schreiten auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen voran, die nach heutiger Auffassung auch von der ASEAG betrieben werden soll. Im Vorlauf auf diese Verbindung wurde eine Taktverdichtung der heutigen Buslinie auf dieser Relation umgesetzt. Da die Verkehrswende für die Region die Einbeziehung aller Städte und Gemeinden voraussetzt und vielschichtige Fragen zum Mobilitätsangebot und der dafür zwingend benötigten Infrastruktur für die Entscheidungsträger mit sich bringt, haben sich die Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen dazu entschieden, neben der bereits eingerichteten AG zur geplanten Regio-Tram auch eine „AG Innovationen" ins Leben zu rufen. In dieser AG sollen Antworten zu den aufkommenden Fragestellungen rund um den ÖPNV, den Radverkehr, die Mobilitätsstationen, die Infrastruktur usw. verwaltungsübergreifend vorbereitet werden, um so letztendlich die Maßnahmenumsetzung schneller zu erreichen.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig also auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, ist im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen aktuell eher eine Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen zu erkennen. Wenn es dazu kommt, wird dies die Ergebnissituation der ASEAG insgesamt belasten, zumal sich im zweiten Halbjahr 2021 eine deutliche Beschleunigung der allgemeinen Preissteigerungen eingestellt hat.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2021 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Andere betriebliche Bereiche hatten verstärkt altersbedingte Abgänge zu verzeichnen. Diese Positionen wurden in der Regel durch Fahrpersonale nachbesetzt. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass es zu einem verstärkten altersbedingten Ausscheiden direkt aus dem Fahrdienst kommen wird. Zahlreiche Mitarbeiter erreichen dann die Grenzen, die einen Renteneintritt ermöglichen. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig dem stetig steigenden Bedarf (zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen) abzudecken. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2021 allein über 50 Mitarbeiter eingestellt. Aufgrund eines im Laufe des 2. Halbjahres 2021 stark gestiegenen Krankenstands gelingt es leider bisher

nicht, dass die Personalmehrung zur weiteren Stabilität des Fahrplanangebots beiträgt. Es kommt hingegen trotz der Einstellungen zu Fahrtausfällen. Diesem Problem gilt es im Jahr 2022 Sorge zu tragen.

Die ASEAG stellt sich natürlich auch in anderen Funktionsbereichen, insbesondere in den Planungsbereichen, für die Verkehrswende auf. Dennoch sind diese Personalanpassungen, bezogen auf die Gesamtmitarbeiterzahl, insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Personalbeschaffung in diesen Bereichen ist jedoch trotz der geringen Anzahl an Mitarbeitern eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen durch entsprechende Spezialisten im Personalbereich im Geschäftsjahr 2021 verstärkt hat. Die ASEAG ist darüber hinaus auch selbst darum bemüht, Studierende frühzeitig für die Verkehrsbranche zu interessieren. Hierbei setzt sie insbesondere auf studentische Jobangebote und die Betreuung von Bachelor-/Masterarbeiten. Erste Rekrutierungserfolge konnten so bereits erzielt werden. Für 2022 plant die ASEAG insgesamt mit einem Personalbestand von ca. 568 Mitarbeiteräquivalenten. Dies ist gegenüber 2021 lediglich eine geringe Zunahme.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Personalbereich geht die ASEAG davon aus, dass die Arbeitsmarktsituation dazu führen wird, dass Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte nach dem letzten Corona-bedingt moderateren Tarifabschluss wieder zunehmen werden und so der Kostendruck wieder steigt. Dem wirkt noch entgegen, dass ausscheidende Mitarbeiter in der Regel über Besitzstandsregelungen verfügen, die dann für die neuen Mitarbeiter nicht mehr zum Tragen kommen. Dieser Effekt wird in den kommenden Jahren zunehmend geringer. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 35,2 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aufgrund weiter fallender Zinsen auch im Jahr 2022 das Ergebnis erheblich belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort. Das Phänomen der stark ansteigenden Krankenstände wie bei der ASEAG ist jedoch bisher nicht zu erkennen, so dass im Hinblick auf Kosten und Betriebsstabilität der Einsatz von Subunternehmern weiterhin Vorteile mit sich bringt.

Corona-bedingt kam es auch im Jahr 2021 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019), die jedoch auch im Jahr 2021 durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des Bundes vollständig aufgefangen werden. Ein solcher Rettungsschirm wird derzeitig auch für das Jahr 2022 auf politischer Ebene vorbereitet und ist Bestandteil des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung. Wie im Geschäftsjahr 2021 gilt weiterhin, dass die Kundensegmente besonders stark zurückgegangen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss bzw. kann – z.B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigeren Nutzung waren nicht so stark betroffen – Abo-Karten. Aber auch hier ist allein durch die inzwischen fast zweijährige Beeinflussung des Kaufverhaltens durch die Pandemie ein Rückgang zu erkennen. Positiv stimmt zurzeit einzig, dass sich Unternehmen zunehmend mit den Thema Nachhaltigkeit und attraktiver Arbeitgeber beschäftigen. Im Angebot des Job-Ticket wird ein adäquates Instru-

ment gesehen, beides miteinander zu verbinden. Die seitens der Finanzbehörden eingeräumten steuerlichen Vorteile fördern dies zusätzlich. Im Ergebnis konnte der Absatz im Job-Ticket-Bereich um ca. 14 Prozent gesteigert werden. Für 2022 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 56,9 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 1,4 Prozent zum 1. Januar 2022 und ein Corona-bedingter Mengenabschlag im Bereich der Spontankunden eingeflossen. Aufgrund der aktuellen Diskussionen, die derzeitig bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG von einer kurz- bis mittelfristigen Erholung der Nachfrage aus, sobald sich ein Ende der Corona-Pandemie abzeichnet. Allerdings ist davon auszugehen, dass dieser Schritt zur neuen Normalität umso länger dauert, je länger die Verunsicherung in der Bevölkerung anhält. Effekte daraus lassen sich jedoch zurzeit nicht beziffern. Dabei wird es auch zu Tarifwanderungsbewegungen von relativ teuren Gelegenheitsnutzer-Produkten zu Stammnutzer-Produkten oder direkt zum Job-Ticket kommen, sodass hiermit nicht zwangsweise Mehrerlöse verbunden sind. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§ 228 ff. SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden als konstant angesehen. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Preise aus Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt erzielten Dieselbeschaffungspreise für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastanzahl ist auch 2021 im Stammgebiet Corona-bedingt gegenüber 2019 stark rückläufig. Im Vergleich zu 2020 stagniert die Fahrgastzahl in etwa. Anders als im Jahr 2020 sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht so einschneidend. Aufgrund der aktuellen Entwicklung des Virus wird zunehmend von einer Rückführung der Maßnahmen gesprochen. Aus diesem Grund geht die ASEAG davon aus, dass in 2022 die Erholung der Fahrgastzahlen beginnen wird, auch wenn das Niveau von 2019 noch weit entfernt bleiben wird. Wann die guten Zahlen und der stabile positive Nachfragetrend aus 2019 wieder erreicht werden, lässt sich derzeitig nicht gesichert sagen. Dies hängt neben den zurzeit günstigen politischen Rahmenbedingungen für den ÖPNV auch maßgeblich von den möglichen Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie auf das Verbraucherverhalten ab. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2021 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Die ASEAG kann bei den Stammkunden ein recht stabiles Kaufverhalten registrieren. Es kann aber gleichzeitig davon ausgegangen werden, dass die erworbenen Karten in geringerem Umfang als in den Vorjahren genutzt wurden. Aus diesem Grund werden weiterhin zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen angegeben. Vor dem Hintergrund, dass es im Jahr 2021 trotz Corona-Krise gelungen ist, weitere Arbeitgeber vom Job-Ticket zu überzeugen, blickt die ASEAG insgesamt jedoch optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage mittelfristig wieder stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit der Vision 2027 der ASEAG diskutierten angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen.

Nachdem im Jahr 2021 das Ergebnis leicht besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2022 Corona-bedingt ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 37,2 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfrist-

planung kann nur erreicht werden, weil in der Planung Ertragszuschüsse der Stadt Aachen berücksichtigt sind, die der ASEAG sozusagen als vorweggenommener Ergebnisausgleich zufließen sollen. Dieses Verfahren ist mit der Stadt Aachen abgestimmt. So soll die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht gefährdet werden. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6- oder Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert.

Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es auch für das Geschäftsjahr 2021 anstelle einer positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG zu einer Verlustübernahme. Das Ergebnis liegt im Geschäftsjahr 2021 mit minus 1.804 TEuro deutlich unter dem Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von über 1,5 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus die Ergebnisse 2022 und 2023 zusätzlich belasten wird. Dabei wird ab dem Geschäftsjahr 2023 davon ausgegangen, dass es zu einer Erhöhung der Parkgebühren in den Parkobjekten der APAG kommt, der idealerweise eine Erhöhung der Parkgebühren am Straßenrand seitens der Stadt Aachen voransteht. Ergebnisbelastend wirken sich umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten, aus. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Bauunternehmen sich teilweise sehr volatil entwickeln. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer, stabiler Zustand eingestellt. Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wird der Prozess nun erneut angestoßen. Aufgrund der pandemiebedingt vollkommen anderen Auslastungssituation lässt sich nicht final feststellen, ob die Planungsannahmen im Hinblick auf die Kundenbewegungen eingetreten sind. Zumindest ist in den Parkhäusern Couvenstraße und Adalbertstraße zu erkennen, dass diese sich deutlich besser in Zeitfenstern ohne Corona-Maßnahmen erholen als die meisten anderen Parkobjekte in Aachen.

Mit der Mobilitätsplattform movA hat die ASEAG auch im Jahr 2021 digitalen Vertrieb von ÖPNV-Tickets vorgenommen und bietet den Kunden einen Zugriff auf vielseitige Mobilitätsangebote. Mit insgesamt nahezu 150.000 Downloads und inzwischen an die 35.000 registrierten Kunden stößt dies auf reges Interesse auch bei Firmenkunden, die in der Kombination aus ÖPNV und anderen Mobilitätsangeboten – gebündelt in einer App mit zusätzlichen firmenspezifischen Services der App – einen wesentlichen Baustein für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement sehen. Nach Einschätzung der ASEAG wird das betriebliche Mobilitätsmanagement eine wesentliche Bedeutung gewinnen, da sich Arbeitgeber hier nachhaltig mit einer Sozialleistung im Wettstreit um qualifizierte Arbeitskräfte positionieren möchten. Die Flexibilität, die durch digitale Vertriebsmöglichkeiten mit movA entsteht, wird auch den Vertrieb der sonst eher statischen ÖPNV-Produkte unterstützen. Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio IT gegründeten Better Mobility. Diese Gesellschaft wird die technische Lösung dann

außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung anbieten. Bei der Rheinbahn AG, Düsseldorf, (Rheinbahn) ist im Geschäftsjahr 2021 die Plattform „redy“ gestartet, die auf der Technologie der Better Mobility aufbaut. Insgesamt ist festzustellen, dass der Markt für den Vertrieb der Technologie im Jahr 2021 enger geworden ist. Dies liegt unter anderem daran, dass Hersteller klassischer ÖPNV-Ticket-Apps im Bereich MaaS (Mobility as a Service) deutlich nachentwickeln und ihren Bestandskunden zu sehr günstigen Preisen anbieten, um die Kundenbeziehung nicht zu verlieren. In allen Kundensegmenten dieser digitalen Lösung – Endkunde, Firmenkunde für Mitarbeiter und Firmenkunden als Betreiber einer Mobilitätsplattform – geht die ASEAG von einer zunehmenden Nachfrage aus, wenn die Unsicherheiten der derzeitigen Pandemie entfallen. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt auch weiterhin im Trend der Branche und wird politisch als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen.

Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 aufgrund des Corona-Virus bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die Nachwirkungen der Pandemie insgesamt werden auch das kommende Geschäftsjahr negativ beeinflussen. In die Wirtschaftsplanung sind zwar solche negativen Effekte eingeflossen, aber ob dies ausreichen wird, ist aktuell nicht final zu beurteilen und hängt von der Fortdauer des Ereignisses ab. Dabei gilt, wie im Jahr 2020 auch, dass Umsätze im Gelegenheitsverkehr und bei kurzfristig zu nutzenden Zeitkarten besonders gefährdet sind. Allerdings darf aktuell davon ausgegangen werden, dass diese Mindererlöse erneut über einen ÖPNV-Rettungsschirm abgedeckt werden.

Die Invasion der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, insbesondere auf die in der Ukraine lebenden Menschen. Angesichts des sich bereits abzeichnenden Krieges gegen die Ukraine wurde die Gaspipeline Nord Stream 2 bereits im Vorfeld auf Eis gelegt. Mit dem erfolgten Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Europäische Union (EU) gemeinsam mit ihren internationalen Partnern weitere massive Sanktionen gegen Russland in den Bereichen Finanzen, Energie und Transport sowie Beschränkungen gegen Personen und Einrichtungen beschlossen. Russische Banken sind demnach vom SWIFT-System und damit von den internationalen Finanzströmen ausgeschlossen. Der russischen Zentralbank sind zudem weitreichende Beschränkungen für den Zugriff auf ihre Devisenreserve in der EU auferlegt worden. Zusätzlich wurden Verbote für Exporte und damit auch verbundene Reparatur-, Wartungs-, und Finanzdienstleistungen für den Energie- und Transportsektor verhängt, die es Russland unmöglich machen, seine Ölraffinerien zu modernisieren oder ihre russische Verkehrsflugzeug-Flotte nach internationalen Standards fortzuführen. Ebenso wurde der Zugang Russlands zu wichtigen Schlüsseltechnologien wie Halbleitern oder modernster Software beschränkt. Die aktuellen Einwicklungen steigender Energiepreise, die mit dem Kriegsausbruch nochmals drastisch angestiegen

sind, als auch die umfassenden Sanktionen und gestörten Lieferketten wirken sich entsprechend belastend auf die Wirtschaft aus. So hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner Frühjahresprognose die Vorhersage für die Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland bereits auf 2,1 Prozent gesenkt. Im Dezember waren die Ökonominnen und Ökonomen noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von vier Prozent ausgegangen. Die Inflationsrate dürfte mit einem erwarteten Anstieg auf 5,8 Prozent so hoch sein wie noch nie seit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Aufgrund der bekanntgewordenen mutmaßlichen Kriegsverbrechen russischer Truppen hat die EU-Kommission zwischenzeitlich auch ein Kohle-Embargo der Mitgliedstaaten gegen Russland vorgeschlagen, über den die EU-Staaten nun einstimmig zu entscheiden haben. Dabei ist vorgesehen, dass für das Importverbot von Steinkohle eine dreimonatige Übergangfrist eingeräumt wird. EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen hat zudem ein Öl-Embargo angedroht. Als zentrales Risiko ist jedoch die Aufrechterhaltung der Gasversorgung aus Russland zu sehen. Für den Fall eines Lieferstopps drohen der deutschen Volkswirtschaft und der gesamten Energiebranche dramatische Verwerfungen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges sind für die energiewirtschaftlichen Versorgungsunternehmen und damit auch für die STAWAG aktuell nur schwer abschätzbar. In engmaschigen Risikokomitee-Sitzungen der STAWAG werden die aktuellen Entwicklungen fortlaufend bewertet und entsprechende Maßnahmen mit dem Ziel einer Risikominimierung ergriffen. Sofern kein Erdgaslieferembargo droht, bewertet die STAWAG ihre bestehenden Risiken zumindest als überschaubar. Die größten Herausforderungen ergeben sich aktuell aus der Beteiligung an der TKL. Unter der Prämisse, dass die TKL im Zuge des Kohle-Embargos spätestens ab Mitte des Jahres keine russische Kohle mehr beziehen wird, arbeitet die TKL aktuell mit Hochdruck an der Umsetzung einer geänderten Beschaffungsstrategie. So hat die TKL bereits damit begonnen, sich für das 3. und 4. Quartal 2022 als auch für das 1. Quartal 2023 mit nicht russischen Kohlemengen einzudecken, um den Kraftwerkseinsatz möglichst ohne Einschränkung sicherzustellen.

Abgesehen von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs erwartet der Vertriebsbereich der STAWAG im Jahr 2022 infolge zu erwartender Kundenverluste im Privat- und Gewerbekundenbereich im Strombereich einen Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr, während der Absatz im Industrie- und Geschäftskundensegment annähernd konstant bleibt. Auch in der Gassparte ist von einem Kundenrückgang im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen, während der Kundenbestand im Industrie- und Geschäftskundensegment nahezu auf dem Vorjahresniveau erwartet wird. Aufgrund der kühlen Witterung im Jahr 2021 werden sich die Absatzmengen in der Gassparte bei einer durchschnittlichen Witterung insgesamt jedoch rückläufig entwickeln. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund einer verstärkten Akquise im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls ein leichter Mengenzuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

**Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft**

| Sparte | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abw. | Abw. (%) |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 712 | 704 | −8 | −1,1 |
| Gas (Mio. kWh) | 1.344 | 1.243 | −101 | −7,5 |
| Wasser (Mio. $m^3$)* | 15 | 15 | 0 | 0 |
| Wärmecontracting (Mio. kWh) | 12 | 13 | +1 | +8,3 |

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2021 unterhalb des langjährigen Mittels lagen, dürfte im Falle eines erwarteten durchschnittlichen Temperaturniveaus im Jahr 2022 der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage wird insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie-Entwicklung abhängig sein.

**Netzausspeisung Regionetz**

| Sparte | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abw. | Abw. (%) |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 2.168,5 | 2.270,9 | +102,4 | +4,7 |
| Gas (Mio. kWh) | 6.211,5 | 5.756,9 | −454,6 | −7,3 |

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Kriegs davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnisniveau von etwa 43,8 Mio. Euro erzielen wird.

**Finanzielle Kennzahlen**

| Kennzahl | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abw. | Abw. (%) |
|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse (TEuro) | 415.291 | 331.337 | -83.954 | -20,2 |
| EBITDA (TEuro) | 23.908 | 6.393 | -17.515 | -73,3 |
| EBIT (TEuro) | 17.866 | -1.240 | -19.106 | -106,9 |
| EBT (TEuro) | 54.810 | 43.758 | -11.052 | -20,2 |

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2022 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Für den Markt der Informationstechnik wird nach dem Corona-bedingten Einbruch wieder von einem Wachstumspfad ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 108,6 Milliarden Euro und einem Wachstum von 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr wird dieser innerhalb der ITK Branche auch im Jahr 2022 wieder als Wachstumstreiber gesehen. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In

diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Die regio iT beabsichtigt, zukünftig den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nichtfinanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Berichtsjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Geschäftsjahr 2022 ist eine Integration in das Steuerungsmodell sowie zukünftig eine regelmäßige Darlegung vorgesehen.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2021/2022 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2022 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro):

| **Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)** | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abw. I/P abs. | Abw. I/P % |
|---|---|---|---|---|
| Gesamtumsatz | 149,3 | 140,8 | -8,5 | -5,7 |
| davon | | | | |
| Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb | 93,4 | 98,3 | 4,9 | 5,2 |
| Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 15,3 | 13,9 | -1,4 | -9,2 |
| Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft | 29,3 | 17,5 | -11,8 | -40,3 |
| Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 10,2 % | 9,9 % | – | – |
| Rohergebnis/-ertrag [1)] | 81,5 | 85,1 | 3,6 | 4,4 |
| Personalkosten | 49,5 | 53,6 | | |
| Personalkostenquote [2)] | 33,2 % | 38,1 % | – | – |
| Ergebnis vor Steuern | 11,3 | 8,8 | -2,5 | -22,1 |
| Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) | 7,6 % | 6,3 % | – | – |

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/BV) ./. Materialaufwand
2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 98,3 Mio. Euro eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Umsatzpotenziale bzw. Wachstumschancen erwarten die regio iT in den Bereichen Virtual Desktop Infrastructure (VDI), intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen, (digitale) Bildung sowie Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem ergeben sich auch weiterhin Umsatzpotenziale im Kundenkreis bzw. durch die übernommenen Kundenverträge des civitec Zweckverbandes. Mit der Stadt Ratingen konnte ein weiterer strategischer Full-Service-Kunde gewonnen werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 13,9 Mio. Euro weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2021) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung von Fördermittel für die Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten die regio iT zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 17,5 Mio. Euro ebenfalls nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt allerdings das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwartet die regio iT eine Steigerung im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen auf 53,6 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2022 eine Steigerung des Rohergebnisses von 81,5 Mio. Euro auf 85,1 Mio. Euro bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 11,3 Mio. Euro auf 8,8 Mio. Euro. Dieses liegt dann um 2,5 Mio. Euro unter dem hervorragenden, aber auch durch Einmaleffekte geprägten Niveau des Berichtsjahres.

Zusammenfassend geht die regio iT trotz der anhaltenden Corona-Pandemie von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2022 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2021 auf Planniveau im Sommer 2022 erfolgt.

## IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2021 ein weitestgehend ähnliches Bild wie im letzten Jahr. Die Unsicherheiten im energiewirtschaftlichen Umfeld halten weiter an. Ein Ausdruck hierfür sind die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte stark volatilen und bis zum Jahresende überproportional angestiegenen Großhandelspreise für Strom und Gas. Zudem ist derzeit nur schwer abschätzbar, welche Implikationen der im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgehaltene frühere Kohleausstieg bis 2030, der noch zu Anpassungen beim Kohleausstiegsgesetz führen kann, auf die Energiemärkte insgesamt haben wird. Vor diesem Hintergrund hält die STAWAG an der im letzten Jahr gebildeten Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich umfänglich fest. Beim Betrieb des Gasspeichers Epe partizipierte die STAWAG in 2021 zwar von den angestiegenen Marktpreisen, indem sie den Gasspeicher bis auf ein Minimum entleerte, doch rechnet die STAWAG auch in den nächsten Jahren weiterhin nicht mit positiven Deckungsbeiträgen. Die ohnehin schon hohen Energiepreise des 4. Quartals 2021 sind mit Beginn des Ukraine-Krieges weiter stark gestiegen und sehr volatil. Da ein Ende der gesamten Entwicklung derzeit nicht absehbar und das gesamte politische und energiepolitische Entscheidungsumfeld völlig unklar ist, kann eine verlässliche Prognose über die wirtschaftlichen Folgen eines völligen Versagens von Marktstrukturen oder die Folgen von Lieferengpässen bis hin zu Lieferstopps von russischen Rohstoffen oder die Risiken von Kraftwerksstillständen auf die STAWAG und ihre Erzeugungs-, Handels- und Speicherbeteiligungen nicht abgegeben werden.

Das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten sorgt seit vielen Jahren zu einem Absinken des für die Berechnung von Pensionsrückstellungen relevanten Rechnungszinssatzes. Bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz entstehen hierdurch erhöhte, ergebnisbelastende Rückstellungszuführungen. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung haben die STAWAG-Gesellschaften im Jahr 2021 erneut verkraftet und erwarten diese in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung auch noch für einige Jahre, wenngleich die amerikanische Notenbank und die Europäische Zentralbank bereits eine Trendwende bei den Langfristzinsen avisieren.

Bis dahin versuchen STAWAG und Regionetz weiterhin, zinsgünstige Neukreditaufnahmen in allen Laufzeiten vorzunehmen. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Chancen bieten sich für die STAWAG-Gruppe aus der im letzten Jahr weitreichend durchgeführten Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich, sodass sich die Ergebnislage in Zukunft signifikant und dauerhaft verbessern kann. Chancenreich bleibt auch weiterhin die zwischen STAWAG und EWV bestehende Netzkooperation in der Regionetz, die sich bei Konzessionsausschreibungen oder Netzverpachtungen als professioneller Netzbetreiber anbietet. Die auf regenerative Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie ist zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für den Ausbau klimaschonender und klimaneutraler Energieerzeugung schaffen wird und die STAWAG Energie hiervon profitiert. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2021 existiert seit letztem Jahr das Risiko einer Pandemie. Auch wenn die Corona-Pandemie nun schon länger als ursprünglich erwartet anhält, wird die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft. Dennoch zeigt sich in der derzeitigen Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen. Auch für das Geschäftsjahr 2022 ist davon auszugehen, dass es zu einem erneuten ÖPNV-Rettungsschirm kommen wird – die Absicht hierzu ist im neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung niedergelegt. Dennoch wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende hin zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – kurz- bis mittelfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird damit gerechnet, dass in städtischen Räumen der Trend hin zum ÖPNV wieder zunehmen wird. Diese Annahme stützt sich darauf, dass parteiübergreifend der Kampf gegen den Klimawandel befürwortet wird und aus politischer Sicht nur ein starker und funktionierender ÖPNV die notwendige Unterstützung bringt.

Aktuelle Zinsprognosen, die einen stark absinkenden Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beinhalten, sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte Städte-Region Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Wurde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an

Bedeutung gewonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Als stabilisierender Effekt auf den Unternehmenswert ist das derzeitig niedrige Zinsniveau anzusehen. Darüber hinaus wird planerisch eine Steigerung der Kurzparkertarife als am Markt durchsetzbar angesehen, zumal es im Rahmen der Klimaschutzdiskussion sicher zu weiteren Anpassungen der Parkgebühren am Straßenrand kommen wird. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken diesen Effekt sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Die Verkehrsverbünde gehen derzeitig davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen unterschiedlichster Interessenvertreter in NRW während dieser Legislaturperiode keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die im Geschäftsjahr 2020 bei der STAWAG im Zuge des verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetztes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellungen für den Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen führt zu einem Anstieg des Ergebnisniveaus der STAWAG und damit auch der Gewinnabführung an die E.V.A. Gemäß aktueller Mittelfristplanung ist zu erwarten, dass die energiewirtschaftlichen Ergebnisbeiträge die ÖPNV-Verluste wieder vollständig kompensieren bzw. übertreffen, sodass sich die zuletzt leicht angespannte Liquiditätslage der E.V.A. wieder erholt. Die für das Geschäftsjahr 2021 vorgesehene Ausgleichszahlung der Gesellschafterin Stadt Aachen in Höhe von 3,9 Mio. Euro leistet dabei ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Die seitens der Stadt Aachen bis zum Jahr 2021 geleisteten Ausgleichszahlungen belaufen sich damit auf rund 64,9 Mio. Euro. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 70 Mio. Euro ist nach derzeitigem Kenntnisstand als unwahrscheinlich anzusehen, womit die E.V.A.-Geschäftsführung das potentielle Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung der E.V.A. als gering bewertet, zumal die E.V.A. aus finanzwirtschaftlicher Sicht weiterhin auch kurzfristige Liquidität über den konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen kann.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. In Zukunft kommt es insofern verstärkt darauf an, dass das sich im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen manifestiert bzw. zusätzliche Mittel für die Finanzierung der Verkehrs- bzw. Mobilitätswende bereitgestellt werden. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

# Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2021 voll gerecht wurde.

Aachen, den 27. Mai 2022

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

Michael Carmincke

Jahres

Jahresabschluss >>

# Bilanz zum 31. Dezember 2021

## Aktiva

| | Anhang | 31.12.2021<br>Euro | 31.12.2020<br>TEuro |
|---|---|---|---|
| **A. Anlagevermögen** | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Software | | 240.063,00 | 214 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | | 351.082,03 | 81 |
| | | 591.145,03 | 295 |
| II. Sachanlagen | | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 84.151,00 | 104 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | | 1.418.496,30 | 531 |
| | | 1.502.647,30 | 635 |
| III. Finanzanlagen | _ 1 | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | | 53.722.346,11 | 53.722 |
| 2. Beteiligungen | | 2.793.168,12 | 2.797 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | | 6.513,61 | 7 |
| | | 56.522.027,84 | 56.526 |
| | | **58.615.820,17** | 57.456 |
| **B. Umlaufvermögen** | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | _ 2 | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | | 57.720,83 | 130 |
| 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen | | 28.207.832,64 | 94 |
| 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 324.312,50 | 264 |
| 4. Forderungen gegen Gesellschafter | | 4.133.014,97 | 33.103 |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände | | 9.304.651,45 | 4.526 |
| | | 42.027.532,39 | 38.117 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | _ 3 | 10.451.322,31 | 27.416 |
| | | **52.478.854,70** | **65.533** |
| **C. Rechnungsabgrenzungsposten** | | **3.344,16** | 15 |
| | | **111.098.019,03** | 123.004 |

# Passiva

| | Anhang | 31.12.2021 Euro | 31.12.2020 TEuro |
|---|---|---|---|
| **A. Eigenkapital** | _ 4 | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | 14.049.880,00 | 14.050 |
| II. Kapitalrücklage | | 43.753.000,00 | 43.753 |
| III. Verlustvortrag | | -50.777.416,77 | -37.137 |
| IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | | 0,00 | -13.641 |
| | | **7.025.463,23** | 7.025 |
| **B. Rückstellungen** | | | |
| 1. Pensionsrückstellungen | _ 5 | 2.897.818,00 | 2.209 |
| 2. Steuerrückstellungen | _ 6 | 1.380.918,43 | 289 |
| 3. Sonstige Rückstellungen | _ 7 | 1.285.865,67 | 1.231 |
| | | **5.564.602,10** | 3.729 |
| **C. Verbindlichkeiten** | | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 670.255,33 | 295 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | _ 8 | 58.469.056,25 | 74.746 |
| 3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 409.256,97 | 431 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern | _ 9 | 14.945.756,35 | 12.584 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | 24.013.628,80 | 24.194 |
| | | **98.507.953,70** | 112.250 |
| | | **111.098.019,03** | 123.004 |

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

| | Anhang | **2021 Euro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|---|
| 1. Umsatzerlöse | _ 10 | 17.204.489,52 | 16.267 |
| 2. Andere aktivierte Eigenleistungen | | 62.399,10 | 14 |
| 3. Sonstige betriebliche Erträge | _ 11 | 597.248,60 | 1.020 |
| 4. Materialaufwand | _ 12 | | |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | | 10.904,09 | 6 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | | 4.100.946,38 | 3.733 |
| | | 4.111.850,47 | 3.739 |
| 5. Personalaufwand | _ 13 | | |
| a) Gehälter | | 8.185.070,52 | 7.794 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | 1.727.439,86 | 1.519 |
| | | 9.912.510,38 | 9.313 |
| 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | | 145.673,49 | 126 |
| 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen | _ 14 | 2.927.224,93 | 2.480 |
| **Betriebsergebnis** | | **766.877,95** | 1.643 |
| 8. Erträge aus Beteiligungen | _ 15 | 938.572,35 | 1.114 |
| 9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen | _ 16 | 39.810.436,53 | 0 |
| 10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | _ 17 | 59.337,30 | 160 |
| 11. Aufwendungen aus Verlustübernahme | _ 18 | 39.209.477,09 | 43.267 |
| 12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | _ 19 | 1.466.403,14 | 1.321 |
| **Ergebnis vor Steuern** | | **899.343,90** | -41.671 |
| 13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | _ 20 | 4.653.656,16 | 5.021 |
| **Ergebnis nach Steuern** | | **–3.754.312,26** | -46.692 |
| 14. Sonstige Steuern | | 187.652,47 | 2 |
| 15. Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung | _ 21 | 3.941.964,73 | 33.053 |
| **Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag** | | **0,00** | -13.641 |

# Anhang

**Form und Darstellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die eingetragen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Bundesanzeiger offengelegt wird.

**Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen.

Für Zugänge ab 2008 wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Laut den Regeln im Gesellschaftsvertrag zum § 15 Absatz 3 verpflichtet sich die Stadt Aachen zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung und zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Fortbestandes der Gesellschaft einen Betrag unter Beachtung des EU–Beihilferechts auszugleichen (die „Ausgleichspflicht“), sofern das handelsrechtliche Eigenkapital gemäß § 266 Absatz 3 A HGB vor Einbuchung des Anspruchs aus der Ausgleichspflicht die Hälfte des Eigenkapitals unterschreitet. Insgesamt ist der Verlustausgleich aller Zahlungen auf 70.000 TEuro beschränkt. Im Berichtsjahr wurde eine entsprechende Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 3.942 TEuro bilanziert. Die Ausgleichsverpflichtungen und Zahlungen der Stadt Aachen betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 64.731 TEuro.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung

der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 1,87 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Absatz 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Jahren (1,35 Prozent) beträgt 495 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezügedynamik von 2,5 Prozent p. a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1,8 Prozent p. a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 394 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 1,35 Prozent sowie eine erwartete Lohn– und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p. a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

# Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

# Entwicklung des Anlagevermögens

| | Stand am 1.1.2021 Euro | Zugänge Euro | Umbuchung Euro | Abgänge Euro | **Stand am 31.12.2021 Euro** |
|---|---|---|---|---|---|
| **Anschaffungs-/Herstellungskosten** | | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Software | 5.559.547,14 | 23.025,00 | 99.671,25 | 966,00 | 5.681.277,39 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 80.934,09 | 270.147,94 | 0,00 | 0,00 | 351.082,03 |
| | 5.640.481,23 | 293.172,94 | 99.671,25 | 966,00 | 6.032.359,42 |
| II. Sachanlagen | | | | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 772.891,66 | 28.910,24 | | 28.958,78 | 772.843,12 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 530.884,64 | 987.282,91 | -99.671,25 | 0,00 | 1.418.496,30 |
| | 1.303.776,30 | 1.016.193,15 | -99.671,25 | 28.958,78 | 2.191.339,42 |
| III. Finanzanlagen | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 53.722.346,11 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 53.722.346,11 |
| 2. Beteiligungen | 2.796.746,45 | 0,00 | 0,00 | 3.578,33 | 2.793.168,12 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | 6.795,44 | 0,00 | 0,00 | 281,83 | 6.513,61 |
| | 56.525.888,00 | 0,00 | 0,00 | 3.860,16 | 56.522.027,84 |
| | **63.470.145,53** | **1.309.366,09** | **0,00** | **33.784,94** | **64.745.726,68** |
| **Abschreibungen** | | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Software | 5.345.006,14 | 97.174,25 | 0,00 | 966,00 | 5.441.214,39 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 0,00 | | | | 0,00 |
| | 5.345.006,14 | 97.174,25 | 0,00 | 966,00 | 5.441.214,39 |
| II. Sachanlagen | | | | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 669.151,66 | 48.499,24 | 0,00 | 28.958,78 | 688.692,12 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 0,00 | | | | 0,00 |
| | 669.151,66 | 48.499,24 | 0,00 | 28.958,78 | 688.692,12 |
| III. Finanzanlagen | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 | | | | 0,00 |
| 2. Beteiligungen | 0,00 | | | | 0,00 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | 0,00 | | | | 0,00 |
| | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | **6.014.157,80** | **145.673,49** | **0,00** | **29.924,78** | **6.129.906,51** |
| **Buchwerte** | | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Software | 214.541,00 | | | | 240.063,00 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 80.934,09 | | | | 351.082,03 |
| | 295.475,09 | | | | 591.145,03 |
| II. Sachanlagen | | | | | |
| 1. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 103.740,00 | | | | 84.151,00 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 530.884,64 | | | | 1.418.496,30 |
| | 634.624,64 | | | | 1.502.647,30 |
| III. Finanzanlagen | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 53.722.346,11 | | | | 53.722.346,11 |
| 2. Beteiligungen | 2.796.746,45 | | | | 2.793.168,12 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | 6.795,44 | | | | 6.513,61 |
| | 56.525.888,00 | | | | 56.522.027,84 |
| | **57.455.987,73** | | | | **58.615.820,17** |

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3.911 TEuro auf 42.028 TEuro.

Bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen 50 TEuro (Vorjahr: 128 TEuro) Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

| | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|
| Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG) | 26.291 | 0 |
| STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie) | 34 | 0 |
| Regionetz GmbH (Regionetz) | 2 | 2 |
| FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) | 53 | 0 |
| Aachener Parkhaus GmbH (APAG) | 1.822 | 3 |
| ASEAG-Reisen GmbH (ASEAG-Reisen) | 0 | 88 |
| STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär) | 6 | 0 |

Sie ergeben sich mit 33.810 TEuro hauptsächlich aus der Gewinnabführung der STAWAG. Mit den Forderungen wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 7.864 TEuro aufgerechnet, die im Wesentlichen aus anrechenbaren Steuern sowie aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung der STAWAG resultieren. Des Weiteren bestehen Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 1.815 TEuro gegen die APAG.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht,** setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) zusammen und betreffen vornehmlich Verwaltungsdienstleistungen.

In den **Forderungen gegen Gesellschafter** ist, neben der Einbehaltung von Kapitalertragsteuer in Höhe von 179 TEuro, eine Zinserstattung aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 12 TEuro sowie eine Ausgleichszahlung in Höhe von 3.942 TEuro (Vorjahr: 33.053 TEuro) enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 9.278 TEuro sowie Zinsforderungen aus Steuern in Höhe von 18 TEuro.

Im Berichtsjahr gibt es, wie im Vorjahr, keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus dem Cash-Pool-Masterkonto.

_4 An dem **Stammkapital** ist die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Absatz 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_6 Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von insgesamt 1.381 TEuro bestehen aus Körperschaftsteuerverpflichtungen – nach Verrechnung von Erstattungen in Höhe von 1.253 TEuro – und aus Gewerbesteuerverpflichtungen – nach Verrechnung von Erstattungen in Höhe von 128 TEuro.

_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierung und für Prozesskosten.

_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** nahmen um 16.277 TEuro auf 58.469 TEuro ab. Sie betreffen im Wesentlichen die ASEAG in Höhe von 57.113 TEuro (Vorjahr: 58.236 TEuro) und resultieren mit 10.102 TEuro (Vorjahr: 19.646 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen, mit 3.472 TEuro (Vorjahr: 1.256 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung und mit 39.209 TEuro (Vorjahr: 33.031 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme.

Insgesamt ergibt sich nachfolgende Übersicht:

| | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|
| Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG (ASEAG) | 57.113 | 58.236 |
| Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG) | 0 | 15.247 |
| Unterstützungseinrichtung AKREKA GmbH (AKREKA) | 1.019 | 1.021 |
| ASEAG-Reisen GmbH | 124 | 0 |
| STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie) | 0 | 110 |
| FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) | 0 | 94 |
| ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS) | 213 | 38 |

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren mit 12.400 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen mit einer Restlaufzeit bis zum 31. Dezember 2025 und mit 2.546 TEuro aus einem Darlehen der Städte-Region Aachen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

| **Verbindlichkeitenspiegel** | **31.12.2021** | Restlaufzeiten | | **31.12.2020** |
|---|---|---|---|---|
| | | bis 1 Jahr | größer 1 Jahr | davon größer 5 Jahre | |
| | **gesamt TEuro** | TEuro | TEuro | TEuro | **gesamt TEuro** |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 670 | 670 | 0 | 0 | 295 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 58.469 | 58.469 | 0 | 0 | 74.746 |
| 3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 409 | 409 | 0 | 0 | 431 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern | 14.946 | 0 | 14.946 | 2.546 | 12.584 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | 24.014 | 467 | 23.547 | 0 | 24.194 |
| davon aus Steuern | 404 | 404 | 0 | 0 | 128 |
| davon aus sozialen Abgaben | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | **98.508** | 60.015 | 38.493 | 2.546 | **112.250** |

Die Restlaufzeiten der Vorjahresverbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

| **Verbindlichkeitenspiegel** | **31.12.2020** | Restlaufzeiten | | |
|---|---|---|---|---|
| | | bis | größer | davon größer |
| | **gesamt** | 1 Jahr | 1 Jahr | 5 Jahre |
| | **TEuro** | TEuro | TEuro | TEuro |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 295 | 295 | 0 | 0 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 74.746 | 74.746 | 0 | 0 |
| 3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 431 | 431 | 0 | 0 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern | 12.584 | 38 | 12.546 | 12.546 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | 24.194 | 194 | 24.000 | 0 |
| davon aus Steuern | 128 | 128 | 0 | 0 |
| davon aus sozialen Abgaben | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | **112.250** | 75.704 | 36.546 | 12.546 |

**Haftungsverhältnisse**

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 125.469 TEuro (Vorjahr: 137.153 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben.

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 3.582 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 37.170 TEuro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

# Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_10 Die **Umsatzerlöse** aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

| | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|
| für verbundene Unternehmen | 14.964 | 14.502 |
| für sonstige Kunden | 2.240 | 1.765 |
| | **17.204** | 16.267 |

_11 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 597 TEuro (Vorjahr: 1.020 TEuro) beinhalten im Wesentlichen den Buchgewinn aus dem Teilverkauf der regio iT-Anteile in Höhe von 512 TEuro und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 32 TEuro (Vorjahr: 25 TEuro).

_12 Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** resultieren hauptsächlich aus EDV–Leistungen in Höhe von 3.840 TEuro (Vorjahr: 3.454 TEuro). Vom gesamten **Materialaufwand** wurden insgesamt 8 TEuro (Vorjahr: 25 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_13 Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 126 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vorjahr: 119), davon 95 Vollzeit- (Vorjahr: 89) und 31 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 30). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 295 TEuro (Vorjahr: 201 TEuro).

_14 Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 727 TEuro (Vorjahr: 759 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 862 TEuro (Vorjahr: 650 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 422 TEuro (Vorjahr: 371 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 166 TEuro (Vorjahr: 173 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 109 TEuro (Vorjahr: 87 TEuro). Insgesamt wurden 816 TEuro (Vorjahr: 774 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_15 Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren mit 773 TEuro (Vorjahr: 948 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

_16 Bei den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 39.810 TEuro (Vorjahr: 0 TEuro).

_17 Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** resultieren mit 47 TEuro (Vorjahr: 155 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen. Die Zinsenerträge aus verbundenen Unternehmen betragen 12 TEuro (Vorjahr: 5 TEuro).

_18 Bei den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 39.209 TEuro (Vorjahr: 30.031 TEuro). Im Vorjahr musste die E.V.A. erstmalig einen Verlust der STAWAG von 10.236 TEuro übernehmen.

_19 Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) die verbundenen Unternehmen und mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) die Gesellschafterdarlehen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen in Höhe von 394 TEuro (Vorjahr: 294 TEuro) und für Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 2 TEuro (Vorjahr: 3 TEuro) sowie für Zinsen aus der Korrektur zur Gewerbesteuer für Vorjahre in Höhe von 75 TEuro ausgewiesen.

_20 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 2.751 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 2.031 TEuro) und auf 3.384 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 2.896 TEuro). Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von –1.481 TEuro (Vorjahr: Saldo Aufwand 93 TEuro) resultieren aus Veranlagungen und Anpassungen für die Jahre 2018–2019 sowie um Auflösungen von Rückstellungen zur steuerlichen Betriebsprüfung.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 120.512 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 5.590 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 114.922 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert.

# Bilanz

## Bilanz-Posten >>

Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

| Bilanz-Posten | Buchwerte | | | | Latente Steuern | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | laut Handelsbilanz TEuro | laut Steuerbilanz TEuro | Differenz TEuro | Steuersatz | aktiv TEuro | passiv TEuro |
| **Aktiva** | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 76 | 76 | 0 | 32,66 % | 0 | 0 |
| Sachanlagen | 628.335 | 627.737 | -598 | 32,66 % | 568 | -764 |
| Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.) | 118.810 | 117.020 | -1.790 | 32,66 % | 696 | -1.280 |
| Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften) | 102.847 | 107.655 | 4.808 | 16,84 % | 3.743 | -2.933 |
| Forderungen | 124.595 | 124.625 | 30 | 32,66 % | 10 | 0 |
| Vorräte | 0 | 500 | 500 | 32,66 % | 163 | 0 |
| Wertpapiere UV (Beteiligungen Kapitalgesellschaften) | 0 | 46 | 46 | 32,66 % | 15 | 0 |
| Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften) | 2.369 | 3.507 | 1.138 | 16,84 % | 199 | -7 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 3.345 | 3.412 | 67 | 32,66 % | 22 | 0 |
| Summe Aktiva | 980.377 | 984.578 | 4.201 | | 5.416 | -4.984 |
| **Passiva** | | | | | | |
| Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG) | 0 | 1.856 | -1.856 | 32,66 % | 0 | -606 |
| Rückstellungen | 586.048 | 233.737 | 352.311 | 32,66 % | 115.065 | 0 |
| Verbindlichkeiten | 261.942 | 261.937 | 5 | 32,66 % | 2 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 35.088 | 35.000 | 88 | 32,66 % | 29 | 0 |
| Summe Passiva | 883.078 | 532.530 | 350.548 | | 115.096 | -606 |
| **Aktivüberhang aus Differenz** | | | **354.749** | | **114.922** | |

_20 Aufgrund der Anpassung des Gesellschaftervertrags vom 10. Dezember 2013 ist die Stadt Aachen verpflichtet, denjenigen Betrag auszugleichen, der erforderlich ist, damit das handelsbilanzielle Eigenkapital gemäß § 266 Absatz 3 A. HGB der Hälfte des Stammkapitals entspricht. Im Berichtsjahr 2021 wurde eine Forderung zur Ausgleichsverpflichtung gegen die Stadt Aachen in Höhe von 3.942 TEuro (Vorjahr: 33.053 TEuro) bilanziert.

# Anteils

## Anteilsbesitz >>

# Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2021

| | Eigenkapital TEuro | Beteiligung % | | **Ergebnis 2021 TEuro** | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)** | | | | | |
| Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen | 177.873 | 100,0 | | 0 | 3) |
| STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen | 80.706 | 100,0 | 2) | 0 | 3) |
| Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen | 269.214 | 50,8 | 2) | 0 | 3) 15) |
| Alsdorf Netz GmbH (Alsdorf Netz), Alsdorf | 19.604 | 50,1 | 17) | 0 | 3) |
| FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen | 467 | 100,0 | 2) | 0 | 3) |
| Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen | 9.332 | 94,9 | | 0 | 3) |
| Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen | 1.911 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath | 4.144 | 100,0 | 17) | 260 | |
| STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau | 4.146 | 100,0 | 17) | 122 | |
| STAWAG Abwasser GmbH, Aachen | 25 | 100,0 | 17) | 0 | 3) |
| STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande | 174 | 100,0 | 4) | -426 | |
| Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen | 6.255 | 80,0 | 4) | 1.058 | |
| Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen | 2.153 | 59,9 | 4) | 395 | |
| Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen | 1.909 | 59,9 | 4) | 493 | |
| Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen | 564 | 100,0 | 4) | 53 | |
| Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen | 1.277 | 100,0 | 4) | 172 | |
| Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen | 2.396 | 100,0 | 4) | 249 | |
| Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen | 6.412 | 59,0 | 4) | 712 | |
| Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen | 11.814 | 100,0 | 4) | 1.842 | |
| Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen | 5.899 | 100,0 | 4) | 817 | |
| Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen | 6.188 | 100,0 | 4) | 892 | |
| Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen | 3.461 | 100,0 | 4) | -6 | |
| **Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)** | | | | | |
| Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen | 5.475 | 100,0 | 4) | -169 | 9) |
| Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen | 0 | 10) 100,0 | 6) | -30 | |
| STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath | 32 | 5) 100,0 | 17) | 1 | 5) |
| STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau | 32 | 5) 100,0 | 17) | 1 | 5) |
| Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen | 1.409 | 7) 100,0 | 1) | 0 | |
| ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen | 223 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler | 26 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen | 185 | 100,0 | 4) | 23 | |
| Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen | 44 | 80,0 | 19) | 3 | |

| | Eigenkapital TEuro | | Beteiligung % | | **Ergebnis 2021 TEuro** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Wesentliche Beteiligungen** | | | | | | |
| regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen | 16.329 | | 37,6 | | 7.420 | |
| vote iT GmbH (vote iT), Aachen | 2.035 | | 85,0 | 8) | 734 | |
| elect iT GmbH (elect iT), Aachen | 1.138 | | 100,0 | 20) | 1.266 | |
| WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Aachen | 42 | | 100,0 | 20) | 16 | |
| cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau | 0 | | 80,0 | 8) | -81 | |
| Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen | 221 | | 49,5 | 1) | -221 | |
| Trianel GmbH (Trianel), Aachen | 94.150 | 5) | 12,0 | 2) | 4.719 | 5) |
| Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen | 7.787 | | 16,9 | 2) | 42.434 | |
| Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen | 29.743 | 5) | 13,7 | 2) | 5.400 | 5) |
| Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen | 0 | 5) 14) | 8,5 | 2) | -10.070 | 5) |
| Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen | 308.523 | 5) | 4,8 | 4) | 9.503 | 5) |
| Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck | 122.764 | 5) | 25,1 | 2) | 0 | 5) 12) |
| STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen | 32.441 | 5) | 40,0 | 4) | 4.573 | 5) |
| WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen | 25.621 | 5) | 50,0 | 2) | 1.916 | 5) |
| StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath | 5.831 | 5) | 49,0 | 2) | 339 | 5) |
| enewa GmbH (enewa), Wachtberg | 5.647 | 5) | 49,0 | 2) | 297 | 5) |
| Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth | 5.297 | 5) | 49,0 | 2) | 221 | 5) |
| Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm | 0 | 5) 16) | 49,0 | 11) | -286 | 5) |
| Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen | 4.415 | | 46,0 | 4) | 807 | |
| Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen | 4.960 | | 49,9 | 4) | 863 | |
| Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen | 3.034 | | 49,0 | 4) | 379 | |
| Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen | 3.107 | | 49,0 | 4) | 470 | |
| Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen | 4.352 | | 50,0 | 4) | 394 | |
| ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop | 1.010 | 5) | 49,0 | 4) | 220 | 5) |
| WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl | 799 | 5) | 100,0 | 18) | 98 | 5) |
| Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck | 12.580 | | 50,0 | 4) | 4.513 | |
| Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck | 876 | 9) | 100,0 | 13) | 282 | 9) |
| Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck | 41 | 5) | 100,0 | 13) | 2 | 5) |
| Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck | 41 | 5) | 100,0 | 13) | 2 | 5) |
| NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen | 11.485 | 5) | 16,0 | 2) | 3.027 | 5) |
| smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen | 1.989 | 5) | 30,0 | 2) | -526 | 5) |
| Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen | 81 | 5) | 46,0 | 2) | 5 | 5) |
| PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen | 10.022 | 9) | 50,0 | 2) | 1.067 | 9) |
| Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck | 6.673 | 5) | 100,0 | 13) | -1.122 | 5) |
| Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg | 16 | 5) | 50,0 | 13) | -5 | 5) |

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
2) Anteile werden gehalten über STAWAG
3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
5) Wertansätze zum 31.12.2020
6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
8) Anteile werden gehalten über regio iT
9) vorläufige Jahresabschlusszahlen
10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 361 TEuro ausgewiesen
11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 21.029 TEuro
13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 189.777 TEuro ausgewiesen.
15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 45.996 TEuro
16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 213 TEuro ausgewiesen
17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
19) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten
20) Anteile werden gehalten über vote iT

**Sonstige Angaben**

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

| Name | Festvergütung in Euro |
|---|---|
| Dr. Christian Becker | 7.244,28 |
| Michael Carmincke | 7.244,28 |

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

| **Mitglieder des Aufsichtsrats** | | Gesamtbezüge in Euro |
|---|---|---|
| Sibylle Keupen, Vorsitzende | | 5.400 |
| Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender | | 4.150 |
| Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender | | 4.150 |
| Jörg Bogoczek | | 2.900 |
| Julia Brinner | | 2.900 |
| Leo Buse | | 2.900 |
| Guido Finke | | 2.900 |
| Wilfried Fischer | bis 29.4.2021 | 826 |
| Boris Linden | | 2.850 |
| Kaj Neumann | | 2.900 |
| Daniela Parting | | 2.800 |
| Frank Reichmann | | 2.900 |
| Dr. Michael Ritzau | ab 30.4.2021 | 2.074 |
| Peter Tillmanns | | 2.900 |
| Jacob von Thenen | | 2.900 |
| Wilfried Warmbrunn | | 2.800 |
| | | **48.250** |

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare i. S. d. § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

**Nachtragsbericht**

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

**Ergebnisverwendungsvorschlag**

Das Jahresergebnis nach Steuern und sonstigen Steuern beträgt –3.941.964,73 Euro und wird aufgrund der bestehenden Ausgleichsverpflichtung durch die Stadt Aachen vollständig ausgeglichen.

Aachen, den 27. Mai 2022

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung

Dr. Christian Becker Michael Carmincke

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

– entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und

– vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

**Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

– wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

– anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

**Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft

vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

– identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

– gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

– beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

– ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

– beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

– beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 27. Mai 2022

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte

Lickfett
Wirtschaftsprüferin

Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 (Bilanzsumme EUR 111.098.019,03; Jahresüberschuss EUR 0,00) und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 18. Juni 2021 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 24. Juni 2022

Der Aufsichtsrat

Keupen
Vorsitzende

Bericht

# Berichterstattung über den Konzern >>

# Konzernlagebericht

## I. Grundlagen des Unternehmens

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **ASEAG** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgte, ist eine gute Basis geschaffen worden, den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb vom Civitec Zweckverband für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. weitere ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e. G. mit Vertrag vom 9. September 2021 verkauft.

Somit hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Die E.V.A. hält unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2021 3,9 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

## II. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2021 vom Corona-bedingten Einbruch des Vorjahres erholt, wenngleich die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundeamtes (Destatis) ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gewachsen, nachdem es im Jahr 2020 um rund 4,6 Prozent eingebrochen war. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 14. Januar 2022). Die Industrie stand dabei unter dem Einfluss gravierender Lieferengpässe bei zentralen Vorprodukten und konnte ihre Produktion, trotz voller Auftragslage, nicht wieder richtig in Gang setzen. Einige Bereiche der Dienstleistungen waren pandemiebedingt zu Beginn als auch wieder Ende des Jahres 2021 von schmerzhaften Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivität betroffen.

Die EU-Kommission erwartet für die Europäische Union ein Wachstum von 5 Prozent für das Jahr 2021, das damit deutlich über den Erwartungen für die deutsche Wirtschaft liegt. Das schwächere Wachstum Deutschlands ist einerseits damit zu begründen, dass der Konjunktureinbruch im vergangenen Jahr mit -5 Prozent nicht so hoch ausgefallen ist, wie in anderen wichtigen EU-Volkswirtschaften. Zudem spielt in Deutschland der Industriesektor eine bedeutende Rolle, so dass sich Lieferkettenprobleme entsprechend stärker und wachstumshemmender auswirken als in anderen Ländern. (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11. November 2021: Herbstprognose 2021: Von der Erholung zur Expansion – trotz Gegenwinds).

Im Jahr 2021 hat sich die Erholung am Arbeitsmarkt weiter fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2021 von 6,3 Prozent auf 5,1 Prozent verringert. Gegenüber dem Vorjahr lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2021 damit rund 0,8 Prozent niedriger als noch im Dezember 2020 (5,9 Prozent). (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 1 vom 4. Januar 2022) Die Anzahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland belief sich auf rund 45,3 Millionen Menschen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 044 vom 1. Februar 2022).

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2021 um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und liegt mit 416,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) noch spürbar unter dem Niveau der Zeit vor Corona. Verbrauchserhöhend wirkten sich im Jahr 2021 die wirtschaftliche Erholung sowie die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung aus. Nach Ermittlung der Arbeitsgemeinschaft (AG) Energiebilanzen sorgte die Preisentwicklung auf den Energiemärkten im auslaufenden Jahr 2021 für eine spürbare Verbrauchsminderung, insbesondere die Preise für Rohöl und Erdgas stiegen im Vorjahresvergleich deutlich an. Die Preise für $CO_2$-Emissionszertifikate haben sich gegenüber dem Vorjahr sogar mehr als verdoppelt und erreichten zum Jahresende historische Höchststände. Die höheren Energie- und $CO_2$-Preise haben den wachstumsbedingten Anstieg des Primärenergieverbrauchs erkennbar gebremst. (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 21. Dezember 2021).

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Jahr 2021 um 3,9 Prozent bzw. 111,2 Mio. t SKE. Hauptursache für die Verbrauchszunahme war die in den ersten fünf Monaten deutlich kühlere und größtenteils eher windarme Witterung, die zum Mehreinsatz von Erdgas sowohl in der Wärme als auch in der Stromerzeugung führte. Ab der Jahresmitte sorgte der Preisanstieg für einen Mehrabsatz anderer Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung. Der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch stieg leicht von 26,4 Prozent auf 26,7 Prozent.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch 2021 hat sich leicht um 0,2 Prozent auf 66,9 Mio. t SKE vermindert und erreichte einen Anteil von 16,1 Prozent (Vorjahr: 16,5 Prozent). Bei der Onshore-Windenergie kam es zu einem Rückgang der Stromerzeugung um 11 Prozent, bei den Offshore-Windanlagen um 9 Prozent. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) stieg dagegen um beinahe 5 Prozent.

**Geschäftsverlauf**

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der dezentral gesteuerten Konzerntochtergesellschaften beschrieben:

**ASEAG:**

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –39,2 Mio. Euro ist um rund 1,3 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. In der Planung war bereits ein Corona-bedingter Schaden in Höhe von rund 3,1 Mio. Euro enthalten, der ebenfalls durch den ÖPNV-Rettungsschirm kompensiert wurde. Dennoch gibt es innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung abweichende Positionen gegenüber der Wirtschaftsplanung.

Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 4,4 Mio. Euro geringer aus. Neben einer deutlichen, in erster Linie Corona-bedingten Reduktion der Verkehrserlöse um 5,4 Mio. Euro lagen die Nebenerlöse um rund 1 Mio. Euro über den Erwartungen. Dies lag im Wesentlichen an der vorzeitigen Vorauszahlung von Zuschüssen für Schülerbeförderungen (rund 0,8 Mio. Euro).

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 8,1 Mio. Euro.

Hierin enthalten sind im Wesentlichen diverse Effekte aus dem ÖPNV-Rettungsschirm für die Jahre 2020 und 2021. Einen gegenläufigen Effekt in Höhe von rund 1 Mio. Euro hat es durch leichte Verzögerungen im Verkauf von Immobilien gegeben.

Die Materialaufwendungen stiegen um 0,4 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz. Hier wurden rund 0,6 Mio. Euro bei dem Bezug von Treibstoffen und durch geringere Reparaturen gegenüber der Planung eingespart.

Bei den sonstigen externen Fremdleistungen konnten ebenfalls 1,4 Mio. Euro eingespart werden. Gegenläufig sind die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen. Diese sind insgesamt um rund 2,4 Mio. Euro gegenüber dem Wirtschaftsplan angestiegen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 31,1 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro unter Plan. Die Kosten aus der Fahreranmietung von der ESBUS Eschweiler Bus- und Service-Gesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen mit rund 6,4 Mio. Euro um rund 0,2 Mio. Euro über dem Plan.

Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 1,2 Mio. Euro geringer aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Plan um rund 1,5 Mio. Euro. die durch höhere Reinigungskosten, durch Corona-bedingte Mehraufwendungen (Mitarbeiter-Tests, Mundschutz, Desinfektionsmittel usw.), durch höhere EDV-Kosten sowie durch Wertberichtigungen bei Forderungen entstanden sind.

Die Erträge/Verluste aus Gewinnabführungsverträgen/Verlustübernahmen fielen mit –1,8 Mio. Euro um 3,1 Mio. Euro geringer aus. Dies resultiert aus einer Corona-bedingten Verlustübernahme, wodurch das Ergebnis bei der APAG um 3,1 Mio. Euro sowie um 0,1 Mio. Euro bei der ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ASEAG-Reisen) schlechter gegenüber dem Planansatz ausfiel. Das Ergebnis der ESBUS lag leicht über Planniveau.

**STAWAG:**

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2021 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und positiven außerordentlichen Ergebniseffekten mit rund 54,8 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen ab. Durch die im Zuge des im August 2020 verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetzes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2020 für die Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), konnten die im Geschäftsjahr 2021 entstandenen Verluste aus der Beteiligung der STAWAG an TKL (Beteiligung: 8,45 Prozent) durch eine entsprechende Inanspruchnahme von gebildeten Drohverlustrückstellungen vollständig kompensiert werden. Vor dem Hintergrund der noch bis Mitte des Jahres 2033 laufenden Finanzierungskosten für das Steinkohlekraftwerk und einem im Zuge des KVBG angenommenen Stilllegungszeitpunkts im Jahr 2032, war zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 zu erwarten, dass mit dem Kraftwerksbetrieb TKL keine Gewinne mehr erwirtschaftet werden. Die STAWAG hatte ihre zu dem Zeitpunkt bereits bestehende Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2020 insofern auf 87,5 Mio. Euro erhöht. Die operativen Verluste aus dem Kraftwerksbetrieb werden nunmehr durch eine sukzessive Inanspruchnahme der über die erwartete Gesamt-Restlaufzeit gebildete Drohverlustrückstellung erfolgswirksam kompensiert. Für das Jahr 2021 wurde die gebildete Rückstellung von rund 12 Mio. Euro nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies am Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL, besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag. Das Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung. Die STAWAG hatte in der Vergangenheit eine (Teil-) Wertabschreibung in Höhe von 6,2 Mio. Euro auf ihren Beteiligungsbuchwert an der TGH zum 31. Dezember 2015 vorgenommen. Aufgrund der zuletzt und nachhaltig positiven Entwicklung der Gesellschaft ist die (Wieder-)Zuschreibung des Beteiligungsbuchwerts geboten und entsprechend vorgenommen worden. Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Aufgrund der Entwicklung der Gaspreise in den Monaten November bis Dezember 2021 und aufgrund der hierdurch getätigten zusätzlichen Day-ahead-Geschäfte sowie durch die Neubewertung der gebildeten Drohverlustrückstellung, beläuft sich der Verlust für das Speichergeschäft im Jahr 2021 auf rund 0,4 Mio. Euro und liegt damit deutlich oberhalb der Erwartungen. Die für die mittelfristig erwarteten Verluste aus dem Speicherbetrieb bilanzierten Drohverlustrückstellungen belaufen sich zum 31. Dezember 2021 auf rund 6 Mio. Euro.

Der Wärmebereich der STAWAG hat im Geschäftsjahr 2021 von der im Vergleich zum Vorjahr kälteren Witterung profitiert, die sich entsprechend positiv auf den Wärmeerlös ausgewirkt hat. Damit verbunden waren auch höhere Laufzeiten der Blockheizkraftwerke (BKHW) und damit verbundene Mehrerlöse bei der Stromeinspeisung. Im Geschäftsjahr 2020 ist mit dem Bau eines weiteren BHKW mit jeweils 22 Megawatt (MW) thermischer und elektrischer Leistung und einem Wirkungsgrad von über 90 Prozent begonnen worden. Mit dem neuen BHKW reduziert sich der Primärenergiefaktor der von der STAWAG erzeugten Fernwärme von aktuell 0,7 auf 0,492. Die Inbetriebnahme des BHKW ist im September 2022

vorgesehen, womit ein weiterer Schritt der Strategie, die Stadt Aachen bis 2030 vollständig kohlefrei mit Wärme zu versorgen, vollzogen ist.

Im vertrieblichen Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise im Tarifkundensegment zum 1. Januar 2021 um die gesunkene EEG-Umlage angepasst. Aufgrund der erfolgreichen Kundenbindung und der Kundenrückgewinnung sind die Absatzmengen im Jahr 2021 im Tarifkundensegment mit 273,3 Gigawattstunden (GWh) leicht angestiegen, daher liegen die erzielten Umsatzerlöse hier oberhalb des Vorjahresniveaus. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen mit 154,1 GWh und damit die Umsatzerlöse aufgrund rückläufiger Fahrplanlieferungen unterhalb des Vorjahresniveaus. Im Tarifkundensegment Gas blieben die Verkaufspreise unverändert auf dem Niveau vom 1. Oktober 2019. Die Absatzmengen lagen mit 716,7 GWh deutlich oberhalb der Werte des warmen Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 503,9 GWh über dem Vorjahresniveau.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 sind diese unverändert geblieben. Aufgrund witterungsbedingt gesunkener Abnahmemengen auf 15,4 Kubikmeter ($m^3$) liegen die Umsatzerlöse unterhalb des Vorjahreswertes.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2021 das dritte Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Das Verfahren für die ehemalige regionetz wurde im Jahr 2021 durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Gunsten der Bundesnetzagentur (BNetzA) beendet. Das Verfahren der ehemaligen INFRAWEST ist aktuell noch beim BGH anhängig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent.

Insbesondere der Effizienzwert der ehemaligen INFRAWEST ist im Zusammenhang mit der Abbildung des Übergangs von einer sogenannten kleinen Netzgesellschaft zu einer großen Netzgesellschaft Gegenstand des eingereichten Beschwerdeverfahrens, das mittlerweile beim BGH geführt wird.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlössenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlös-

obergrenze der Regionetz für das Jahr 2021 mit 129,6 Mio. Euro etwa 0,1 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr.

Bereits im Jahr 2016 hat die BNetzA die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die BNetzA schließlich auch den allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktor für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,9 Prozent bzw. im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent festgelegt. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Nach einem langen gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des BGH (Urteil aus Juli 2019) zu den Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der BNetzA bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorfs aus März 2018 zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Die Regionetz hat gegen dieses Urteil des BGH als einer der Beschwerdeführer der Branche zunächst Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die aber zwischenzeitlich nicht zur Entscheidung angenommen wurde. Damit ist das Gerichtsverfahren endgültig zugunsten der BNetzA entschieden worden.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt.

Das Jahr 2021 bildet im Gasbereich das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im ergangenen Bescheid an die INFRAWEST bzw. die in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Während der sukzessive Anstieg des Effizienzwertes der ehemaligen INFRAWEST über die letzten beiden Regulierungsperioden noch nachvollziehbar erscheint, ist der gegenüber dem Effizienzwert der zweiten Regulierungsperiode um annähernd 15 Prozentpunkte zurückgegangene Effizienzwert für die ehemalige regionetz aktuell nicht nachvollziehbar, sodass auch hier eine gerichtliche Überprüfung des noch ausstehenden Genehmigungsbescheids nicht ausgeschlossen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht und in der Folge auch für die Jahre 2019, 2020, 2021 und 2022 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2021 mit rund 72,5 Mio. Euro etwa 1,5 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2020 genehmigten Erlösobergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und auf höhere Personalzusatzkosten zurückführen, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Im Rahmen der Festlegung des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode hat die BNetzA den EK für Neuanlagen (ab 2006 aktivierte Anlagegüter) mittlerweile auf 5,07 Prozent und für Altanlagen (vor 2006 aktivierte Anlagegüter) auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der aktuellen Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent (für Neuanlagen) bzw. 5,12 Prozent (für Altanlagen). Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist.

Positiv zu beurteilen ist dagegen eine im Sommer des Jahres 2021 erfolgte Änderung der Strom- und Gasnetzentgeltverordnungen hinsichtlich des sogenannten Eigenkapitalzinssatzes II (EK II), der auf das betriebsnotwendige Eigenkapital oberhalb einer kalkulatorischen Eigenkapitalquote von 40 Prozent – ebenfalls mit Wirkung ab der vierten Regulierungsperiode – angewendet wird. Die nach der Verordnungsnovelle resultierenden Zinssätze für das überschießende Eigenkapital liegen erheblich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten. Hierdurch wird zumindest eine teilweise Kompensation des deutlich gesunkenen EK I erfolgen. Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2021, ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse, insgesamt 66,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,2 Mio. Euro und auf das Gasnetz 27,2 Mio. Euro entfallen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 8,7 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,9 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2,4 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 3 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 5 Mio. Euro.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2021 im Stromnetz bildeten die Reparaturen und nötigen Erneuerungen auf Grund der durch das Hochwasser im Juli 2021 entstandenen Schäden. Hierdurch mussten einige, insbesondere auch größere Maßnahmen verschoben werden und konnten 2021 nicht fertiggestellt werden.

Im Gasnetz lagen die Schwerpunkte insbesondere in der altersbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen sowie der Erschließung neuer Netzgebiete und der hochwasserbedingten Herstellung von zahlreichen neuen Hausanschlüssen.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 etwa 48,8 Mio. Euro und liegt damit etwa 0,4 Mio. Euro oberhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Das Ergebnis wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWV) in Höhe von 13,7 Mio. Euro und den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,6 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 32,3 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden im Windbereich weitere Weichen gestellt, um das unmittelbare und mittelbare Anlagenportfolio der STAWAG Energie weiter auszubauen. So entstehen vier neue Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 18,3 MW als Projekt der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE) am Standort Bokel im Schleswig-Holsteiner Landkreis Rendsburg-Eckernförde, an der die STAWAG Energie zu 50 Prozent beteiligt ist und die entsprechende Projektentwicklung vornimmt. Nachdem im Geschäftsjahr 2021 die Fundamente, die Infrastruktur und die Verkabelung erstellt wurden, erfolgt im 1. Halbjahr 2022 die Errichtung der Anlagen und die Inbetriebnahme.

Weiterhin hat die STAWAG Energie im Geschäftsjahr 2021 ein Konzept für die gesetzlich geforderte, bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung (BNK) erarbeitet. Die entsprechende Umrüstung von insgesamt 80 Windkraftanlagen hat bereits im Jahr 2021 begonnen und soll bis zum 31. Dezember fristgerecht fertiggestellt sein. Neben der Übernahme der kaufmännischen Betriebsführung von sechs Gesellschaften hat die STAWAG Energie mit der Gründung einer niederländischen Gesellschaft mit Sitz in Eindhoven einen strategisch wichtigen Meilenstein gesetzt, um die Projektentwicklung von Erneuerbaren Energien auch in Marktgebieten außerhalb Deutschlands voranzubringen.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10 Mio. Euro erzielt und damit den Planwert um rund 1,6 Mio. Euro übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Neben der Prozessumsetzung des sogenannten Redispatch 2.0, die steuernde Einwirkung auf Erzeugungsanlagen auch im Verteilnetz zu etablieren sowie die Herausforderung einer Verschmelzung von bislang zwei großen auf eine Regelzone, haben die in der 2. Jahreshälfte signifikant gestiegenen Großhandelspreise die Energieversorger und damit auch das Geschäft der FACTUR maßgeblich beeinflusst. So wurde die FACTUR von ihren Kunden beauftragt, teilweise mehrfach große Preisanpassungskampagnen vorzunehmen, die mit der Bedienung von Folgekontakten und mit der Bearbeitung einer damit einhergehenden Vertragsänderung oder -kündigung verbunden sind. Für die FACTUR bleiben die Veränderungen in der energiewirtschaftlichen Infrastruktur, welche in Zukunft mit einem Hebel auf die zugehörigen Billing- und Service-Prozesse wirken, die maßgeblichen Trends. Die Abwicklung der durch die FACTUR betreuten Kernprozesse erfordert daher große Anstrengungen, um die Veränderungen kosteneffizient umzusetzen. Als Lösung werden in hohem Maße standardisierte IT-Plattformlösungen entstehen. Zum 31. Dezember 2021 liegt der Gesamtumsatz der FACTUR bei insgesamt rund 29,2 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 3,4 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das mit 0,1 Mio. Euro leicht unterhalb des geplanten Niveaus liegt. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2021 Umsatzerlöse von 28,8 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,5 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 1.916 TEuro erzielt. Davon wurden jeweils rund 950 TEuro an die beiden

Gesellschafter STAWAG und enwor ausgeschüttet und ein Betrag von rund 16 TEuro auf neue Rechnung vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Die SW Lübeck hatte zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz, erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 23,94 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2020 in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 30 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SW Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SW Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Ergebnis von rund 0,74 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SW Rösrath voraussichtlich rund 0,13 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,45 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2020 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,26 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,61 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2021 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,32 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2020 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,17 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr

2021 hat die STAWAG kein Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 vereinnahmt, da das erzielte Jahresergebnis 2020 von rund 0,22 Mio. Euro zur Stärkung der Kapitalstruktur vollständig in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde. Vielmehr hat die STAWAG gemäß den konsortialvertraglichen Regelungen eine Garantiedividende in Höhe von 19 TEuro in die Kapitalrücklage der GWR eingezahlt.

Zum 1. Januar 2021 wurde die Beteiligung der STAWAG an der Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, (Eww, bisherige Anteilsquote: 51 Prozent) an die AggerEnergie GmbH, Gummersbach, (AggerEnergie) veräußert. Im Veräußerungsprozess wurde ein Kaufpreis für die Eww in Höhe von 3 Mio. Euro vereinbart, dem ein Beteiligungsbuchwert zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 1,2 Mio. Euro bei der STAWAG gegenübersteht. Die STAWAG hat im Geschäftsjahr 2021 insofern einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von 1,8 Mio. Euro realisiert, der in der Planung nicht berücksichtigt war.

Aus dem im Geschäftsjahr 2020 erzielten Jahresüberschuss der Trianel GmbH, Aachen, (Trianel) in Höhe von rund 4,7 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 0,57 Mio. Euro im Jahr 2021 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die Trianel ein EBT von 15,3 Mio. Euro, wobei die Trianel eine hierbei noch zu berücksichtigende Risikovorsorge plant, die sich unter anderem aus dem Kraftwerksbetrieb TKL im Zuge des Kohleausstiegsgesetzes ergibt.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2021 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 3,72 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2021 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 in Höhe von rund 0,48 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2021 einen voraussichtlichen Verlust von rund 4,2 Mio. Euro erzielen. Der Verlust resultiert aus einer im Zusammenhang mit den seit Herbst 2021 dramatisch angestiegenen Beschaffungspreisen auf den Energiemärkten und der sich daraus ergebenden notwendigen Bildung von Drohverlustrückstellungen für nicht beschaffte Strom- und Gasmengen für die Jahre 2022-2026. Der handelsrechtliche Verlust wird über den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH ausgeglichen. Im Geschäftsjahr 2021 vereinnahmt die STAWAG ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2020 in Höhe von rund 30,6 TEuro.

Die STAWAG hat im Jahr 2021 5 Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga) verkauft und hält damit einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Um die weitere Wachstumsstrategie und die hierfür notwendigen Investitionen sicherzustellen, sind im Konsortialvertrag unter anderem auch Regelungen zu entsprechenden Kapitalmaßnahmen verankert. Danach werden die Gesellschafter verpflichtet, gemäß ihrer Anteilsquote einen Betrag von insgesamt 7 Mio. Euro in die Kapitalrücklage der smartlab einzuzahlen. Auf die STAWAG entfällt dabei ein Betrag von 2,1 Mio. Euro, der Ende des Jahres 2021 entsprechend eingezahlt wurde. Der im Jahr 2020 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 851,2 TEuro wurde überdies durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 800 TEuro, wovon rund 280 TEuro auf die STAWAG entfallen sind, ausgeglichen. Für das Geschäftsjahr 2021 rechnet die smartlab mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 700 TEuro.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG 2021 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2021 einen Gewinn (EBT) vor Gewinnabführung von insgesamt rund 54,8 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen damit deutlich. Die STAWAG plant einen Betrag in Höhe von 15 Mio. Euro für zukünftige Investitionen und zur Stärkung ihrer Bilanz- und Finanzstruktur in die Gewinnrücklagen einzustellen und 39,8 Mio. Euro an die E.V.A. auszuschütten.

**regio iT:**

Mit 37,6 Prozent Beteiligung der E.V.A. an der regio iT, gehört die regio iT zu den wesentlichen nicht konsolidierten Beteiligungsunternehmen der E.V.A.

Die regio iT hat aus ihrem Jahresüberschuss 2020 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Plan 1,1 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2021 ausgeschüttet, welches aufgrund einer Gewinnthesaurierung um 0,3 Mio. Euro unter Planniveau liegt.

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2021 bzgl. des Umsatzes und bzgl. des Jahresergebnisses wieder stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Die Corona-Pandemie hat insbesondere im kommunalen Bereich Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend sowohl im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb als auch im Handels-/Leasinggeschäft realisiert werden. Der Umsatz aus Produkt-/Applikationsbetrieb konnte von 84,1 Mio. Euro auf 93,4 Mio. Euro gesteigert werden. Die Umsätze aus dem Handels-/Leasinggeschäft stiegen von 18,6 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro an.

Erneut konnte sich das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen ebenfalls wieder deutlich verbessern, nachdem bereits im Vorjahr in diesem Umsatzsegment ein hervorragender Umsatz in Höhe von 12,1 Mio. Euro erzielt wurde. Mit einem Beratungsumsatz von 15,3 Mio. Euro wurde im Jahr 2021 ein neuer Bestwert erwirtschaftet.

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurde eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Weiterhin beherrschendes Thema des Berichtsjahres

war die Digitalisierung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen (z. B. Hardware/Arbeitsplatzausstattung, VDI/VPN Infrastruktur, mobiles Arbeiten, Videokonferenzsysteme, Portalangebote). Ebenso spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle. Zusammenfassend sind es die vielfältigen Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung geführt haben.

Die Gesamtleistung eines (IT-)Dienstleistungsunternehmens korreliert in hohem Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 46,6 Mio. Euro steht ein Wert im Berichtsjahr von 49,5 Mio. Euro entgegen.

Mit 12,3 Mio. Euro liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem Vorjahreswert (10,7 Mio. Euro).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (5,6 Mio. Euro) mit 11,3 Mio. Euro im Berichtsjahr verdoppelt. Der Jahresüberschuss beträgt 7,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro).

**E.V.A.:**

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem geplanten ausgeglichenen Betriebsergebnis in Höhe von 4 TEuro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 17,9 Mio. Euro den Planansatz von 16,5 Mio. Euro um 1,4 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 0,7 Mio. Euro resultiert. Der Gesamtaufwand fällt mit –17,1 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro höher aus als geplant. Die Planabweichungen begründen sich aufgrund von höheren EDV-Kosten, von höheren Beratungsaufwendungen, von ungeplanten Spenden für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 und von höheren Bankkosten.

Das Betriebsergebnis unterschreitet das Vorjahresergebnis um 0,8 Mio. Euro.

**Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

**ASEAG:**

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

| | | Wirtschafts-plan | **Jahres-abschluss** | +/- |
|---|---|---|---|---|
| Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS | in tausend | 9.949 | 8.956 | -993 |
| Nutz-km angemietete Leistung ohne ESBUS | in tausend | 9.881 | 10.390 | 509 |
| | in tausend | 19.830 | 19.346 | -485 |
| Beförderte Personen | in tausend | 42.993 | 44.401* | 1.468 |
| | in tausend | 63.844 | 60.942** | -2.902 |
| Beförderungserlöse | TEuro | 54.577 | 49.219 | -5.358 |
| Zuschüsse | TEuro | 7.763 | 8.463 | 700 |
| Kosten Treibstoff | TEuro | -4.965 | -4.562 | 403 |
| Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS | TEuro | -32.025 | -34.411 | -2.386 |
| Mitarbeiteräquivalente (ESBUS) | Anzahl | 141 | 145 | 3 |
| Kosten Fahreranmietungen (ESBUS) | TEuro | -6.208 | -6.423 | -216 |
| Mitarbeiteräquivalente eigene | Anzahl | 562 | 556 | -6 |
| Kosten Personal | TEuro | -34.532 | -33.245 | 1.287 |
| darin enthalten: | | | | |
| Kosten Altersversorgung | TEuro | -2.482 | -2.136 | 346 |
| Zinsaufwendungen im Wesentl. für Altersversorgung | TEuro | -11.012 | -10.904 | 108 |
| Ergebnis ASEAG | TEuro | -40.466 | -39.209 | 1.257 |
| darin enthalten: | | | | |
| Ergebnis APAG | TEuro | 1.274 | -1.804 | -3.078 |
| Ergebnis ASEAG Reisen | TEuro | 0 | -87 | -87 |
| Ergebnis ESBUS | TEuro | 39 | 67 | 28 |

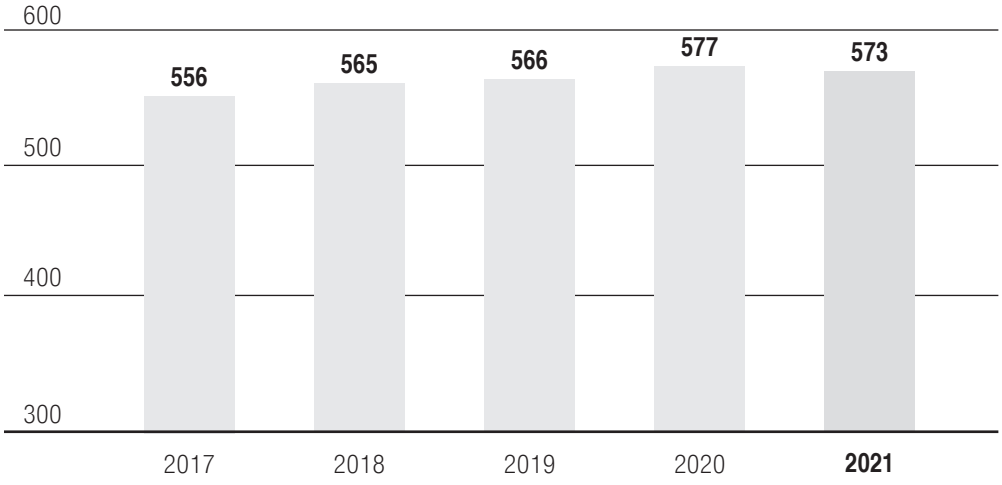
* Die Berechnung erfolgt in Anlehnung an die VDV-Empfehlung zur Anpassung der Fahrtenhäufigkeit bei Zeitkarten in der Corona-Pandemie.

** Die Berechnung erfolgt ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Nutzungshäufigkeit der Zeitkarten.

Zum 31. Dezember 2021 beschäftigte die ASEAG 573 Mitarbeiter/-innen. Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um fünf Mitarbeiter/-innen. Den 39 Neueintritten standen 44 Austritte gegenüber.

Auch im Jahr 2021 wurden Fahrerschulungen im Rahmen der pandemiebedingten Möglichkeiten durchgeführt. In allen Bereichen fördert die ASEAG ihre Mitarbeiter/-innen und bietet Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Dabei wurde auch 2021 verstärkt auf Online-Schulungen umgestellt.

**Mitarbeiter gesamt**




| **Mitarbeiter gesamt** | 2017 | 2018 | 2019 | **2020** | **2021** |
|---|---|---|---|---|---|
| Vollzeitkräfte | 475 | 478 | 480 | 490 | 486 |
| Teilzeitkräfte | 64 | 70 | 68 | 69 | 68 |
| Auszubildende | 17 | 17 | 18 | 18 | 19 |
| | 556 | 565 | 566 | **577** | **573** |

**STAWAG:**

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von den ausgespeisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

| **Kennzahl** | Plan 2021 | **Ist 2021** | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse (TEuro) | 294.405 | 415.291 | +120.886 | +41,1 |
| EBITDA (TEuro) | -3.190 | 23.908 | +27.098 | +849,5 |
| EBIT (TEuro) | -9.363 | 17.866 | +27.229 | +290,8 |
| EBT (TEuro) | 24.686 | 54.810 | +30.124 | +122,0 |

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 mit rund 415,3 Mio. Euro rund 41,1 Prozent über dem geplanten Niveau, was insbesondere aus deutlich höheren Handels- bzw. Vermarktungsumsätzen beim Speichergeschäft Epe und beim Steinkohlekraftwerk TKL sowie höheren Umsätzen im Bereich des Vertriebs- und Abwassergeschäfts der STAWAG resultiert. Das EBIT liegt mit rund 17,9 Mio. Euro um 27,2 Mio. Euro oberhalb des Planwertes. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 54,8 Mio. Euro, womit der ursprüngliche Planwert um etwa 30,1 Mio. Euro übertroffen wird.

Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

| **Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft** | Plan 2021 | **Ist 2021** | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 663 | 712 | +49 | +7,4 |
| Gas (Mio. kWh) | 1.236 | 1.344 | +108 | +8,7 |
| Wasser (Mio. $m^3$)* | 15 | 15 | 0 | +0,0 |
| Wärmecontracting (Mio. kWh) | 14 | 12 | -2 | -14,3 |

* ohne Verlustmengen

In der Stromsparte lagen die Mengen im Sonderkundenbereich, insbesondere aufgrund des Volumens der Fahrplanlieferungen, über Plan. Im Tarifkundenbereich wurde der Planwert aufgrund von über den Planansätzen liegender Kundenrückgewinnung ebenfalls übertroffen.

Auch im Gasgeschäft konnte ein Mengenzuwachs sowohl witterungsbedingt als auch durch Kundenzuwächse erreicht werden, die Kundenentwicklung im Contractingbereich blieb jedoch unter den Planannahmen.

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 4,29 Prozent unter dem Planwert sowie etwa 0,7 Prozent oberhalb des Vorjahreswertes, was ausschließlich aus den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den damit im Zusammenhang stehenden Lockdown-Maßnahmen resultiert. Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen witterungsbedingt zum Ende des Jahres 2021 mit etwa 8,2 Prozent oberhalb des Planwertes. Im Jahr 2021 ist das Niveau der Einspeiseanfragen im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen. Nach dem starken Anstieg auf über 1.050 Einspeiseanfragen im Jahr 2020 (+62 Prozent gegenüber dem Jahr 2019) wurden im Jahr 2021 mehr als 1.450 Erzeugungsanlagen angefragt und in Betrieb gesetzt.

| **Sparte (Menge) Netzausspeisung** | Plan 2021 | **Ist 2021** | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 2.265,7 | 2.168,5 | −97,2 | −4,3 |
| Gas (Mio. kWh) | 5.740,5 | 6.211,5 | 471,0 | 8,2 |

Die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2021 auf 104,3 VZÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2021 809,2 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR beschäftigt.

| **Mitarbeiteräquivalente** | Plan 2021 | **Ist 2021** | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| STAWAG | 105,6 | 104,3 | −1,3 | −1,2 |
| Regionetz | 567,4 | 559,4 | −8,0 | −1,4 |
| STAWAG Energie | 35,3 | 34,2 | −1,1 | −3,1 |
| FACTUR | 240,2 | 215,6 | −24,6 | −10,2 |

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2021 45,87 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13,7 Jahren niederschlägt.

**regio iT:**

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. Euro):

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des **Rohergebnisses** und die Entwicklung der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwands von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 81,5 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: 70,6 Mio. Euro). Das geplante Rohergebnis (75,3 Mio. Euro) wurde deutlich übertroffen (+6,2 Mio. Euro). Die Umsätze aus dem Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 93,4 Mio. Euro ebenfalls über Planniveau (88,2 Mio. Euro). Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus dem Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (14,8 Mio. Euro) konnten sehr deutlich mit 29,3 Mio. Euro übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 11,8 Mio. Euro (9,7 Prozent der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 15,3 Mio. Euro (10,2 Prozent der Gesamtumsätze) gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 11,3 Mio. Euro um 7,3 Mio. Euro sehr deutlich über dem Planwert (4 Mio. Euro). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 7,6 Prozent (Plan: 3,3 Prozent, Vorjahr: 4,5 Prozent).

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das IMS so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden im Juni 2020 für die Standorte Aachen und Gütersloh statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, das Informations-, das Sicherheits- und das Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS-Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinte-

ressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

**E.V.A.:**

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

| **E.V.A. Leistungsindikatoren** | | Wirtschaftsplan | Jahresabschluss |
|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | TEuro | 16.513 | 17.204 |
| EBIT | TEuro | 4 | 767 |
| Beteiligungsergebnis | TEuro | -14.806 | 1.539 |
| davon ASEAG | TEuro | -40.466 | -39.210 |
| davon STAWAG | TEuro | 24.686 | 39.810 |
| davon regio iT | TEuro | 1.041 | 773 |
| davon gewoge | TEuro | 166 | 166 |
| Anzahl Mitarbeiter | MAÄ [1)] | 118,8 | 116,4 |

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 17,2 Mio. Euro liegen um 0,7 Mio. Euro über dem Planwert von 16,5 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13 Mio. Euro (Plan: 13 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Plan: 3,5 Mio. Euro), hier insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 0,7 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus einer nicht geplanten Weiterberechnung von SAP S4/HANA-Projektkosten an die regio iT in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro, der Weiterberechnung aus nicht geplanten NERA-Projektkosten von 0,1 Mio. Euro und aus einer nicht geplanten Weiterberechnung von Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Finanzierungskonzept. Weitere kleinere Planabweichungen in den Weiterberechnungen, wie höhere Kosten für MS-Office und für ungeplante Aufbewahrungsentgelte bei Kreditinstituten werden durch einen geringeren weiterberechneten Personalaufwand kompensiert, da von fünf geplanten Trainees nur zwei eingestellt wurden.

Bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro handelt es sich vor allem um einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro, der sich aus dem Verkauf von 1 Prozent der regio iT-Gesellschaftsanteile an die regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG ergibt. Zudem sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aktivierte Eigenleistungen im Zuge des laufenden SAP S4/HANA-Projekts und außerplanmäßige Sachverhalte, wie etwa Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkasse, abgebildet.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit −17,1 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Aufgrund höherer Fremdleistungen der regio iT und anderer Dritter, insbesondere für das SAP S4/HANA-Projekt, erhöht sich der **Materialaufwand** gegenüber dem Plan um 0,3 Mio. Euro auf −4,1 Mio. Euro.

Gegenläufig wirkt sich der **Personalaufwand** aus, der mit −9,9 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringer ausfällt als geplant. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Personalbestand zum Ende des Jahres mit 116,4 MAÄ den Planwert von 118,8 MAÄ um 2,4 MAÄ unterschreitet. Begründet wird dies dadurch, dass in den Centern „Informationstechnologie“ und „Revision“ bestehende Planstellen bisher nicht besetzt werden konnten und weniger Trainees eingestellt wurden als geplant. Darüber hinaus verzeichnen die Center „Kommunikation und Marke“ sowie „Verkehrsmittelwerbung“ ungeplante Austritte bzw. Stellenwechsel in andere Konzerngesellschaften. Gegenläufig wirken sich neue, nun besetzte Planstellen der Center „Personal und Arbeitsrecht“ und „Finanz- und Rechnungswesen“ aus, die nur teilweise in der Wirtschaftsplanung enthalten sind.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** überschreiten mit −2,9 Mio. Euro den Plan um 0,6 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind Beratungsaufwendungen, insbesondere im Zuge des SAP S4/HANA-Projekts und des Finanzierungskonzepts, die mit 0,9 Mio. Euro um rund 0,4 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Des Weiteren sind ungeplante Spenden im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe in Höhe von 0,2 Mio. Euro sowie um 0,1 Mio. Euro höhere Bankkosten angefallen. Gegenläufig wirken sich hier um 0,1 Mio. Euro geringere Fortbildungs- und Reisekosten aus.

Die **Abschreibungen** liegen mit 0,1 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Plan, da verschiedene geplante IT-Neuinvestitionen, wie z. B. die Ablösung Input-Management (TIS), der digitale Rechnungsausgang sowie die TK-Anlage,

im Jahr 2021 nicht finalisiert wurden. Diese Projekte werden voraussichtlich im Jahr 2022 fertiggestellt.

Das **Gesamtergebnis** der E.V.A. in Höhe von −4 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2021 ein **Beteiligungsergebnis** von 1,5 Mio. Euro (Plan: −14,5 Mio. Euro) aus. Die Ergebnisverbesserung resultiert dabei im Wesentlichen aus der mit 41,2 Mio. Euro um 16,5 Mio. Euro höheren Gewinnabführung der STAWAG sowie einer mit −39,2 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro geringeren Verlustübernahme der ASEAG.

Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2020 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,8 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit um 0,3 Mio. Euro unter Plan. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Der E.V.A.-Konzern incl. regio iT beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 1.769 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende, Aushilfen und Beamte.

**Ertragslage**

Im Berichtsjahr 2021 wurden neben der E.V.A. insgesamt 22 (Vorjahr: 17) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde im Berichtsjahr 2021 durch die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung und den Ergebnisbeiträgen der Beteiligungsgesellschaften aus der Energieversorgung und aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich ein positiver Konzernüberschuss.

Bei der STAWAG lag die Gewinnabführung mit 39,8 Mio. Euro um 50 Mio. Euro über der Verlustübernahme von −10,2 Mio. Euro des Vorjahres. Wesentliche Ursache hierfür war eine Abnahme bei den drohenden Verlusten sowie eine Zuschreibung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der Regionetz nach sonstigen Steuern im abgelaufenen Geschäftsjahr 48,7 Mio. Euro (Vorjahr: 44,5 Mio. Euro) und fließt nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (13,8 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,6 Mio. Euro) über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag (EAV) in Höhe von etwa 32,3 Mio. Euro an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2021 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 39,2 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 6,2 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt −5,7 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und −0,5 Mio. Euro aus einem ebenfalls rückläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, welches hauptsächlich aus um 0,7 Mio. Euro gestiegenen Zinsauf-

wendungen bei den Pensionsrückstellungen resultiert.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 132 Mio. Euro bzw. 19,1 Prozent auf 821,8 Mio. Euro (Vorjahr: 689,8 Mio. Euro). Ausschlaggebend für den Umsatzzugang ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der STAWAG, bei der Regionetz und bei den erstkonsolidierten Windparkgesellschaften. Die Umsätze bei der STAWAG Energie und bei der ASEAG nahmen hingegen ab.

Bei der STAWAG wurden Im Stromgeschäft die Verkaufspreise im Tarifkundensegment zum 1. Januar 2021 um die gesunkene EEG-Umlage angepasst. Aufgrund der erfolgreichen Kundenbindung und der Kundenrückgewinnung sind die Absatzmengen im Jahr 2021 im Tarifkundensegment leicht angestiegen, daher liegen die erzielten Umsatzerlöse hier oberhalb des Vorjahresniveaus. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen und damit die Umsatzerlöse aufgrund rückläufiger Fahrplanlieferungen unterhalb des Vorjahresniveaus. Trotzdem fällt das Stromvertriebsergebnis insgesamt mit einer Steigerung von rund 1,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr besser aus. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 15,2 Mio. Euro zu. Im Tarifkundensegment Gas blieben die Verkaufspreise unverändert auf dem Niveau vom 1. Oktober 2019. Die Absatzmengen lagen deutlich oberhalb der Werte des warmen Vorjahres. Auch im Sonderkundensegment lagen diese über dem Vorjahresniveau, sodass die Umsatzerlöse insgesamt um 75,1 Mio. Euro zunahmen.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preisabsenkung aufgrund der bestehenden Preisanpassungsklausel zum 1. Juli 2021. Aufgrund der kühleren Witterung und trotz gegenläufiger Effekte durch die Corona-Pandemie konnten die Absatzmengen gesteigert werden.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 blieben die Preise auch im Berichtsjahr konstant. Aufgrund witterungsbedingt gesunkener Abnahmemengen liegen die Umsatzerlöse mit 0,7 Mio. Euro unterhalb des Vorjahreswertes.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich um rund 6,8 Mio. Euro auf 28,3 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.169 Gigawattstunden (GWh) und damit etwa 0,7 Prozent mehr als noch im Geschäftsjahr 2020 aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgespeist. Für insgesamt 377 Netznutzungskunden (359 Lieferanten und 18 Netzkunden mit eigenem Netznutzungsvertrag) wurde Energie durchgeleitet. Etwa 1.824 GWh und damit etwa 84 Prozent der Gesamtmenge wurden aus dem vorgelagerten Netz der Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) in das Stromnetz der Regionetz eingespeist. Die restlichen etwa 16 Prozent wurden mit Hilfe dezentraler Anlagen im Netzgebiet erzeugt und nach Maßgabe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G) in das öffentliche Netz eingespeist.

Im Gasbereich betrug die von der Regionetz abgewickelte Netzdurchleitung für insgesamt 265 Lieferanten und drei Netzkunden mit direktem Netznutzungsvertrag insgesamt 6.212 GWh und damit etwa 13,8 Prozent mehr als noch im Jahr 2020. Die Umsatzerlöse der Regionetz betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 422,6 Mio. Euro (Vorjahr: 402,2 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen stiegen leicht aufgrund der Tariferhöhung Mitte des Jahres von nominal 1,67 Prozent zum Vorjahr um 0,3 Mio. Euro auf 49,9 Mio. Euro. Die Zuschüsse für Vorjahre reduzierten sich im Vergleich zum letzten Jahr um 1,1 Mio.

Euro auf 0,2 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen sanken um 0,4 Mio. Euro auf rund 4,8 Mio. Euro.

Bei der STAWAG Energie verringerten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr die Umsatzerlöse von 10,7 Mio. Euro auf 5,1 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern erhöhten sich um 15,1 Mio. Euro auf 41,4 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem Erträge aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen in Höhe von 10,1 Mio. Euro, die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6,6 Mio. Euro, die Zuschreibungen auf Finanzanlage in Höhe von 6,2 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 4,8 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 7,7 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 0,9 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 25,6 Mio. Euro auf 532,6 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 314,9 Mio. Euro (Vorjahr: 304,3 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 217,7 Mio. Euro (Vorjahr: 202,7 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2021 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.677 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.643), 49 Auszubildende und 31 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) stiegen insgesamt um 34 gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellung wurden im Berichtsjahr die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 14 Mio. Euro auf 135,4 Mio. Euro.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 5,4 Mio. Euro auf 50,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Hierin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 8,1 Mio. Euro auf 81,3 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben in Höhe von 25,6 Mio. Euro (Vorjahr: 24,6 Mio. Euro), die Aufwendungen für Beratungs- und für Prüfungskosten in Höhe von 6,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,3 Mio. Euro) und für Marketingmaßnahmen in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro) sowie für Versicherungsprämien in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Das Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 79,3 Mio. Euro auf nunmehr 71,1 Mio. Euro.

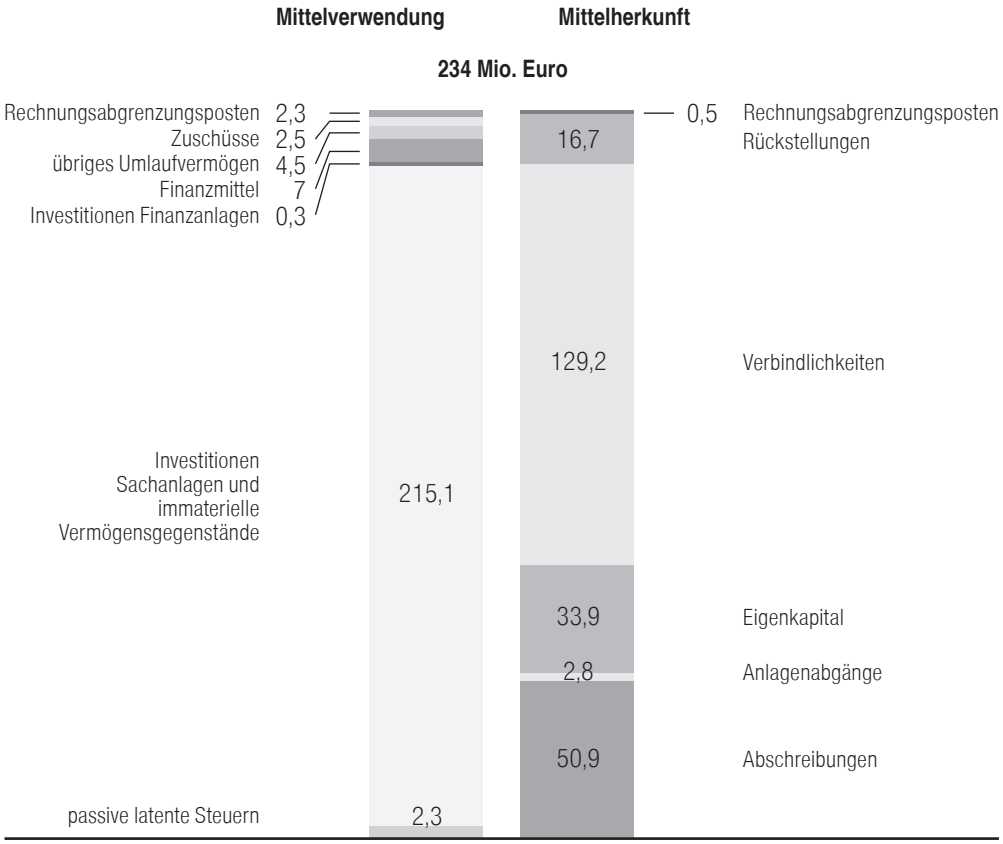
Das Finanzergebnis verschlechterte sich um −2,5 Mio. Euro auf −30,3 Mio. Euro.

Das schlechtere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem höheren negativen Zinsergebnis in Höhe von −45,7 Mio. Euro (Vorjahr: −42 Mio. Euro) sowie aus einem besseren Beteiligungsergebnis von 13,6 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 38 Mio. Euro (Vorjahr: 34,9 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 40,8 Mio. Euro und liegt damit um 76,8 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern betragen insgesamt 6,7 Mio. Euro und beinhalten Erstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von −1,5 Mio. Euro (Vorjahr: Aufwand 0,1 Mio. Euro).

## Finanzlage




Im Jahr 2021 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 243 Mio. Euro. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und in Sachanlagen betrugen insgesamt 215,1 Mio. Euro und betrafen Erneuerungen und Ertüchtigungen in die Strom-, die Gas-, die Wasser- und die Wärmenetze sowie in das Straßenbeleuchtungsnetz bei der Regionetz, der STAWAG und der Alsdorf Netz in Höhe von rund 82,8 Mio. Euro. In den Zugängen des Geschäftsjahres enthalten sind auch Sachverhalte aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises von vier Windparkgesellschaften insbesondere bei den Sachanlagen. Weitere Investitionen erfolgten bei der ASEAG in Höhe von 13,8 Mio. Euro nach Abzug von Zuschüssen und betrafen im Wesentlichen Fahrzeuge des Personennahverkehrs mit Elektroantrieb und konventionellem Antrieb. Darüber hinaus erfolgten weitere Investitionen in das Finanzanlagevermögen aus Beteiligungen. Geschäftsanteile an Windparkgesellschaften, die zur Veräußerung anstehen, werden im Umlaufvermögen unter den Anteilen an verbundene Unternehmen ausgewiesen. Ferner standen Finanzmittel in Höhe von 7 Mio. Euro sowie übriges Umlaufvermögen in Höhe von 4,5 Mio. Euro zur Verfügung.

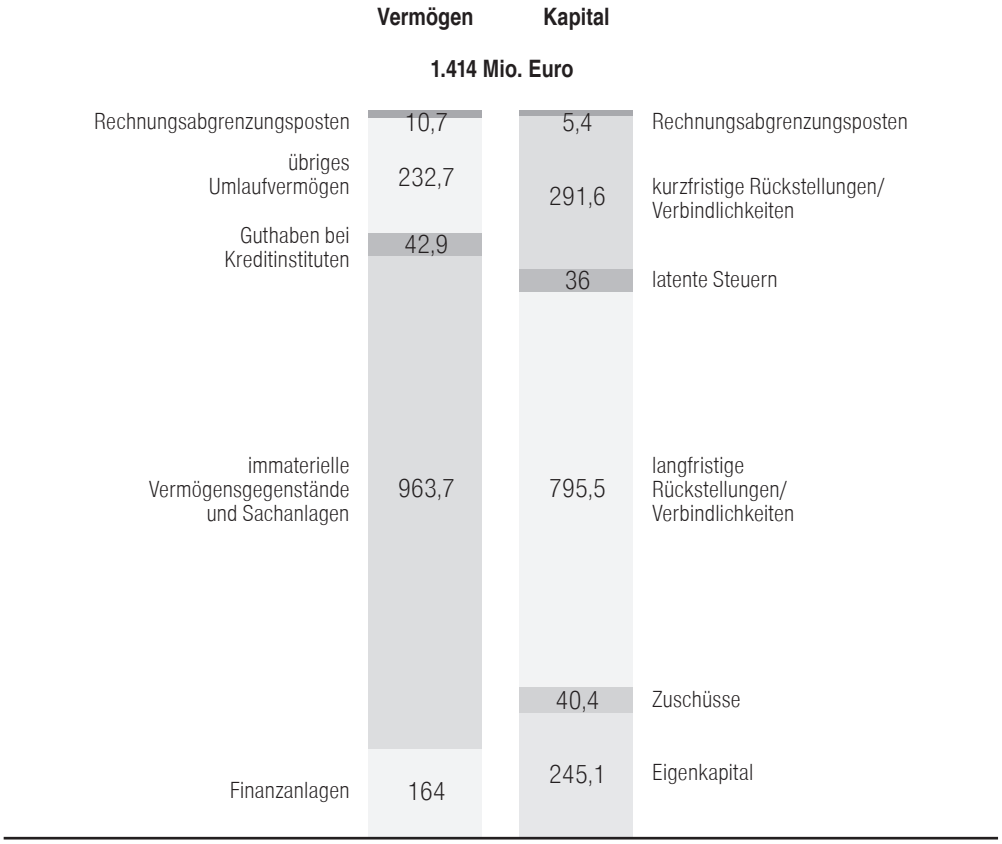
Zur weiteren Optimierung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsstrategie besteht ein konzernweites einstufiges Cash-Pooling-System bei der E.V.A., in das alle Konzerngesellschaften außer die Regionetz sowie die Solar- und Windparkgesellschaften, eingebunden sind. Das Cash-Pooling-System verwaltet alle liquiden Mittel und stellt den notwendigen Betriebsmittelbedarf den Konzerngesellschaften zur Verfügung.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 53,7 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen sowie weitere 16,7 Mio. Euro aus höheren Rückstellungen zur Verfügung. Bei den Rückstellungen entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 36,3 Mio. Euro und bei den Steuerrückstellungen 1,1 Mio. Euro. Hingegen nahmen die sonstigen Rückstellungen um 20,7 Mio. Euro ab. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen der STAWAG aufgrund der Beteiligung an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich und aus Stromlieferverträgen sowie aus der Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs enthalten.

Ferner standen Finanzierungsmittel aus Verbindlichkeiten in Höhe von 129,2 Mio. Euro und aus Eigenkapital in Höhe von 33,9 Mio. Euro zur Verfügung.

Die gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen mit 84,8 Mio. Euro aus höheren Darlehensschulden bei weiterhin abgeschlossenen zinsgünstigen Kreditlinien am Geld- und Kapitalmarkt, mit 19,1 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen sowie mit 11,6 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Ein wesentlicher Teil an der Zunahme der Kreditverbindlichkeiten steht im Zusammenhang mit der Erstkonsolidierung der vier Windparkgesellschaften zur Finanzierung der Windkraftanlagen. Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Absicherung von Zinsrisiken aus Darlehen eingesetzt.

## Vermögenslage




Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 175,5 Mio. Euro (14,2 Prozent) auf 1.414 Mio. Euro.

Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 950,8 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 413,4 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 12,9 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 68,2 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 11,6 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 3 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 16,4 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 0,8 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Kapitalseite besteht zu 56,3 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 428,9 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 314,9 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 14,9 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 23,5 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 17,3 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 92,3 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 20,6 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, mit 2,9 Prozent aus Zuschüssen, mit 2,5 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 0,4 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

## III. Prognosebericht

In ihrem Frühjahrsgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des BIP um 2,7 Prozent im laufenden Jahr und um 3,1 Prozent im Jahr 2023. Der Russland-Ukraine-Krieg und die dadurch massiv angestiegenen Energiepreise führen zusätzlich zur Corona-Pandemie und unterbrochenen Lieferketten zu Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und zu einem Stopp des konjunkturellen Erholungsprozesses.

Aufgrund der hohen Unsicherheit über die für die deutsche Wirtschaft wichtigen Gaslieferungen aus Russland haben die Institute in ihrem Frühjahrsgutachten zwei Szenarien für die konjunkturelle Entwicklung berechnet. Das eine Szenario geht von fortgesetzten Gaslieferungen und keinen weiteren ökonomischen Eskalationen aus (Basisszenario), das andere Szenario geht von einem sofortigen Stopp russischer Gaslieferungen aus (Alternativszenario).

Im Basisszenario legt das deutsche BIP im Jahr 2022 um 2,7 Prozent zu, im Falle eines Lieferstopps nur um 1,9 Prozent. In ihrem Herbstgutachten waren die Institute noch von einem Zuwachs um 4,8 Prozent ausgegangen. Maßgeblich für die Revision sind neben dem Ukrainekrieg der ungünstige Pandemieverlauf im zurückliegenden Winterhalbjahr. 2023 dürfte das BIP um 3,1 Prozent steigen, im Falle eines Lieferstopps um 2,2 Prozent sinken (Herbstgutachten: plus 1,9 Prozent). Der kumulierte BIP-Verlust beläuft sich im Falle eines Lieferstopps allein in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro, was mehr als 6,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Für das laufende Jahr rechnen die Institute mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent, dem höchsten Wert seit 40 Jahren. Im Falle eines Lieferstopps für russische Energie würden sogar 7,3 Prozent erreicht, der höchste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch im kommenden Jahr dürfte die Rate mit 2,8 Prozent (Lieferstopp: 5 Prozent) deutlich über dem Durchschnitt seit der Wiedervereinigung liegen.

Die Arbeitslosenquote liegt im Basisszenario in beiden Prognosejahren bei 5 Prozent (nach 5,7 Prozent im Vorjahr). Im Fall eines Lieferstopps dürften die Raten 5,2 Prozent (2022) und 6 Prozent (2023) betragen. Belastungen für die Konjunktur würden in diesem Fall im Wesentlichen über eine reduzierte Arbeitszeit aufgefangen werden.

In ihrer Konjunkturumfrage zum Frühjahr 2022 kommt die Industrie- und Handelskammer Aachen, Aachen, (IHK) zum Ergebnis, dass nach einem zuversichtlichen Start in das Jahr 2022 die Erwartungen der Unternehmen durch den Krieg Russlands in der Ukraine einen herben Dämpfer erlitten. Zwar bewertet die Mehrzahl der Befragten ihre Lage positiv. Die Aussichten für die kommenden Monate haben sich aber deutlich eingetrübt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges trüben die Geschäftserwartungen der regionalen Unternehmen ein. Es zeichnen sich düstere Wolken am Horizont ab. Vier von 10 Unternehmern sind mit ihrer gegenwärtigen Situation noch zufrieden, jeder neunte Betrieb ist es nicht. Die Ertragslage blieb in den zurückliegenden Monaten stabil. Die Unternehmen rechnen damit, dass sich ihre Situation deutlich verschlechtern wird. Am besten sind die Aussichten noch bei den Dienstleistern und in der Industrie.

Dementsprechend sind die Betriebe auch bei ihren Investitionsplänen zurückhaltender als noch zum Jahresbeginn. In Summe rechnet allerdings die Mehrzahl der Befragten trotz des schwierigen Umfelds noch mit einem Anstieg ihrer Investitionen.

Die trüben Aussichten für die weitere Entwicklung beeinflussen bislang nicht die Personal-

planungen der Unternehmerinnen und Unternehmer. Gesucht werden weiterhin vor allem Mitarbeitende mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung sowie mit akademischen Abschlüssen. Rund ein Drittel der Befragten möchte Stellen auch mit Menschen ohne Berufsausbildung besetzen. Die Arbeitslosenquote in der Region Aachen ist seit Jahresbeginn um 0,1 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent gestiegen. Sie liegt somit weiter unter der Quote des Landes NRW (6,6 Prozent), aber über der des Bundes (5 Prozent).

**E.V.A.:**

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2022 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus, das gegenüber dem Betriebsergebnis 2021 um rund 0,7 Mio. Euro niedriger ausfallen wird. Die Abweichung ist im Wesentlichen durch einen im Jahr 2021 erzielten betrieblichen Ertrag in Höhe von 0,7 Mio. Euro begründet, der im Wesentlichen aus dem Verkauf von 1 Prozent der regio iT-Gesellschaftsanteile an die regio iT Beteiligungsgenossenschaft e. G. zurückzuführen ist. Für das Geschäftsjahr 2022 plant die E.V.A. Umsatzerlöse in Höhe von rund 17,7 Mio. Euro, die voraussichtlich rund 0,5 Mio. Euro oberhalb der im Geschäftsjahr 2021 erzielten Umsatzerlöse liegen werden. Da für das Jahr 2022 keine sonstigen betrieblichen Erträge vorgesehen sind, entsprechen die geplanten Um-satzerlöse der Gesamtleistung. Die E.V.A. geht gleichzeitig auch von rund 0,6 Mio. Euro höheren Gesamtaufwendungen gegenüber dem Geschäftsjahr 2021 (17,7 Mio. Euro) aus, die insbesondere durch rund 1,2 Mio. Euro höhere Personalaufwendungen zu begründen sind. Gegenläufig wirken sich im Wirtschaftsplan 2022 mit −3,7 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro niedrigere Materialaufwendungen sowie mit −2,6 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringere sonstige betriebliche Aufwendungen aus.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,9 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von −1,3 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2022 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 4,6 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von −3,4 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 1,2 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2022 118,8 Mitarbeiteräquivalente betragen.

**ASEAG:**

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig auch im Geschäftsjahr 2021 eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes und wirkt nachhaltiger als zu Beginn der Pandemie erwartet. Dennoch wird die Rolle des ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende weiterhin intensiv diskutiert und mündet zunehmend in konkreten politischen Beschlüssen. Basis für diese Diskussion ist die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebrachte „Vision 2027“, die neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots beinhaltet. Zwischenzeitlich wurden seitens der ASEAG in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einige der in der Vision 2027 beschriebenen Ansätze weiter konkretisiert, so dass es zum Jahresende 2021 zu einem Grundsatzbeschluss über diese Maßnahmen im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen gekommen ist, die nun in den fortzuschreibenden Nahverkehrsplan einfließen sollen. Der diesbezügliche Beschluss hierfür ist im Januar 2022 vom Mobilitätsausschuss gefasst worden.

Die ASEAG sieht hierin einen ihrer Anteile zur Konkretisierung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ der Stadt Aachen. Da die Finanzierung dieser umfangreichen Maßnahmen eine der wesentlichsten Herausforderungen darstellt, bewirbt sich die ASEAG weiterhin in Abstimmung mit den Aufgabenträgern um Fördermittel des Bundes und des Landes. Mit den Förderungen für die On-Demand-Verkehre in Roetgen und Laurensberg, sowie der Förderung der Schnellbuslinie SB 66 (Monschau-Aachen) konnten bereits signifikante Förderbeträge eingeworben werden, so dass zumindest ein großer Beitrag der Anschubfinanzierung für eine Leistungsausweitung gewonnen werden konnte. Im Förderprojekt „Haaren clever mobil“ bestehen auch sehr gute Chancen zum Einwerben von Drittmitteln in Millionenhöhe (Entscheidung 1. Halbjahr 2022 erwartet), während sich die Hoffnung für das Projekt MIDIVO (weiterer Leistungsausbau im Süden der StädteRegion Aachen) leider zerschlagen hat. Der Antrag war zwar in der engeren Auswahl, ist aber letztendlich unter den ca. 160 Anträgen nicht zum Zuge gekommen. Dies ist besonders bedauerlich, da auch in der StädteRegion Aachen dem Thema Verkehrswende eine besondere Bedeutung beigemessen wird, und das in der Regel ohne den Druck, wie er sich beispielsweise in Aachen durch das Nichteinhalten der Luftreinhaltungsziele ergeben hat. Hier hätte die Realisierung des Projektes einen großen weiteren Schritt bedeutet.

Bei all diesen umweltpolitischen Überlegungen spielt die derzeitig Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung zurzeit keine direkte Rolle, so dass mit einem Leistungsvolumen von etwa 19,3 Mio. Nutz-km pro Jahr die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) bleibt. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und der nun beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus. Dabei ist parallel insbesondere immer die Finanzierung der Zusatzverkehre zu berücksichtigen.

Für die Erreichung des Ziels der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben, konnten weitere wichtige Schritte gegangen werden. Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden sind im Geschäftsjahr 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 bereits Projekte in die Umsetzungsphase eingetreten. So hat der On-Demand-Verkehr „NetLiner“ im teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen und in den Gemeinde Roetgen und Simmerath den Betrieb aufgenommen. Gleiches gilt für die deutliche Ausweitung des Schnellbusangebots zwischen Aachen und Monschau (SB 66). Da die hier eingesetzten Busse über besondere Qualitätsmerkmale verfügen und einen ersten Aufschlag im Konzept der „Starken Achsen“ aus der Vision 2027 darstellen, hat sich die ASEAG dazu entschieden, diese Art des Angebots unter dem Begriff „RegioLiner“ zu vermarkten. Weitere Express- oder Schnellbuslinien sollen mittelfristig unter dem Produktnamen folgen. Selbstverständlich schreiten auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen voran, die nach heutiger Auffassung auch von der ASEAG betrieben werden soll. Im Vorlauf auf diese Verbindung wurde eine Taktverdichtung der heutigen Buslinie auf dieser Relation umgesetzt. Da die Verkehrswende für die Region die Einbeziehung aller Städte und Gemeinden voraussetzt und vielschichtige Fragen zum Mobilitätsangebot und der dafür zwingend benötigten Infrastruktur für die Entscheidungsträger mit sich bringt, haben sich die Aufgabenträger Stadt und

StädteRegion Aachen dazu entschieden, neben der bereits eingerichteten AG zur geplanten Regio-Tram auch eine „AG Innovationen" ins Leben zu rufen. In dieser AG sollen Antworten zu den aufkommenden Fragestellungen rund um den ÖPNV, den Radverkehr, die Mobilitätsstationen, die Infrastruktur usw. verwaltungsübergreifend vorbereitet werden, um so letztendlich die Maßnahmenumsetzung schneller zu erreichen.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig also auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, ist im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen aktuell eher eine Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen zu erkennen. Wenn es dazu kommt, wird dies die Ergebnissituation der ASEAG insgesamt belasten, zumal sich im zweiten Halbjahr 2021 eine deutliche Beschleunigung der allgemeinen Preissteigerungen eingestellt hat.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2021 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Andere betriebliche Bereiche hatten verstärkt altersbedingte Abgänge zu verzeichnen. Diese Positionen wurden in der Regel durch Fahrpersonale nachbesetzt. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass es zu einem verstärkten altersbedingten Ausscheiden direkt aus dem Fahrdienst kommen wird. Zahlreiche Mitarbeiter erreichen dann die Grenzen, die einen Renteneintritt ermöglichen. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig dem stetig steigenden Bedarf (zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen) abzudecken. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2021 allein über 50 Mitarbeiter eingestellt. Aufgrund eines im Laufe des 2. Halbjahres 2021 stark gestiegenen Krankenstands gelingt es leider bisher nicht, dass die Personalmehrung zur weiteren Stabilität des Fahrplanangebots beiträgt. Es kommt trotz der Einstellungen zu Fahrausfällen. Diesem Problem gilt es im Jahr 2022 Sorge zu tragen.

Die ASEAG stellt sich natürlich auch in anderen Funktionsbereichen, insbesondere in den Planungsbereichen, für die Verkehrswende auf. Dennoch sind diese Personalanpassungen, bezogen auf die Gesamtmitarbeiterzahl, insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Personalbeschaffung in diesen Bereichen ist jedoch trotz der geringen Anzahl an Mitarbeitern eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen durch entsprechende Spezialisten im Personalbereich im Geschäftsjahr 2021 verstärkt hat. Die ASEAG ist darüber hinaus auch selbst darum bemüht, Studierende frühzeitig für die Verkehrsbranche zu interessieren. Hierbei setzt sie insbesondere auf studentische Jobangebote und die Betreuung von Bachelor-/Masterarbeiten. Erste Rekrutierungserfolge konnten so bereits erzielt werden. Für 2022 plant die ASEAG insgesamt mit einem Personalbestand von ca. 568 MAÄ. Dies ist gegenüber 2021 lediglich eine geringe Zunahme.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Personalbereich geht die ASEAG davon aus, dass die Arbeitsmarktsituation dazu führen wird, dass Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte nach dem letzten Corona-bedingt moderateren Tarifabschluss wieder zunehmen werden und so der Kostendruck wieder steigt. Dem wirkt entgegen, dass ausscheidende Mitarbeiter in der Regel über Besitzstandsregelungen verfügen, die dann für die neuen Mitarbeiter nicht mehr zum Tragen kommen. Dieser Effekt wird in den kommenden Jahren zunehmend geringer.

Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 35,2 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aufgrund weiter fallender Zinsen auch im Jahr 2022 das Ergebnis erheblich belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernden sonstigen Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort. Das Phänomen der stark ansteigenden Krankenstände wie bei der ASEAG ist jedoch bisher nicht zu erkennen, so dass im Hinblick auf Kosten und Betriebsstabilität der Einsatz von Subunternehmern weiterhin Vorteile mit sich bringt.

Corona-bedingt kam es auch im Jahr 2021 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019), die jedoch auch im Jahr 2021 durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des Bundes vollständig aufgefangen werden. Ein solcher Rettungsschirm wird derzeitig auch für das Jahr 2022 auf politischer Ebene vorbereitet und ist Bestandteil des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung. Wie im Geschäftsjahr 2021 gilt weiterhin, dass die Kundensegmente besonders stark zurückgegangen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss bzw. kann – z. B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigeren Nutzung waren nicht so stark betroffen – Abo-Karten. Aber auch hier ist allein durch die inzwischen fast zweijährige Beeinflussung des Kaufverhaltens durch die Pandemie ein Rückgang zu erkennen. Positiv stimmt zurzeit nur, dass sich Unternehmen zunehmend mit den Themen Nachhaltigkeit und attraktiver Arbeitgeber beschäftigen. Im Angebot des Job-Tickets wird ein adäquates Instrument gesehen, beides miteinander zu verbinden. Die seitens der Finanzbehörden eingeräumten steuerlichen Vorteile fördern dies zusätzlich. Im Ergebnis konnte der Absatz im Job-Ticket-Bereich um ca. 14 Prozent gesteigert werden. Für 2022 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 56,9 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 1,4 Prozent zum 1. Januar 2022 und ein Corona-bedingter Mengenabschlag im Bereich der Spontankunden eingeflossen. Aufgrund der aktuellen Diskussionen, die derzeitig bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG von einer kurz- bis mittelfristigen Erholung der Nachfrage aus, sobald sich ein Ende der Corona-Pandemie abzeichnet. Allerdings ist davon auszugehen, dass dieser Schritt zur neuen Normalität umso länger dauert, je länger die Verunsicherung in der Bevölkerung anhält. Effekte daraus lassen sich jedoch zurzeit nicht beziffern. Dabei wird es auch zu Tarifwanderungsbewegungen von relativ teuren Gelegenheitsnutzer-Produkten zu Stammnutzer-Produkten oder direkt zum Job-Ticket kommen, sodass hiermit nicht zwangsweise Mehrerlöse verbunden sind. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§ 228 ff. SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden als konstant angesehen. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Preise aus Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt erzielten Dieselbeschaffungspreise für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastanzahl ist auch 2021 im Stammgebiet Corona-bedingt gegenüber 2019 stark rückläufig. Im Vergleich zu 2020 stagniert die Fahrgastzahl in etwa. Anders als im Jahr 2020 sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht so einschneidend. Aufgrund der aktuellen Entwicklung des Virus wird zunehmend von einer Rückführung der Maßnahmen gesprochen. Aus diesem Grund geht die ASEAG davon aus, dass in 2022 die Erholung der Fahrgastzahlen beginnen wird, auch wenn das Niveau von 2019 noch weit entfernt bleiben wird. Wann die guten Zahlen und der stabile positive Nachfragetrend aus 2019 wieder erreicht wird, lässt sich derzeitig nicht gesichert sagen. Dies hängt neben den zurzeit günstigen politischen Rahmenbedingungen für den ÖPNV auch maßgeblich von den möglichen Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie auf das Verbraucherverhalten ab. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2021 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Die ASEAG kann bei den Stammkunden ein recht stabiles Kaufverhalten registrieren. Es kann aber gleichzeitig davon ausgegangen werden, dass die erworbenen Karten in geringerem Umfang als in den Vorjahren genutzt wurden. Aus diesem Grund werden weiterhin zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen angegeben. Vor dem Hintergrund, dass es im Jahr 2021 trotz Corona-Krise gelungen ist, weitere Arbeitgeber vom Job-Ticket zu überzeugen, blickt die ASEAG insgesamt jedoch optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage mittelfristig wieder stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit der Vision 2027 der ASEAG diskutierten angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen.

Nachdem im Jahr 2021 das Ergebnis leicht besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2022 Corona-bedingt ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 37,2 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung kann nur erreicht werden, weil in der Planung Ertragszuschüsse der Stadt Aachen berücksichtigt sind, die der ASEAG sozusagen als vorweggenommener Ergebnisausgleich zufließen sollen. Dieses Verfahren ist mit der Stadt Aachen abgestimmt. So soll die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht gefährdet werden. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6- oder Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert.

Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es auch für das Geschäftsjahr 2021 anstelle einer positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG zu einer Verlustübernahme. Das Ergebnis liegt im Geschäftsjahr 2021 mit −1.804 TEuro deutlich unter dem Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von über 1,5 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus die Ergebnisse 2022 und 2023 zusätzlich belasten wird. Dabei wird ab dem Geschäftsjahr 2023 davon ausgegangen, dass es zu einer Erhöhung der Parkgebühren in den Parkobjekten der APAG kommt, der idealerweise

eine Erhöhung der Parkgebühren am Straßenrand seitens der Stadt Aachen vorangeht.

Ergebnisbelastend wirken sich umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten, aus. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Bauunternehmen sich teilweise sehr volatil entwickeln. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer, stabiler Zustand eingestellt. Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wird der Prozess nun erneut angestoßen. Aufgrund der pandemiebedingt vollkommen anderen Auslastungssituation lässt sich nicht final feststellen, ob die Planungsannahmen im Hinblick auf die Kundenbewegungen eingetreten sind. Zumindest ist in den Parkhäusern Couvenstraße und Adalbertstraße zu erkennen, dass diese sich deutlich besser in Zeitfenstern ohne Corona-Maßnahmen erholen als die meisten anderen Parkobjekte in Aachen.

Mit der Mobilitätsplattform movA hat die ASEAG auch im Jahr 2021 einen digitalen Vertrieb von ÖPNV-Tickets vorgenommen und bietet den Kunden einen Zugriff auf vielseitige Mobilitätsangebote. Mit insgesamt nahezu 150.000 Downloads und inzwischen an die 35.000 registrierten Kunden stößt dies auf reges Interesse, auch bei Firmenkunden, die in der Kombination aus ÖPNV und anderen Mobilitätsangeboten – gebündelt in einer App mit zusätzlichen firmenspezifischen Services der App – einen wesentlichen Baustein für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement sehen. Nach Einschätzung der ASEAG wird das betriebliche Mobilitätsmanagement eine wesentliche Bedeutung gewinnen, da sich Arbeitgeber hier nachhaltig mit einer Sozialleistung im Wettstreit um qualifizierte Arbeitskräfte positionieren möchten. Die Flexibilität, die durch digitale Vertriebsmöglichkeiten mit movA entsteht, wird auch den Vertrieb der sonst eher statischen ÖPNV-Produkte unterstützen. Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio IT gegründeten Better Mobility. Diese Gesellschaft wird die technische Lösung dann außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung anbieten. Bei der Rheinbahn AG, Düsseldorf, (Rheinbahn) ist im Geschäftsjahr 2021 die Plattform „redy“ gestartet, die auf der Technologie der Better Mobility aufbaut. Insgesamt ist festzustellen, dass der Markt für den Vertrieb der Technologie im Jahr 2021 enger geworden ist. Dies liegt unter anderem daran, dass Hersteller klassischer ÖPNV-Ticket-Apps im Bereich MaaS (Mobility as a Service) deutlich nachentwickeln und ihren Bestandskunden zu sehr günstigen Preisen anbieten, um die Kundenbeziehung nicht zu verlieren. In allen Kundensegmenten dieser digitalen Lösung – Endkunde, Firmenkunde für Mitarbeiter und Firmenkunden als Betreiber einer Mobilitätsplattform – geht die ASEAG von einer zunehmenden Nachfrage aus, wenn die Unsicherheiten der derzeitigen Pandemie entfallen. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt auch weiterhin im Trend der Branche und wird politisch als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen.

Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 aufgrund des Corona-Virus bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die Nachwirkungen der Pandemie insgesamt werden auch das kommende Geschäftsjahr negativ beeinflussen. In die Wirtschaftsplanung sind zwar solche negativen Effekte eingeflossen, aber ob dies ausreichen wird, ist aktuell nicht final zu beurteilen und hängt von der Fortdauer des Ereignisses ab. Dabei gilt, wie im Jahr 2020 auch, dass Umsätze im Gelegenheitsverkehr und bei kurzfristig zu nutzenden Zeitkarten besonders gefährdet sind. Allerdings darf aktuell davon ausgegangen werden, dass diese Mindererlöse erneut über einen ÖPNV-Rettungsschirm abgedeckt werden.

**STAWAG:**

Die Invasion der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, insbesondere auf die in der Ukraine lebenden Menschen. Angesichts des sich bereits abzeichnenden Krieges gegen die Ukraine wurde die Gaspipeline Nord Stream 2 bereits im Vorfeld auf Eis gelegt. Mit dem erfolgten Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Europäische Union (EU) gemeinsam mit ihren internationalen Partnern weitere massive Sanktionen gegen Russland in den Bereichen Finanzen, Energie und Transport sowie Beschränkungen gegen Personen und Einrichtungen beschlossen. Russische Banken sind demnach vom SWIFT-System und damit von den internationalen Finanzströmen ausgeschlossen. Der russischen Zentralbank sind zudem weitreichende Beschränkungen für den Zugriff auf ihre Devisenreserve in der EU auferlegt worden. Zusätzlich wurden Verbote für Exporte und damit auch verbundene Reparatur-, Wartungs-, und Finanzdienstleistungen für den Energie- und Transportsektor verhängt, die es Russland unmöglich machen, seine Ölraffinerien zu modernisieren oder ihre russische Verkehrsflugzeug-Flotte nach internationalen Standards fortzuführen. Ebenso wurde der Zugang Russlands zu wichtigen Schlüsseltechnologien wie Halbleitern oder modernster Software beschränkt. Die aktuellen Einwicklungen steigender Energiepreise, die mit dem Kriegsausbruch nochmals drastisch angestiegen sind, als auch die umfassenden Sanktionen und gestörten Lieferketten wirken sich entsprechend belastend auf die Wirtschaft aus. So hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner Frühjahresprognose die Vorhersage für die Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland bereits auf 2,1 Prozent gesenkt. Im Dezember waren die Ökonominnen und Ökonomen noch von einem Wachstum des BIP von vier Prozent ausgegangen. Die Inflationsrate dürfte mit einem erwarteten Anstieg auf 5,8 Prozent so hoch sein wie noch nie seit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Aufgrund der bekanntgewordenen mutmaßlichen Kriegsverbrechen russischer Truppen hat die EU-Kommission zwischenzeitlich auch ein Kohle-Embargo der Mitgliedstaaten gegen Russland vorgeschlagen, über den die EU-Staaten nun einstimmig zu entscheiden haben. Dabei ist vorgesehen, dass für das Importverbot von Steinkohle eine dreimonatige Übergangfrist eingeräumt wird. EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen hat zudem ein Öl-Embargo angedroht. Als zentrales Risiko ist jedoch die Aufrechterhaltung der Gasversorgung aus Russland zu sehen. Für den Fall eines Lieferstopps drohen der deutschen Volkswirtschaft und der gesamten Energiebranche dramatische Verwerfungen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges sind für die energiewirtschaftlichen Versorgungsunternehmen und damit auch für die STAWAG aktuell nur schwer abschätzbar. In engmaschigen Risikokomitee-Sitzungen der STAWAG werden die aktuellen Entwicklungen fortlaufend bewertet und entsprechende Maß-

nahmen mit dem Ziel einer Risikominimierung ergriffen. Sofern kein Erdgaslieferembargo droht, bewertet die STAWAG ihre bestehenden Risiken zumindest als überschaubar. Die größten Herausforderungen ergeben sich aktuell aus der Beteiligung an der TKL. Unter der Prämisse, dass die TKL im Zuge des Kohle-Embargos spätestens ab Mitte des Jahres keine russische Kohle mehr beziehen wird, arbeitet die TKL aktuell mit Hochdruck an der Umsetzung einer geänderten Beschaffungsstrategie. So hat die TKL bereits damit begonnen, sich für das dritte und vierte Quartal 2022 als auch für das erste Quartal 2023 mit nicht russischen Kohlemengen einzudecken, um den Kraftwerkseinsatz möglichst ohne Einschränkung sicherzustellen.

Abgesehen von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs erwartet der Vertriebsbereich der STAWAG im Jahr 2022 infolge zu erwartender Kundenverluste im Privat- und Gewerbekundenbereich im Strombereich einen Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr, während der Absatz im Industrie- und Geschäftskundensegment annähernd konstant bleibt. Auch in der Gassparte ist von einem Kundenrückgang im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen, während der Kundenbestand im Industrie- und Geschäftskundensegment nahezu auf dem Vorjahresniveau erwartet wird. Aufgrund der kühlen Witterung im Jahr 2021 werden sich die Absatzmengen in der Gassparte bei einer durchschnittlichen Witterung insgesamt jedoch rückläufig entwickeln. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund einer verstärkten Akquise im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls ein leichter Mengenzuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

**Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft**

| Sparte | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 712 | 704 | −8 | −1,1 |
| Gas (Mio. kWh) | 1.344 | 1.243 | −101 | −7,5 |
| Wasser (Mio. $m^3$)* | 15 | 15 | 0 | 0 |
| Wärmecontracting (Mio. kWh) | 12 | 13 | +1 | +8,3 |

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2021 unterhalb des langjährigen Mittels lagen, dürfte im Falle eines erwarteten durchschnittlichen Temperaturniveaus im Jahr 2022 der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage wird insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie-Entwicklung abhängig sein.

**Netzausspeisung Regionetz**

| Sparte | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Strom (Mio. kWh) | 2.168,5 | 2.270,9 | +102,4 | +4,7 |
| Gas (Mio. kWh) | 6.211,5 | 5.756,9 | −454,6 | −7,3 |

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnisniveau von etwa 43,8 Mio. Euro erzielen wird.

**Finanzielle Kennzahlen**

| Kennzahl | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abweichung | Abweichung % |
|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse (TEuro) | 415.291 | 331.337 | -83.954 | -20,2 |
| EBITDA (TEuro) | 23.908 | 6.393 | -17.515 | -73,3 |
| EBIT (TEuro) | 17.866 | -1.240 | -19.106 | -106,9 |
| EBT (TEuro) | 54.810 | 43.758 | -11.052 | -20,2 |

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2022 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen. Für den Markt der Informationstechnik wird nach dem Corona-bedingten Einbruch wieder von einem Wachstumspfad ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 108,6 Milliarden Euro und einem Wachstum von 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr wird dieser innerhalb der ITK Branche auch im Jahr 2022 wieder als Wachstumstreiber gesehen. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobiles Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Die regio iT beabsichtigt, zukünftig den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nichtfinanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Berichtsjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Geschäftsjahr 2022 ist eine Integration in das Steuerungsmodell sowie zukünftig eine regelmäßige Darlegung vorgesehen.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2021/2022 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2022 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro):

| **Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)** | **Ist 2021** | Plan 2022 | Abw. I/P abs. | Abw. I/P % |
|---|---|---|---|---|
| Gesamtumsatz | 149,3 | 140,8 | -8,5 | -5,7 |
| davon | | | | |
| Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb | 93,4 | 98,3 | 4,9 | 5,2 |
| Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 15,3 | 13,9 | -1,4 | -9,2 |
| Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft | 29,3 | 17,5 | -11,8 | -40,3 |
| Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 10,2 % | 9,9 % | – | – |
| Rohergebnis/-ertrag [1)] | 81,5 | 85,1 | 3,6 | 4,4 |
| Personalkosten | 49,5 | 53,6 | | |
| Personalkostenquote [2)] | 33,2 % | 38,1 % | – | – |
| Ergebnis vor Steuern | 11,3 | 8,8 | -2,5 | -22,1 |
| Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) | 7,6 % | 6,3 % | – | – |

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen) ./. Materialaufwand
2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 98,3 Mio. Euro eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Umsatzpotenziale bzw. Wachstumschancen erwarten die regio iT in den Bereichen Virtual Desktop Infrastructure (VDI), intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen, (digitale) Bildung sowie Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem ergeben sich auch weiterhin Umsatzpotenziale im Kundenkreis bzw. durch die übernommenen Kundenverträge vom civitec. Mit der Stadt Ratingen konnte ein weiterer strategischer Full-Service-Kunde gewonnen werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 13,9 Mio. Euro weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2021) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung von Fördermittel für die Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten die regio iT zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 17,5 Mio. Euro ebenfalls nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt allerdings das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwartet die regio iT eine Steigerung im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen auf 53,6 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2022 eine Steigerung des Rohergebnisses von 81,5 Mio. Euro auf 85,1 Mio. Euro bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 11,3 Mio. Euro auf 8,8 Mio. Euro. Dieses liegt dann um 2,5 Mio. Euro unter dem hervorragenden, aber auch durch Einmaleffekte geprägten Niveau des Berichtsjahres.

Zusammenfassend geht die regio iT trotz der anhaltenden Corona-Pandemie von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2022 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2021 auf Planniveau im Sommer 2022 erfolgt.

## IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2021 ein weitestgehend ähnliches Bild wie im letzten Jahr. Die Unsicherheiten im energiewirtschaftlichen Umfeld halten weiter an. Ein Ausdruck hierfür sind die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte stark volatilen und bis zum Jahresende überproportional angestiegenen Großhandelspreise für Strom und Gas. Zudem ist derzeit nur schwer

abschätzbar, welche Implikationen der im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgehaltene frühere Kohleausstieg bis 2030, der noch zu Anpassungen beim Kohleausstiegsgesetz führen kann, auf die Energiemärkte insgesamt haben wird. Vor diesem Hintergrund hält die STAWAG an der im letzten Jahr gebildeten Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich umfänglich fest. Beim Betrieb des Gasspeichers Epe partizipierte die STAWAG in 2021 zwar von den angestiegenen Marktpreisen, indem sie den Gasspeicher bis auf ein Minimum entleerte, doch rechnet die STAWAG auch in den nächsten Jahren weiterhin nicht mit positiven Deckungsbeiträgen. Die ohnehin schon hohen Energiepreise des 4. Quartals 2021 sind mit Beginn des Ukraine-Krieges weiter stark gestiegen und sehr volatil. Da ein Ende der gesamten Entwicklung derzeit nicht absehbar und das gesamte politische und energiepolitische Entscheidungsumfeld völlig unklar ist, kann eine verlässliche Prognose über die wirtschaftlichen Folgen eines völligen Versagens von Marktstrukturen oder die Folgen von Lieferengpässen bis hin zu Lieferstopps von russischen Rohstoffen oder die Risiken von Kraftwerksstillständen auf die STAWAG und ihre Erzeugungs-, Handels- und Speicherbeteiligungen nicht abgegeben werden.

Das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten sorgt seit vielen Jahren zu einem Absinken des für die Berechnung von Pensionsrückstellungen relevanten Rechnungszinssatzes. Bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz entstehen hierdurch erhöhte, ergebnisbelastende Rückstellungszuführungen. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung haben die STAWAG-Gesellschaften im Jahr 2021 erneut verkraftet und erwarten diese in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung auch noch für einige Jahre, wenngleich die amerikanische Notenbank und die Europäische Zentralbank bereits eine Trendwende bei den Langfristzinsen avisieren. Bis dahin versuchen STAWAG und Regionetz weiterhin, zinsgünstige Neukreditaufnahmen in allen Laufzeiten vorzunehmen. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Chancen bieten sich für die STAWAG-Gruppe aus der im letzten Jahr weitreichend durchgeführten Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich, sodass sich die Ergebnislage in Zukunft signifikant und dauerhaft verbessern kann. Chancenreich bleibt auch weiterhin die zwischen STAWAG und EWV bestehende Netzkooperation in der Regionetz, die sich bei Konzessionsausschreibungen oder Netzverpachtungen als professioneller Netzbetreiber anbietet. Die auf regenerative Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie ist zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für den Ausbau klimaschonender und klimaneutraler Energieerzeugung schaffen wird und die STAWAG Energie hiervon profitiert. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2021 existiert seit letztem Jahr das Risiko einer Pandemie. Auch wenn die Corona-Pandemie nun schon länger als ursprünglich erwartet anhält, wird die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft. Dennoch zeigt sich in der derzeitigen Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen. Auch für das Geschäftsjahr 2022 ist davon auszugehen, dass es zu einem erneuten ÖPNV-Rettungs-

schirm kommen wird – die Absicht hierzu ist im neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung niedergelegt. Dennoch wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende hin zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – kurz- bis mittelfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird damit gerechnet, dass in städtischen Räumen der Trend hin zum ÖPNV wieder zunehmen wird. Diese Annahme stützt sich darauf, dass parteiübergreifend der Kampf gegen den Klimawandel befürwortet wird und aus politischer Sicht nur ein starker und funktionierender ÖPNV die notwendige Unterstützung bringt.

Aktuelle Zinsprognosen, die einen stark absinkenden Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beinhalten, sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte Städte-Region Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Wurde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an Bedeutung gewonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Als stabilisierender Effekt auf den Unternehmenswert ist das derzeitig niedrige Zinsniveau anzusehen. Darüber hinaus wird planerisch eine Steigerung der Kurzparkertarife als am Markt durchsetzbar angesehen, zumal es im Rahmen der Klimaschutzdiskussion sicher zu weiteren Anpassungen der Parkgebühren am Straßenrand kommen wird. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken diesen Effekt sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der

EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Die Verkehrsverbünde gehen derzeitig davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen unterschiedlichster Interessenvertreter in NRW während dieser Legislaturperiode keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die im Geschäftsjahr 2020 bei der STAWAG im Zuge des verabschiedeten Kohleverbrennungsbeendigungsgesetztes (KVBG) vorgenommene deutliche Erhöhung der Drohverlustrückstellungen für den Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen führt zu einem Anstieg des Ergebnisniveaus der STAWAG und damit auch der Gewinnabführung an die E.V.A. Gemäß aktueller Mittelfristplanung ist zu erwarten, dass die energiewirtschaftlichen Ergebnisbeiträge die ÖPNV-Verluste wieder vollständig kompensieren bzw. übertreffen, sodass sich die zuletzt leicht angespannte Liquiditätslage der E.V.A. wieder erholt. Die für das Geschäftsjahr 2021 vorgesehene Ausgleichszahlung der Gesellschafterin Stadt Aachen in Höhe von 3,9 Mio. Euro leistet dabei ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Die seitens der Stadt Aachen bis zum Jahr 2021 geleisteten Ausgleichszahlungen belaufen sich damit auf rund 64,9 Mio. Euro. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 70 Mio. Euro ist nach derzeitigem Kenntnisstand als unwahrscheinlich anzusehen, womit die E.V.A.-Geschäftsführung das potentielle Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung der E.V.A. als gering bewertet, zumal die E.V.A. aus finanzwirtschaftlicher Sicht weiterhin

auch kurzfristige Liquidität über den konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen kann.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. In Zukunft kommt es insofern verstärkt darauf an, dass das sich im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen manifestiert bzw. zusätzliche Mittel für die Finanzierung der Verkehrs- bzw. Mobilitätswende bereitgestellt werden. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Aachen, den 3. Juni 2022

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung
Aachen

Die Geschäftsführung

Dr. Christian Becker Michael Carmincke

# Konzern

## Konzernabschluss >>

# Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021

## Aktiva

| | Anhang | 31.12.2021 Euro | 31.12.2020 TEuro |
|---|---|---|---|
| **A. Anlagevermögen** | _ 1 | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | |
| 1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | 95.756,27 | 300 |
| 2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 10.498.776,66 | 9.885 |
| 3. Geschäfts- oder Firmenwert | | 725.170,00 | 798 |
| 4. Geleistete Anzahlungen | | 1.586.689,64 | 748 |
| | | 12.906.392,57 | 11.731 |
| II. Sachanlagen | | | |
| 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | | 49.203.262,30 | 50.037 |
| 2. Fahrzeuge für Personenverkehr | | 34.961.039,00 | 27.770 |
| 3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen | | 780.934.282,98 | 654.699 |
| 4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 15.799.714,37 | 11.768 |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | | 69.927.876,96 | 43.774 |
| | | 950.826.175,61 | 788.048 |
| III. Finanzanlagen | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | | 2.537.696,45 | 11.471 |
| 2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen | | 50.624.847,47 | 50.408 |
| 3. Beteiligungen | | 92.861.701,40 | 84.751 |
| 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 17.459.394,70 | 19.065 |
| 5. Sonstige Ausleihungen | | 525.272,18 | 573 |
| | | 164.008.912,20 | 166.268 |
| | | **1.127.741.480,38** | 966.047 |
| **B. Umlaufvermögen** | _ 2 | | |
| I. Vorräte | | | |
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | | 5.294.866,21 | 4.066 |
| 2. Unfertige Leistungen | | 13.392.573,00 | 25.235 |
| 3. Waren | | 15.439.423,73 | 5.348 |
| 4. Geleistete Anzahlungen | | -864.000,00 | 0 |
| | | 33.262.862,94 | 34.649 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | | 95.020.452,72 | 87.071 |
| 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen | | 6.190,66 | 301 |
| 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 60.126.632,46 | 23.095 |
| 4. Forderungen gegen Gesellschafter | | 11.904.506,47 | 38.932 |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände | | 29.976.256,30 | 21.287 |
| | | 197.034.038,61 | 170.686 |
| III. Wertpapiere | _ 3 | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | | 2.368.950,00 | 12.837 |
| 2. Sonstige Wertpapiere | | 15.000.000,00 | 10.000 |
| | | 17.368.950,00 | 22.837 |
| IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten | | 27.892.980,15 | 35.895 |
| | | **275.558.831,70** | 264.067 |
| **C. Rechnungsabgrenzungsposten** | | **10.712.747,64** | 8.384 |
| | | **1.414.013.059,72** | 1.238.498 |

# Passiva

| | Anhang | 31.12.2021 Euro | 31.12.2020 TEuro |
|---|---|---|---|
| **A. Eigenkapital** | _ 4 | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | 14.049.880,00 | 14.050 |
| II. Kapitalrücklage | | 43.753.000,00 | 43.753 |
| III. Gewinnrücklagen | | 91.053.934,29 | 70.840 |
| IV. Nicht beherrschende Anteile | | 180.546.926,68 | 174.260 |
| V. Konzernbilanzverlust | | -105.792.316,72 | -114.577 |
| | | **223.611.424,25** | 188.326 |
| **B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile** | | **25.000,00** | 25 |
| **C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** | _ 5 | **21.532.640,00** | 22.878 |
| **D. Zuschüsse** | _ 6 | | |
| 1. Baukostenzuschüsse | | 38.605.217,31 | 39.883 |
| 2. Sonstige Zuschüsse | | 1.843.800,58 | 3.048 |
| | | **40.449.017,89** | 42.931 |
| **E. Rückstellungen** | _ 7 | | |
| 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 428.922.090,00 | 392.703 |
| 2. Steuerrückstellungen | | 3.098.318,26 | 1.906 |
| 3. Sonstige Rückstellungen | | 139.182.334,87 | 159.865 |
| | | **571.202.743,13** | 554.474 |
| **F. Verbindlichkeiten** | _ 8 | | |
| 1. Genussscheinkapital | | 142.260,00 | 145 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | 368.577.483,40 | 283.735 |
| 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 36.606.249,97 | 29.371 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | | 2.101.179,27 | 2.107 |
| 5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 29.842.602,43 | 10.704 |
| 6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern | | 24.279.314,49 | 12.726 |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten | | 54.236.894,52 | 47.772 |
| | | **515.785.984,08** | 386.560 |
| **G. Rechnungsabgrenzungsposten** | _ 9 | **5.393.606,19** | 4.981 |
| **H. Passive latente Steuern** | _ 10 | **36.012.644,18** | 38.323 |
| | | **1.414.013.059,72** | 1.238.498 |

# Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

| | Anhang | 2021<br>Euro | 2020<br>TEuro |
|---|---|---|---|
| 1. Umsatzerlöse | _ 11 | | |
| a) Brutto-Umsatzerlöse | | 837.551.803,82 | 705.935 |
| b) Strom- und Energiesteuer | | -15.773.398,32 | -16.127 |
| | | 821.778.405,50 | 689.808 |
| 2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen | | -6.794.663,36 | 9.629 |
| 3. Andere aktivierte Eigenleistungen | | 14.804.024,70 | 12.887 |
| 4. Sonstige betriebliche Erträge | _ 12 | 41.442.300,24 | 26.319 |
| 5. Materialaufwand | _ 13 | | |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | | -314.928.362,34 | -304.335 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | | -217.715.478,95 | -202.653 |
| | | -532.643.841,29 | -506.988 |
| 6. Personalaufwand | _ 14 | | |
| a) Löhne und Gehälter | | -103.212.160,33 | -99.557 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | -32.239.346,41 | -21.859 |
| | | -135.451.506,74 | -121.416 |
| 7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | | -50.709.008,37 | -45.275 |
| 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | _ 15 | -81.331.591,62 | -73.188 |
| **Betriebsergebnis** | | **71.094.119,06** | -8.224 |
| 9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen | _ 16 | 5.381.039,35 | 6.469 |
| 10. Erträge aus Beteiligungen | _ 17 | 8.246.163,51 | 6.451 |
| 11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen | _ 18 | 67.369,98 | 117 |
| 12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | _ 19 | 2.035.483,26 | 1.721 |
| 13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | _ 20 | 124.571,34 | 288 |
| 14. Abschreibungen auf Finanzanlagen | _ 21 | -202.751,90 | -256 |
| 15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme | | -87.379,57 | -307 |
| 16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | _ 22 | -45.844.884,22 | -42.240 |
| 17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | _ 23 | -6.656.487,53 | -6.538 |
| **18. Ergebnis nach Steuern** | | **34.157.243,28** | -42.519 |
| 19. Sonstige Steuern | _ 24 | -1.645.038,42 | -1.199 |
| 20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter | | -14.979.721,74 | -12.204 |
| 21. Erträge aus der Ausgleichsverpflichtung | | 3.941.964,73 | 33.053 |
| **22. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag** | | **21.474.447,85** | -22.869 |
| 23. Verlustvortrag | | -114.577.485,91 | -104.175 |
| 24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn | | -877.718,93 | -957 |
| 25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust | | 3.188.440,27 | 3.188 |
| 26. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen | | -15.000.000,00 | 0 |
| 27. Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen | | 0,00 | 10.236 |
| **28. Konzernbilanzverlust** | | **–105.792.316,72** | -114.577 |

# Konzernanhang

**Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze**

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. zweiundzwanzig Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 einbezogen. Die folgenden Gesellschaften werden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen:

- Windpark Aachen Nord GmbH & Co. KG, Aachen
- Windpark Jülich GmbH & Co. KG, Aachen
- Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen
- Windpark Simmerath GmbH & Co. KG, Aachen
- STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurde in Bezug auf die Regionetz GmbH, Aachen, nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen
- ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler
- STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH (Simmerath Verwaltung), Simmerath
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH (Monschau Verwaltung), Monschau
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen

Die Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen, wird gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, da die Anteile mehrheitlich zum Zwecke ihrer Weiterveräußerung gehalten werden.

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen, wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.101 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von 10 Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

**Form und Darstellung des Jahresabschlusses**

**Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestandsanlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

| | |
|---|---|
| Immateriellen Vermögensgegenständen | 3 – 10 Jahre |
| Gebäuden und Bauten | 2 – 90 Jahre |
| Fahrzeugen für Personenverkehr | 5 – 12 Jahre |
| Technischen Anlagen und Maschinen | 1 – 45 Jahre |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1 – 25 Jahre |

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagengütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifkunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 1,87 Prozent p. a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p. a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 1,75 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p. a. bis 1,8 Prozent p. a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 39.770 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied des Verpflichtungswerts zum 31. Dezember 2021 zwischen dem Verpflichtungswert zum 31. Dezember 2021 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der RegioTemp GmbH (vormals Regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

Konzern

# Konzern-Anlagevermögen >>

# Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

| | Anschaffungs-/Herstellungskosten | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stand 1.1.2021 | Zugang aus Erst-konsolidierung | Zugänge | Abgänge | Umbuchungen | **Stand 31.12.2021** |
| | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | **Euro** |
| **I. Immaterielle Vermögensgegenstände** | | | | | | |
| 1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | 11.080.194,72 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **11.080.194,72** |
| 2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 36.497.293,83 | 0,00 | 2.144.058,02 | 696.282,14 | 1.529.592,56 | **39.474.662,27** |
| 3. Geschäfts- oder Firmenwert | 1.015.242,86 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **1.015.242,86** |
| 4. Geleistete Anzahlungen | 748.470,12 | 0,00 | 900.558,92 | 0,00 | -62.339,40 | **1.586.689,64** |
| | 49.341.201,53 | 0,00 | 3.044.616,94 | 696.282,14 | 1.467.253,16 | **53.156.789,49** |
| **II. Sachanlagen** | | | | | | |
| 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 139.058.851,77 | 0,00 | 956.613,86 | 776.555,80 | 360.001,18 | **139.598.911,01** |
| 2. Fahrzeuge für Personenverkehr | 53.808.385,47 | 0,00 | 10.754.304,65 [1] | 2.725.478,83 | 76.107,73 | **61.913.319,02** |
| 3. Technische Anlagen und Maschinen | 1.623.535.252,49 | 101.936.067,51 | 59.998.058,19 | 15.122.038,97 | 21.374.664,35 | **1.791.722.003,57** |
| 4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 60.954.013,27 | 8.127,00 | 5.713.231,22 [2] | 5.727.246,86 | 1.321.635,21 | **62.269.759,84** |
| 5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 43.774.489,61 | 0,00 | 50.753.048,98 | 0,00 | -24.599.661,63 | **69.927.876,96** |
| | 1.921.130.992,61 | 101.944.194,51 | 128.175.256,90 | 24.351.320,46 | -1.467.253,16 | **2.125.431.870,40** |
| **III. Finanzanlagen** | | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 11.538.848,86 | -8.933.292,40 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **2.605.556,46** |
| 2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen | 65.013.743,91 | 0,00 | 400.000,00 | 0,00 | 0,00 | **65.413.743,91** |
| 3. Beteiligungen | 110.382.122,00 | 0,00 | 2.586.206,90 | 656.091,71 | 0,00 | **112.312.237,19** |
| 5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 19.064.702,65 | 0,00 | 0,00 | 1.605.307,95 | 0,00 | **17.459.394,70** |
| 6. Sonstige Ausleihungen | 5.800.967,11 | 0,00 | 19.731,67 | 93.795,44 | 0,00 | **5.726.903,34** |
| | 211.800.384,53 | -8.933.292,40 | 3.005.938,57 | 2.355.195,10 | 0,00 | **203.517.835,60** |
| | 2.182.272.578,67 | 93.010.902,11 | 134.225.812,41 | 27.402.797,70 | 0,00 | **2.382.106.495,49** |

1) nach Abzug von 8.105.850,57 Euro Investitionszuschüssen
2) nach Abzug von 777.320,00 Euro Investitionszuschüssen

| Abschreibungen | | | | | | | Buchwerte | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stand 1.1.2021 | Zugang aus Erstkonsolidierung | Zugänge | Abgänge | Umbuchungen | Zuschreibung | **Stand 31.12.2021** | Stand 1.1.2021 | **Stand 31.12.2021** |
| Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | **Euro** | Euro | **Euro** |
| 10.779.866,76 | 0,00 | 204.571,69 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **10.984.438.45** | 300.327,96 | **95.756,27** |
| 26.612.657,95 | 0,00 | 3.059.509,80 | 696.282,14 | 0,00 | 0,00 | **28.975.885,61** | 9.884.635,88 | **10.498.776,66** |
| 217.555,86 | 0,00 | 72.517,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **290.072,86** | 797.687,00 | **725.170,00** |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 748.470,12 | **1.586.689,64** |
| 37.610.080,57 | 0,00 | 3.336.598,49 | 696.282,14 | 0,00 | 0,00 | **40.250.396,92** | 11.731.120,96 | **12.906.392,57** |
| 89.021.777,04 | 0,00 | 2.097.598,51 | 723.726,84 | 0,00 | 0,00 | **90.395.648,71** | 50.037.074,73 | **49.203.262,30** |
| 26.038.312,47 | 0,00 | 3.572.701,38 | 2.658.733,83 | 0,00 | 0,00 | **26.952.280,02** | 27.770.073,00 | **34.961.039,00** |
| 968.836.239,05 | 18.059.447,51 | 38.722.614,01 | 14.869.546,50 | 38.966,52 | 0,00 | **1.010.787.720,59** | 654.699.013,44 | **780.934.282,98** |
| 49.186.183,11 | 0,00 | 2.979.495,98 | 5.656.667,10 | -38.966,52 | 0,00 | **46.470.045,47** | 11.767.830,16 | **15.799.714,37** |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 43.774.489,61 | **69.927.876,96** |
| 1.133.082.511,67 | 18.059.447,51 | 47.372.409,88 | 23.908.674,27 | 0,00 | 0,00 | **1.174.605.694,79** | 788.048.480,94 | **950.826.175,61** |
| 67.860,01 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **67.860,01** | 11.470.988,85 | **2.537.696,45** |
| 14.605.451,44 | 0,00 | 183.445,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **14.788.896,44** | 50.408.292,47 | **50.624.847,47** |
| 25.631.228,89 | 0,00 | 19.306,90 | 0,00 | 0,00 | 6.200.000,00 | **19.450.535,79** | 84.750.893,11 | **92.861.701,40** |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 19.064.702,65 | **17.459.394,70** |
| 5.228.426,74 | 0,00 | 0,00 | 26.795,58 | 0,00 | 0,00 | **5.201.631,16** | 572.540,37 | **525.272,18** |
| 45.532.967,08 | 0,00 | 202.751,90 | 26.795,58 | 0,00 | 6.200.000,00 | **39.508.923,40** | 166.267.417,45 | **164.008.912,20** |
| 1.216.225.559,32 | 18.059.447,51 | 50.911.760,27 | 24.631.751,99 | 0,00 | 6.200.000,00 | **1.254.365.015,11** | 966.047.019,35 | **1.127.741.480,38** |

## Erläuterungen zur Konzernbilanz

### _1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

### _2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

| | **31.12.2021 TEuro** | 31.12.2020 TEuro |
|---|---|---|
| Forderungen aus noch nicht abgelesenem Verbrauch | 132.732 | 178.837 |
| Erhaltene Abschlagszahlungen | -102.700 | -135.482 |
| | **30.032** | 43.355 |
| Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 64.988 | 43.716 |
| Summe | **95.020** | 87.071 |

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 6 TEuro (Vorjahr: 301 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Im Vorjahr wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 34 TEuro verrechnet.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen handelt es sich um 45.419 TEuro (Vorjahr: 11.402 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 10.320 TEuro (Vorjahr: 9.154 TEuro) Zinsforderungen, Gewinnansprüche in Höhe von 4.144 TEuro (Vorjahr: 2.095 TEuro) und Darlehensforderungen von 244 TEuro (Vorjahr: 444 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich gegen:

| **Gesellschafter** | **31.12.2021 TEuro** | 31.12.2020 TEuro |
|---|---|---|
| Stadt Aachen | 11.905 | 38.920 |
| StädteRegion Aachen | 0 | 12 |
| Summe | **11.905** | 38.932 |

Die Forderungen gegen Gesellschafter resultierten im Wesentlichen aus der Betriebsführung im Bereich der Stadtentwässerung mit der Stadt Aachen, einem Ertragszuschuss der Stadt Aachen, Lieferung von Energie und Wasser, sonstigen Dienstleistungen und Erstattungsansprüchen aus Gewerbesteuer.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Zuschüssen für den ÖPNV-Rettungsschirm in Höhe (10.677 TEuro), Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (9.872 TEuro) die erst im Folgejahr fällig werden und Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (4.195 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 11.071 TEuro (Vorjahr: 11.971 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und die sonstigen Vermögensgegenstände.

### _3 Wertpapiere

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen beinhalten 51 % der Geschäftsanteile an der WP Münsterwald. Es ist geplant die Geschäftsanteile in den folgenden Geschäftsjahren zu veräußern.

Die sonstigen Wertpapiere betreffen zwei Termingeldanlagen bei der Quintel Private Bank S.A mit einer Verzinsung von 0,05 % bzw. 0,07 % welche im Januar bzw. Februar 2022 fällig sind.

### _4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (501 TEuro) und passive (44.400 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

### _5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

### _6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betrugen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 4.058 TEuro (Vorjahr: 4.450 TEuro).

### _7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

| | TEuro |
|---|---|
| Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften | 82.436 |
| Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich | 18.539 |
| Ausstehende Rechnungen | 18.414 |
| Unterlassene Instandhaltung | 4.272 |
| Rückerstattung Coronazuschüsse | 3.759 |
| Rückbauverpflichtungen | 1.752 |
| Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung | 1.400 |
| Pachten und Fahrzeuganmietungen | 653 |
| Aufbewahrung und Archivierung | 612 |
| Prozesskostenrisiken | 98 |

### _8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 798 TEuro (Vorjahr: 510 TEuro) aus Lieferungen und Leistungen. Weiterhin wurden Forderungen in Höhe von 152 TEuro (Vorjahr: 177 TEuro) verrechnet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 29.812 TEuro Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 30 TEuro anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 21.733 TEuro (Vorjahr: 10.141 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.546 TEuro (Vorjahr: 2.584 TEuro) die Städte-Region Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 23.946 TEuro (Vorjahr: 12.546 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 24.000 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn- und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

| **Konzernverbindlichkeiten** | **31.12.2021 gesamt TEuro** | Restlaufzeiten bis zu 1 Jahr TEuro | Restlaufzeiten mehr als 1 Jahr TEuro | davon mehr als 5 Jahre TEuro | **31.12.2020 gesamt TEuro** | Restlaufzeiten bis zu 1 Jahr TEuro | Restlaufzeiten mehr als 1 Jahr TEuro | davon mehr als 5 Jahre TEuro |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Genussscheinkapital | 142 | 0 | 142 | 142 | 145 | 0 | 145 | 145 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 368.577[1)] | 53.634 | 314.943 | 202.921 | 283.735[2)] | 49.191 | 234.544 | 154.517 |
| 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 36.606 | 36.606 | 0 | 0 | 29.371 | 29.371 | 0 | 0 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.101 | 2.101 | 0 | 0 | 2.107 | 2.107 | 0 | 0 |
| 5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 29.843 | 29.843 | 0 | 0 | 10.704 | 10.704 | 0 | 0 |
| 6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern | 24.279 | 9.333 | 14.946 | 2.546 | 12.725 | 179 | 12.546 | 12.546 |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten | 54.238 | 30.691 | 23.547 | 0 | 47.773 | 23.773 | 24.000 | 24.000 |
| davon aus Steuern | 10.080 | 10.080 | 0 | 0 | 11.794 | 11.794 | 0 | 0 |
| davon im Rahmen der sozialen Sicherheit | 653 | 653 | 0 | 0 | 350 | 350 | 0 | 0 |
| | **515.786** | 162.208 | 353.578 | 205.609 | **386.560** | 115.325 | 271.235 | 191.208 |

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 124.483 TEuro

2) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 57.425 TEuro

### _9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2021 für das Jahr 2022 vereinnahmten Umsätzen.

### _10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 36.013 TEuro wurden mit aktiven latenten Steuern aus unterschiedlichen Vermögensbewertungen aufgrund von Zwischengewinneliminierungen in Höhe von 7 TEuro verrechnet.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

| Bilanz-Posten | Buchwerte | | | | Latente Steuern | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | laut Handelsbilanz TEuro | laut Steuerbilanz TEuro | Differenz TEuro | Steuersatz | aktiv TEuro | passiv TEuro |
| **Aktiva** | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 76 | 76 | 0 | 32,66 % | 0 | 0 |
| Sachanlagen | 628.335 | 627.737 | -598 | 32,66 % | 568 | -764 |
| Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.) | 118.810 | 117.020 | -1.790 | 32,66 % | 696 | -1.280 |
| Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften) | 102.847 | 107.655 | 4.808 | 16,84 % | 3.743 | -2.933 |
| Forderungen | 124.595 | 124.625 | 30 | 32,66 % | 10 | 0 |
| Vorräte | 0 | 500 | 500 | 32,66 % | 163 | 0 |
| Wertpapiere UV (Beteiligungen Kapitalgesellschaften) | 0 | 46 | 46 | 32,66 % | 15 | 0 |
| Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften) | 2.369 | 3.507 | 1.138 | 16,84 % | 199 | -7 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 3.345 | 3.412 | 67 | 32,66 % | 22 | 0 |
| Summe Aktiva | 980.377 | 984.578 | 4.201 | | 5.416 | -4.984 |
| **Passiva** | | | | | | |
| Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG) | 0 | 1.856 | -1.856 | 32,66 % | 0 | -606 |
| Rückstellungen | 586.048 | 233.737 | 352.311 | 32,66 % | 115.065 | 0 |
| Verbindlichkeiten | 261.942 | 261.937 | 5 | 32,66 % | 2 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 35.088 | 35.000 | 88 | 32,66 % | 29 | 0 |
| Summe Passiva | 883.078 | 532.530 | 350.548 | | 115.096 | -606 |
| **Aktivüberhang aus Differenz** | | | **354.749** | | **114.922** | |

# Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

## _11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

| | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|
| Stromversorgung | 323.135 | 340.573 |
| Gasversorgung | 212.174 | 132.896 |
| Wasserversorgung | 51.404 | 34.599 |
| Fernwärmeversorgung | 35.443 | 20.247 |
| Stadtentwässerung | 40.127 | 23.169 |
| | **662.283** | 551.484 |
| Energieerzeugung | 67.686 | 48.343 |
| Verkehr | 62.272 | 63.351 |
| Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen | 29.537 | 26.630 |
| | **821.778** | 689.808 |

## _12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen

| | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|
| Erträge aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen | 10.151 | 0 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 6.617 | 5.896 |
| Coronahilfen | 6.241 | 7.121 |
| Zuschreibungen auf Finanzanlagen | 6.200 | 0 |
| Erträge aus Anlagenabgängen | 4.826 | 6.774 |
| Erträge aus sonstigen Zuschüssen | 1.446 | 2.033 |
| Sonstige periodenfremde und neutrale Erträge | 880 | 386 |

## _13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietungen, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

## _14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 9.939 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 6.710 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

| | **2021** | 2020 |
|---|---|---|
| Mitarbeiter in Vollzeit | 1.417 | 1.389 |
| Mitarbeiter in Teilzeit | 260 | 254 |
| Aushilfen | 31 | 33 |
| | **1.708** | 1.676 |
| Auszubildende | 49 | 51 |
| **Gesamt** | **1.757** | 1.727 |

## _15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 25.637 TEuro (Vorjahr: 24.620 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 6.938 TEuro (Vorjahr: 5.308 TEuro), Marketingmaßnahmen von 3.680 TEuro (Vorjahr: 3.357 TEuro) und Versicherungsprämien von 2.895 TEuro (Vorjahr: 3.013 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betrugen 629 TEuro (Vorjahr: 858 TEuro).

### _16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und der WAG.

### _17 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 402 TEuro (Vorjahr: 1.925 TEuro) aus verbundenen Unternehmen.

### _18 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

### _19 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge stammen im Wesentlichen aus Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

### _20 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Es wurden Zinserträge mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 0 TEuro) erzielt.

### _21 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Es wurden Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 183 TEuro (Vorjahr: 256 TEuro) vorgenommen.

### _22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.048 TEuro (Vorjahr: 34.922 TEuro) enthalten.

## _23 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

| | E.V.A. TEuro | Regionetz/ Alsdorf Netz TEuro | Projektgesellschaften TEuro | latente Steuern TEuro | **Gesamt TEuro** | Vorjahr TEuro |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Laufendes Jahr** | | | | | | |
| Körperschaftsteuer / SolZ | 2.751 | 2.789 | 0 | -1.059 | **4.481** | 3.247 |
| Gewerbeertragsteuer | 3.384 | 0 | 1.328 | -1.112 | **3.600** | 3.198 |
| | 6.135 | 2.789 | 1.328 | -2.171 | **8.081** | 6.445 |
| **für Vorjahre** | | | | | | |
| Körperschaftsteuer / SolZ | -872 | 27 | 0 | 0 | **-845** | 231 |
| Gewerbeertragsteuer | -609 | 29 | 0 | 0 | **-580** | -138 |
| | -1.481 | 56 | 0 | 0 | **-1.425** | 93 |
| | 4.654 | 2.845 | 1.328 | -2.171 | **6.656** | 6.538 |

## _24 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 2.264 TEuro (Vorjahr: 1.859 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 619 TEuro (Vorjahr: 660 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

# Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2021

| | Eigenkapital TEuro | Beteiligung % | | **Ergebnis 2021 TEuro** | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)** | | | | | |
| Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen | 177.873 | 100,0 | | 0 | 3) |
| STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen | 80.706 | 100,0 | 2) | 0 | 3) |
| Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen | 269.214 | 50,8 | 2) | 0 | 3) 15) |
| Alsdorf Netz GmbH (Alsdorf Netz), Alsdorf | 19.604 | 50,1 | 17) | 0 | 3) |
| FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen | 467 | 100,0 | 2) | 0 | 3) |
| Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen | 9.332 | 94,9 | | 0 | 3) |
| Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen | 1.911 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath | 4.144 | 100,0 | 17) | 260 | |
| STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau | 4.146 | 100,0 | 17) | 122 | |
| STAWAG Abwasser GmbH, Aachen | 25 | 100,0 | 17) | 0 | 3) |
| STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande | 174 | 100,0 | 4) | -426 | |
| Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen | 6.255 | 80,0 | 4) | 1.058 | |
| Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen | 2.153 | 59,9 | 4) | 395 | |
| Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen | 1.909 | 59,9 | 4) | 493 | |
| Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen | 564 | 100,0 | 4) | 53 | |
| Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen | 1.277 | 100,0 | 4) | 172 | |
| Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen | 2.396 | 100,0 | 4) | 249 | |
| Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen | 6.412 | 59,0 | 4) | 712 | |
| Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen | 11.814 | 100,0 | 4) | 1.842 | |
| Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen | 5.899 | 100,0 | 4) | 817 | |
| Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen | 6.188 | 100,0 | 4) | 892 | |
| Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen | 3.461 | 100,0 | 4) | -6 | |
| **Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)** | | | | | |
| Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen | 5.475 | 100,0 | 4) | -169 | 9) |
| Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen | 0 | 10) 100,0 | 6) | -30 | |
| STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath | 32 | 5) 100,0 | 17) | 1 | 5) |
| STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau | 32 | 5) 100,0 | 17) | 1 | 5) |
| Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen | 1.409 | 7) 100,0 | 1) | 0 | |
| ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen | 223 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler | 26 | 100,0 | 1) | 0 | 3) |
| STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen | 185 | 100,0 | 4) | 23 | |
| Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen | 44 | 80,0 | 19) | 3 | |

| | Eigenkapital TEuro | | Beteiligung % | | **Ergebnis 2021 TEuro** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Wesentliche Beteiligungen** | | | | | | |
| regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen | 16.329 | | 37,6 | | 7.420 | |
| vote iT GmbH (vote iT), Aachen | 2.035 | | 85,0 | 8) | 734 | |
| elect iT GmbH (elect iT), Aachen | 1.138 | | 100,0 | 20) | 1.266 | |
| WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Aachen | 42 | | 100,0 | 20) | 16 | |
| cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau | 0 | | 80,0 | 8) | -81 | |
| Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen | 221 | | 49,5 | 1) | -221 | |
| Trianel GmbH (Trianel), Aachen | 94.150 | 5) | 12,0 | 2) | 4.719 | 5) |
| Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen | 7.787 | | 16,9 | 2) | 42.434 | |
| Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen | 29.743 | 5) | 13,7 | 2) | 5.400 | 5) |
| Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen | 0 | 5) 14) | 8,5 | 2) | -10.070 | 5) |
| Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen | 308.523 | 5) | 4,8 | 4) | 9.503 | 5) |
| Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck | 122.764 | 5) | 25,1 | 2) | 0 | 5) 12) |
| STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen | 32.441 | 5) | 40,0 | 4) | 4.573 | 5) |
| WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen | 25.621 | 5) | 50,0 | 2) | 1.916 | 5) |
| StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath | 5.831 | 5) | 49,0 | 2) | 339 | 5) |
| enewa GmbH (enewa), Wachtberg | 5.647 | 5) | 49,0 | 2) | 297 | 5) |
| Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth | 5.297 | 5) | 49,0 | 2) | 221 | 5) |
| Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm | 0 | 5) 16) | 49,0 | 11) | -286 | 5) |
| Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen | 4.415 | | 46,0 | 4) | 807 | |
| Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen | 4.960 | | 49,9 | 4) | 863 | |
| Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen | 3.034 | | 49,0 | 4) | 379 | |
| Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen | 3.107 | | 49,0 | 4) | 470 | |
| Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen | 4.352 | | 50,0 | 4) | 394 | |
| ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop | 1.010 | 5) | 49,0 | 4) | 220 | 5) |
| WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl | 799 | 5) | 100,0 | 18) | 98 | 5) |
| Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck | 12.580 | | 50,0 | 4) | 4.513 | |
| Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck | 876 | 9) | 100,0 | 13) | 282 | 9) |
| Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck | 41 | 5) | 100,0 | 13) | 2 | 5) |
| Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck | 41 | 5) | 100,0 | 13) | 2 | 5) |
| NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen | 11.485 | 5) | 16,0 | 2) | 3.027 | 5) |
| smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen | 1.989 | 5) | 30,0 | 2) | -526 | 5) |
| Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen | 81 | 5) | 46,0 | 2) | 5 | 5) |
| PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen | 10.022 | 9) | 50,0 | 2) | 1.067 | 9) |
| Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck | 6.673 | 5) | 100,0 | 13) | -1.122 | 5) |
| Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg | 16 | 5) | 50,0 | 13) | -5 | 5) |

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
2) Anteile werden gehalten über STAWAG
3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
5) Wertansätze zum 31.12.2020
6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
8) Anteile werden gehalten über regio iT
9) vorläufige Jahresabschlusszahlen
10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 361 TEuro ausgewiesen
11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 21.029 TEuro
13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 189.777 TEuro ausgewiesen.
15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 45.996 TEuro
16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 213 TEuro ausgewiesen
17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
19) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten
20) Anteile werden gehalten über vote iT

## Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2021 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 92 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 661 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betrugen 594 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.795 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 537 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 304 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 198 TEuro sonstige Leistungen, 33 TEuro andere Bestätigungsleistungen und 2 TEuro Steuer-beratung.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (20,3 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 177 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 132,6 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (3,1 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (34,6 Mio. Euro p. a.; davon 1,4 Mio. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen). Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 19 Mio. Euro (Vorjahr: 19 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH abgeschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die TGH geht in ihrer Planung davon aus, dass die noch nicht abgerufenen Mittel nicht benötigt werden und das volle Darlehen bis zum Jahr 2026 getilgt wird.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der SP Ronneburg hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile, jetzige und zukünftige Gewinnbeteiligungen, Rückzahlungen von Nachschüssen und Entschädigungsforderungen zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I, die Turnow West II und der SP Ronneburg haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, sodass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 280 TEuro (Vorjahr: 430 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

## Derivative Finanzinstrumente

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

| Nr. | Produkt | Bezeichnung | Nominalwert TEuro | Zeitwert TEuro | Laufzeit bis |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | SWAP | Zinsswap | 5.417 | -991 | Juni 2028 |
| 2 | SWAP | Zinsswap | 7.500 | -583 | Juni 2029 |
| 3 | SWAP | Zinsswap | 3.188 | -263 | März 2029 |
| 4 | SWAP | Zinsswap | 3.000 | -82 | März 2024 |
| 5 | SWAP | Zinsswap | 1 300 | -196 | Dezember 2022 |
| 6 | SWAP | Zinsswap | 3.282 | -328 | Dezember 2030 |
| 7 | SWAP | Kohleforward | 7.132 | -503 | Dezember 2022 |
| 8 | Forward | Stromforward | 22.507 | -32.387 | Dezember 2022 |
| 9 | Forward | EUA-Forward | 10.142 | 4.046 | Dezember 2022 |
| 10 | Forward | Gas-Forward | 2.616 | 276 | Dezember 2022 |
| 11 | SWAP | Dieselölswap | 4.277 | 493 | Dezember 2023 |

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 7 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 72.750 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle im Geschäftsjahr 2022 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 8, für das Jahr 2022 eine Menge von 235.782 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für das Jahr 2022 Emissionszertifikate für eine Menge von 177.000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, für das Jahr 2022 zu einem im Voraus definierten Preis 33.629 MWh Erdgas verkauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag. Die ASEAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, im Oktober 2020 Commodity- Swap-Geschäfte mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023 abgeschlossen. Der Nominalbetrag der Swap-Geschäfte wird mit 4.276.248 EUR zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und als entsprechende Bewertungseinheit gebildet. Über einen Zeitraum von drei Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Am 31. Dezember 2021 war eine der drei Swap-Geschäfte fällig. Insgesamt erhielt die ASEAG im Berichtsjahr Zahlungen in Höhe von 421.945 EUR aus der Dieselpreisabsicherung.

Der beizulegende positive Zeitwert der beiden verbliebenen Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag 492.579 EUR nach bankeigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Commerzbank AG, Frankfurt. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen und dem positiven beizulegenden Wert sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften zum Bilanzstichtag zu bilden. Selbst bei einer negativen Marktwertentwicklung ist keine Drohverlustrückstellung nach § 249 (1) Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte zu bilanzieren, da nach IDW RS HFA 4.25 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft

hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) sind abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie deren Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (Back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Bücher (u. a. Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch). Das implementierte Risikomanagementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2024 betroffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Aufgrund der negativen Korrelation von Grund- und Sicherungsgeschäften wird es künftig zu gegenläufigen, sich nahezu vollständig ausgleichenden Marktwertentwicklungen kommen. Sollte der Saldo aller beizulegenden Zeitwerte einer Bewertungseinheit zum Stichtag negativ sein, so wird imparitätisch eine Rückstellung für drohende Verluste aus Bewertungseinheiten gebildet. Darüber hinausgehende Verlustüberhänge können nicht entstehen.

**Nachtragsbericht**

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft sind gemäß der Einschätzung der Geschäftsführung derzeit schwer einzuschätzen. Weiterhin sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflusst haben. Zu den Auswirkungen des Coronavirus SARS CoV2 auf die Gesellschaft wird auf die Ausführungen im Lagebericht verwiesen.

Aachen, den 3. Juni 2022

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft
mit beschränkter Haftung Aachen

Die Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

Michael Carmincke

# Konzern-Kapitalflussrechnung

| | | | **2021 TEuro** | 2020 TEuro |
|---|---|---|---|---|
| 1. | +/- | Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag | 21.474 | -22.869 |
| 2. | +/- | Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens | 44.712 | 45.391 |
| 3. | +/- | Zunahme/Abnahme der Rückstellungen | 16.729 | 74.694 |
| 4. | +/- | Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge | -62.168 | -53.289 |
| 5. | -/+ | Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | -40.258 | -21.394 |
| 6. | +/- | Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 48.466 | -12.120 |
| 7. | -/+ | Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | -9.908 | -4.760 |
| 8. | +/- | Zinsaufwendungen/Zinserträge | 43.685 | 42.240 |
| 9. | - | Sonstige Beteiligungserträge | -13.627 | -12.920 |
| 10. | +/- | Ertragssteueraufwand/-ertrag | 6.656 | 6.538 |
| 11. | -/+ | Ertragssteuerzahlungen | -4.008 | -13.282 |
| **12.** | **=** | **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** | **51.753** | **28.229** |
| 13. | - | Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen | -3.045 | -4.153 |
| 14. | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens | 2.160 | 9.842 |
| 15. | - | Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen | -128.175 | -86.018 |
| 16. | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens | 10.519 | 9.154 |
| 17. | - | Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen | -3.006 | -11.790 |
| 18. | + | Erhaltene Zinsen | 2.160 | 0 |
| 19. | + | Erhaltene Dividenden | 13.627 | 12.920 |
| **20.** | **=** | **Cashflow aus Investitionstätigkeit** | **–105.760** | **–70.045** |
| 21. | + | Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens | 42.053 | 12.095 |
| 22. | + | Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten | 44.233 | 39.348 |
| 23. | - | Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten | -29.617 | -17.290 |
| 24. | + | Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen | 2.781 | 14.071 |
| 25. | - | Gezahlte Zinsen | -7.413 | -6.949 |
| 26. | - | Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter | -15.857 | -13.161 |
| **27.** | **=** | **Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** | **36.180** | **28.114** |
| **28.** | **=** | **Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds** | **–17.827** | **–13.702** |
| 29. | +/- | Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | 9.824 | 0 |
| 30. | + | Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | 35.896 | 49.598 |
| **31.** | **=** | **Finanzmittelfonds am Ende der Periode** | **27.893** | **35.896** |

# Konzern-Eigenkapitalspiegel

| | Eigenkapital des Mutterunternehmens | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Rücklagen | | | | |
| | Gezeichnetes Kapital | Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB | Gewinnrücklagen<br>andere Gewinnrücklagen | Summe | Konzernjahresfehlbetrag, der dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist | Summe |
| | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro |
| **Stand am 31.12.2019** | **14.049.880,00** | **43.753.000,00** | **80.517.432,03** | **124.270.432,03** | **–104.175.266,28** | **34.145.045,75** |
| Entnahme aus Rücklagen | 0,00 | 0,00 | –10.235.604,00 | –10.235.604,00 | 10.235.604,00 | 0,00 |
| Änderungen des Konsolidierungskreises | 0,00 | 0,00 | 558.523,90 | 558.523,90 | 0,00 | 558.523,90 |
| Ausschüttung | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Konzernjahresfehlbetrag | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | –20.637.823,63 | –20.637.823,63 |
| **Stand am 31.12.2020** | **14.049.880,00** | **43.753.000,00** | **70.840.351,93** | **114.593.351,93** | **–114.577.485,91** | **14.065.746,02** |
| Einstellungen in Rücklagen | 0,00 | 0,00 | 15.000.000,00 | 15.000.000,00 | –15.000.000,00 | 0,00 |
| Ausschüttung an außenstehende Gesellschafter | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Änderungen des Konsolidierungskreises | 0,00 | 0,00 | 5.213.582,36 | 5.213.582,36 | 0,00 | 5.213.582,36 |
| Entnahme aus Rücklagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Konzernjahresfehlbetrag | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 23.785.169,19 | 23.785.169,19 |
| **Stand am 31.12.2021** | **14.049.880,00** | **43.753.000,00** | **91.053.934,29** | **134.806.934,29** | **–105.792.316,72** | **43.064.497,57** |

| Nicht beherrschende Anteile | | | Konzern-eigenkapital |
|---|---|---|---|
| Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis | Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste | Summe | **Summe** |
| Euro | Euro | Euro | **Euro** |
| **183.436.998,06** | **–5.866.702,20** | **177.570.295,86** | **211.715.341,61** |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| –568.280,97 | 0,00 | –568.280,97 | –9.757,07 |
| 0,00 | –510.178,34 | –510.178,34 | –510.178,34 |
| 0,00 | –2.231.267,69 | –2.231.267,69 | –22.869.091,33 |
| **182.868.717,09** | **–8.608.148,23** | **174.260.568,86** | **188.326.314,87** |
| 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 0,00 | –957.172,58 | –957.172,58 | –957.172,58 |
| 9.782.210,50 | 0,00 | 9.782.210,50 | 14.995.792,86 |
| 0,00 | –227.958,75 | –227.958,75 | –227.958,75 |
| 0,00 | –2.310.721,34 | –2.310.721,34 | 21.474.447,85 |
| **192.650.927,59** | **–12.104.000,90** | **180.546.926,69** | **223.611.424,25** |

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

**Prüfungsurteile**

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

– entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und

– vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Be-

achtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

**Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

– identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

– gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

– beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

– ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlage¬bericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

– beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

– holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

– beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlage-

# Bericht des Aufsichtsrats

bericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 3. Juni 2022

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte

Lickfett
Wirtschaftsprüferin

Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 (Konzernbilanzsumme EUR 1.414.013.059,72; Konzernjahresüberschuss EUR 21.474.447,85) und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 18. Juni 2021 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 24. Juni 2022

Der Aufsichtsrat

Keupen
Vorsitzende

**Impressum**

**E.V.A.**
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

**Gestaltung** rachiq-design, Aachen
**Foto Cover** istock/Tanantornanutra
**Druck** frank druck+medien GmbH&Co. KG, Aachen

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Neuköllner Straße 1 • 52068 Aachen
eva-aachen.de